Nr.134

14. Februar 1991

INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 2,50 DM

2 DM

VORWORT

Nach langer Nacht, viel Diskussion und Schokolade ist nun die Nr.134 fertig.

Wie kaum anders zu erwarten ist die Auseinandersetzung um den Krieg am Golf/US-Völkermord weiterhin inhaltsbestimmend.

Das Maulkorb-Papier und der Artikel aus der "Kassiber" Februar/März 91 (überhaupt ein Lesetip von uns, Zeitung aus Bremen, Bezugsadresse ist im Heft zu finden) gehen auf die sich verschärfende Situation von hier lebenden Frauen und Männern aus dem arabischen Raum ein.

Die Embargo-Politik/Hungerpolitik gegen den Irak ist nicht nur umstritten, wie GöttingerInnen in ihrem Papier "Zu brennenden Fragen" schreiben, sondern unter uns auch relativ undiskutiert. Läßt sich das Embargo gleichsetzen mit den Boykottaufrufen gegen Chile, Argentinien, Südafrika? Kann das Embargo als politische Alternative zur jetzigen Zerstörung und Massenvernichtung gefordert werden!?!?

Nach langen Diskussionen haben wir die Aktion gegen die DGB-Landesgeschäftsstelle Berlin nicht unter die Rubrik Volxsport genommen. Damit sollen weder die sozialpartnerschaftliche Funktionärspolitik des DGB noch die Gewerkschaftsbonzen weder aus unseren Analysen noch von unseren Sportplätzen verwiesen werden. Und doch läßt sich der DGB nicht widerspruchslos in die Angriffsziele wie Banken, Sexshops, Spekulanten etc. einreihen. In der Broschüre zum Weltwirtschaftsgipfel 1985 liefen Diskussionen, an die wir anschließen könnten.

Zu der durch den Stöpsel-Artikel in der Nr. 132 angeregten Diskussion erreichten uns mehrere Beiträge. Wir habenzu dieser Diskussion in dieser Nr. nur einen davon abgedruckt. Über die Auswahl waren wir uns nicht einig, doch hier bestand Einigkeit:
Es wäre besser, die Papiere und Positionen wären schon einmal mit anderen diskutiert, bevor sie die Zeitung erreichen.

PS:: Am Die4nstag Morgen wurde das KATO am Schlesischen Tor - als Infozentrum gegen den Krieg besetzt - auf Veranlassung von Volker Fertig geräumt. Wie aus aufgeweckten Kreisen berichtet wurde, wird sein neuester Bus bei solchen und ähnlichen Anlässen von Zivis bewacht. OBACHT!

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Inhaltsverzeichnis:

Im Ordner :
Mobilisierungsflugi zur Hafendemo,weil zu spät.
Aktionschronologie Stuttgart/Bremen (für die Statistik wertvoll)
Flugblatt Nr.8 zu Lütti (siehe Rote HIlfe Info Februar 91
2Briefe von Grapo und PCER Gefangenen (siehe auch Artikel im Heft)
Korrigierte Fassung der Hungerstreikerklärung von AD
Plakatvorschlag gegen den Golfkrieg aus Köln(Der in dem Plakattext gemacht
Vergleich BRDLuftwaffe/Legion Condor ist ähnlich geschichtsverfälschend
wie der Vergleich Sadam /& Hitler und trägt nicht zur Erklärung der momentanen
Situation bei.)
Urteil eines„Antimilitaristischen" rihcters aus Bonn.

Einer arabischen Bürgerrechtskomission in den USA zufolge sind bisher um die 100 Fälle von Übergriffen gegen AraberInnen bekannt.

Maulkorb für AusländerInnen

Die Maßnahmen zur Einschüchterung und Bedrohung arabischer Menschen haben einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Inzwischen wird einigen jegliche politische Betätigung untersagt und ihre Bewegungsfreiheit erheblich eingeschränkt.
Zunächst lud der Staatsschutz im Dezember 1990 arabisch und vor allem palästinensische MitbürgerInnen als "gute Kenner der Araberszene in Berlin" vor, um mit ihnen ein Gespräch über den Golfkrieg zu führen.
Hieran schlossen sich im Januar Durchsuchungen an in über 50 Wohnungen von Leuten, die arabische Namen tragen. Begleitend dazu ist die alltägliche polizeiliche Präsenz in der arabischen Szene unübersehbar.
Nachdem in Großbritannien bereits zu Beginn des Golfkrieges Internierungen und Deportationen arabischer menschen angeordnet wurden, schlagen jetzt auch bundesdeutsche Behörden eine härtere Gangart an.
In Berlin lebenden Arabern flatterten jetzt Verfügungen (Formblätter) der Ausländerbehörde ins Haus. Darin wird den Empfängern jegliche politische Betätigung verboten. Außerdem dürfen sie Berlin nicht mehr verlassen und müssen sich zweimal pro Woche bei der Polizei melden. Bei Zuwiderhandlungen wird mit Ausweisungen gedroht.



In der Begründung wird den Betroffenen vorgeworfen, Gewaltanwendung öffentlich unterstützt zu haben und deshalb eine Gefährdung der BRD darzustellen. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung sei durch sie gefährdet. Unter Hinweis auf die Aufforderung Saddam Husseins, "weltweit Terroranschläge zu verüben", wird sogar eine Beteiligung an Anschlägen durch die Betroffenen unterstellt.
Durch derartig schikanöse Maßnahmen sollen hier lebende arabische Menschen eingeschüchtert werden. Ein Klima der Angst wird geschaffen.
Parallel dazu richten sich auch Bedrohungen der nichtausländischen Bevölkerung gegen Araber. Hand in hand wird eine Stimmung aufgebaut, die den Zielvorstellungen einer multikulturellen Gesellschaft völlig zuwiderläuft.
Mit zunehmender Kriegsdauer scheinen Grundrechte wie Menschenwürde, freie Entfaltung der Persönlichkeit und Meinungsfreiheit für hier lebende Ausländer nicht mehr zu gelten. Die Verfassung stellt offensichtlich kein Hindernis mehr dar bei der Durchsetzung polizeistaatlicher Methoden.
Wir fordern die sofortige Beendigung von Bespitzelung und Repressalien gegen ausländische MitbürgerInnen und fordern dazu auf, solche Maßnahmen zu verurteilen !!!

+++ Aus "technischen" Gründen drosselte die Türkei am Atatürk-Staudamm den Wasserabfluss nach Syrien und Irak um 40 Prozent. +++

aus: kassBER nr.12 - februar/märz 1991

Golfkrieg

Politische Polizei lädt PalästinenserInnen vor

Presseerklärung der StrafverteidigerInnen-Initiative

"Folgender Sachverhalt wurde dem Vorstand heute (20.01.91, Anm.) bekannt: Unter Verwendung eines Formschreibens des Stadt- und Polizeiamtes Bremen erging eine 'Ladung' zum 21.01.91 zur politischen Polizei an verschiedene in Bremen aufhältige Palästinenser. Darin werden sie aufgefordert, als ZEUGE 'zu einem Gespräch wegen des Golfkrieges und der hierdurch zu erwartenden Terroranschläge in der BRD durch Palästinensergruppen' vorzusprechen.

Sowohl der amtliche Charakter des Anschreibens als auch eine vorhandene Rechtsunsicherheit, ob man derartigen *'Ladungen'* Folge leisten müsse, führten zur Benachrichtigung des Vorstandes der StrafverteidigerInnen-Initiative Bremen.

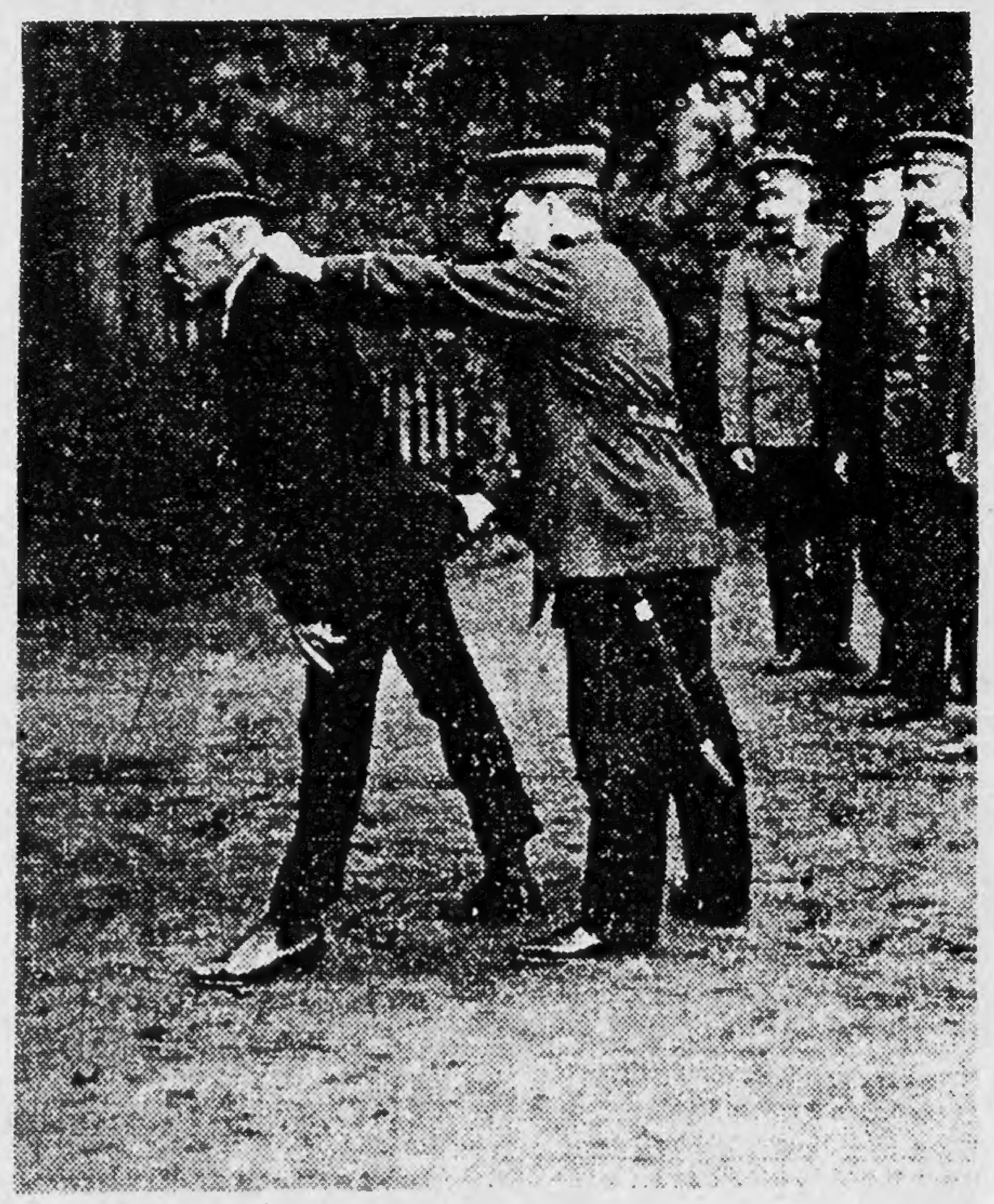
Dazu ist festzustellen: Es gibt keine Verpflichtung, polizeilichen Vorladungen zu folgen; weder als Palästinenser oder Ausländer überhaupt, noch als ZEUGE oder BESCHULDIGTER. Es gibt auch noch keinerlei Ermittlungsverfahren gegen bekannte oder unbekannte "Täter" von Terroranschlägen, die polizeiliches Handeln rechtfertigen würden.

Hier wird der Golfkrieg zum Anlaß genommen, ausländische Mitbürger unter Ausnutzung ihrer Unsicherheiten hinsichtlich möglicher Verpflichtungen, auch aus ausländerrechtlicher Sicht, zu einer Kooperation mit den Ermittlungsbehörden zu veranlassen, um ihre eigenen Landsleute zu bespitzeln. Auch wenn dann im Ergebnis keine Erkenntnisse hinsichtlich bestimmter Straftaten aufgedeckt würden, blieben noch immer eine Vielzahl von Informationen bezüglich ihrer Landsleute, ihren politischen Auffassungen, persönlichen Zusammenhängen, Vergangenheiten und Zukünften - alles jenseits strafrechtlicher Relevanz und damit reduziert auf Spitzel- und Denunziantentum.

Wer mit den Ermittlungsbehörden zusammenarbeiten will, wird sich auch ohne 'Vorladung' dort einfinden.

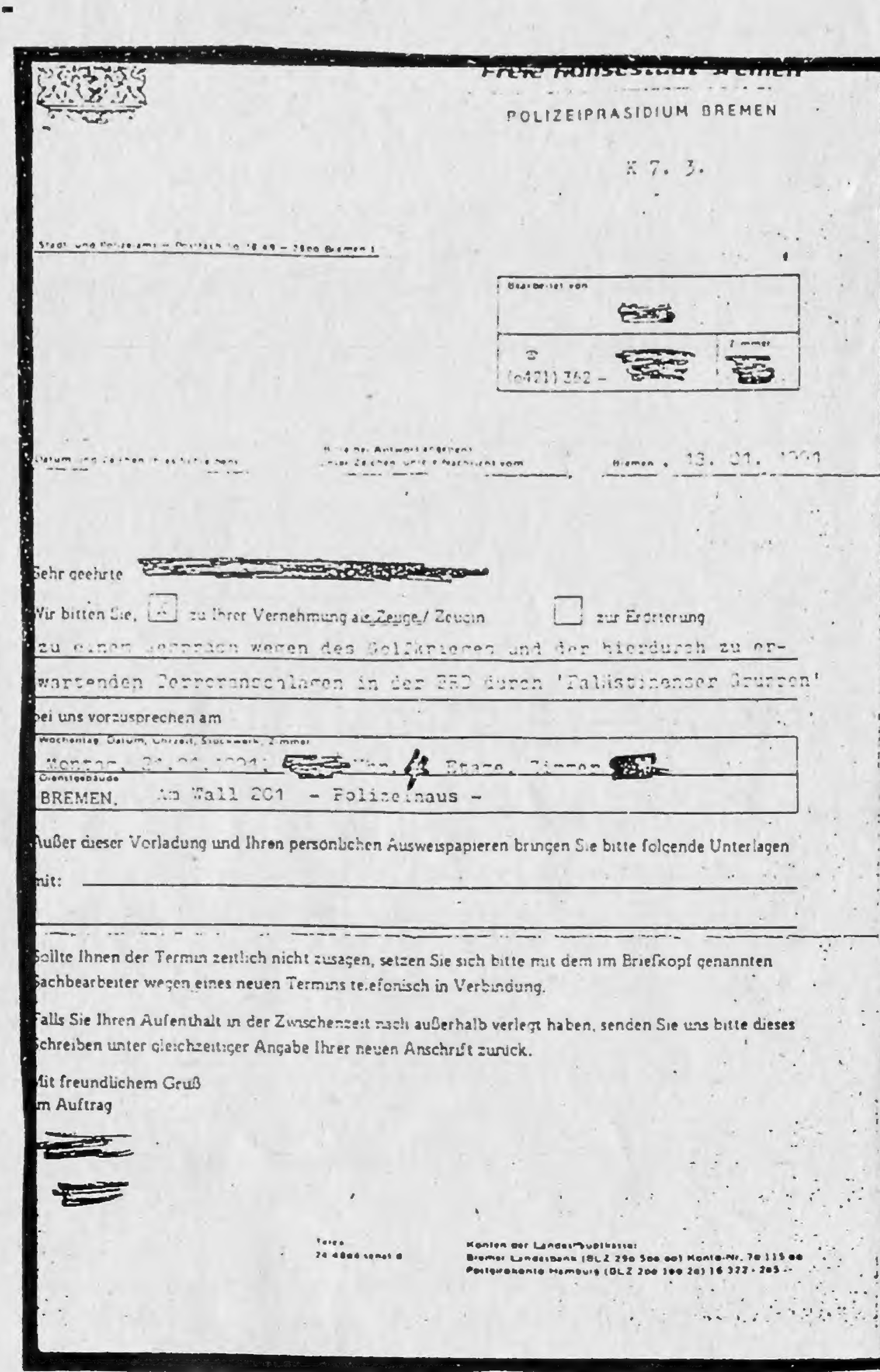
Der mit der Vorladung (s.Kopie, Anm.) verbundene förmliche Charakter und die daraus resultierende Unsicherheit der Betroffenen, wie sie sich verhalten müssen, darf jetzt nur eine Konsequenz haben:

Die politische Polizei muß angewiesen werden, aufgrund der jetzt erfolgten *'Ladungen'* keinerlei *'Gespräche'* oder Vernehmungen mit evtl. dort erscheinenden Palästinensern zu führen. Sowohl die politisch Verantwortlichen als auch der Präsident der Bremer Polizei werden aufgefordert, entsprechende Anweisungen zu erteilen. Es eilt, da *'Gespräche'* bereits für den frühen Vormittag des 21.01.91 vorgesehen sind."



In der Polizeischule.

Der altpreussische Polizeigriff.



Freie Hansestadt Bremen

POLIZEIPRÄSIDIUM BREMEN

K 7. 3.

Stadt- und Polizeiamt · Postfach 10 18 49 · 2800 Bremen 1

Bearbeitet von [geschwärzt]

☎ (0421) 362 - [geschwärzt] Zimmer [geschwärzt]

Datum und Zeichen Ihres Schreibens · Bitte bei Antwort angeben: Unser Zeichen und Nachricht vom · Bremen, 13. 01. 1991

Sehr geehrte [geschwärzt]

Wir bitten Sie, [x] zu Ihrer Vernehmung als Zeuge/ Zeugin [ ] zur Erörterung

zu einem Gespräch wegen des Golfkrieges und der hierdurch zu erwartenden Terroranschlägen in der BRD durch 'Palästinenser Gruppen'

bei uns vorzusprechen am

Wochentag, Datum, Uhrzeit, Stockwerk, Zimmer: Montag, 21.01.1991, [geschwärzt] Uhr, 4. Etage, Zimmer [geschwärzt]

Dienstgebäude: BREMEN, Am Wall 201 - Polizeihaus -

Außer dieser Vorladung und Ihren persönlichen Ausweispapieren bringen Sie bitte folgende Unterlagen mit:

Sollte Ihnen der Termin zeitlich nicht zusagen, setzen Sie sich bitte mit dem im Briefkopf genannten Sachbearbeiter wegen eines neuen Termins telefonisch in Verbindung.

Falls Sie Ihren Aufenthalt in der Zwischenzeit nach außerhalb verlegt haben, senden Sie uns bitte dieses Schreiben unter gleichzeitiger Angabe Ihrer neuen Anschrift zurück.

Mit freundlichem Gruß

Im Auftrag

Konten der Landeshauptkasse: Bremer Landesbank (BLZ 290 500 00) Konto-Nr. 70 115 00 · Postgirokonto Hamburg (BLZ 200 100 20) 16 377 - 205

BURN WASHINGTON BURN

seit mehr als 3 wochen bombadieren die nato-truppen irakische städte und dörfer.sie richten dabei ein unbeschreiblich-es blutbad unter der zivilbevölkerung an.
die brd spielt bei dieser völkermordpolitik eine wichtige rolle.sie ist dreh- und angelpunkt für die verlegung amerika-nischer soldaten und militärmaterials nach nahost.seit august start-en und landen auf den airbases wie frankfurt und ramstein tag und nacht transportmaschinen.

über das schienennetz der deutschen bundesbahn rollen militärsonderzüge nach emden und bremerhaven, von wo aus truppen und material per schiff an den golf geschickt werden.

damit den nato-truppen die munition für ihr massenmorden nicht ausgeht, liefert die bundeswehr aus ihren beständen nach.

nachdem schon anfang januar alpha-jets der bundesluftwaffe im rahmen einer einheit der schnellen eingreiftruppe der nato in türkisch-kurdistan stationiert worden sind, werden jetzt weitere einheiten zur luftwaffenverteidigung dorthin verlegt. deutsche marine-einheiten sind in das östliche mittelmeer entsandt worden, um dort kontrollfunktionen im rahmen des golfkrieges wahrzunehmen.

die anwesenheit deutscher truppen in türkisch-kurdistan hat übrigens schon blutige "tradition". die offensiven der türkischen armee gegen die kurden fanden alljährlich unter dem schutz von nato-truppen mit deutscher beteiligung in türkisch-kurdistan statt. nicht zuletzt ist die brd einer der hauptfinanziers der laufenden kriegskosten.

um die direkte beteiligung der brd am golfkrieg anzugreifen und als schritt in der formierung einer "krieg den krieg"-bewegung schlagen wir eine demo in k36 vom kottbusser tor an detewe (militärische informationstechnik) und anderen kriegsgewinnlern vorbei zur bundeswehr-kaserne am treptower park vor. diese demo soll bei positiver resonanz auf unseren vorschlag möglichst bald stattfinden.

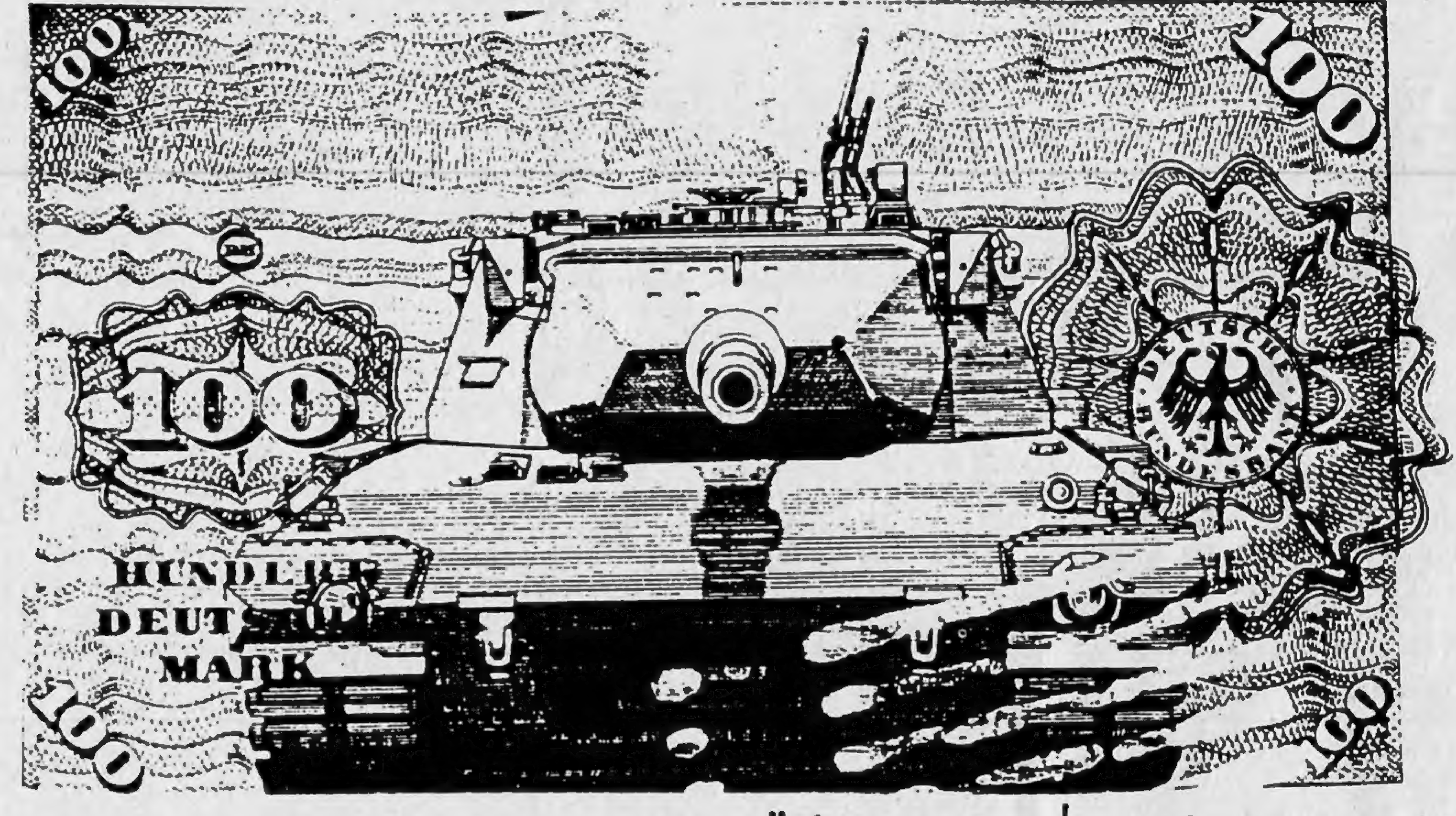
zur diskussion

DEMO DURCH 36 ZUR BUNDESWEHRKASERNE-SPÄTESTENS BEI DIREKTEM KRIEGSEINTRITT DER BRD:GLEICHER TAG-17UHR KOTTBUSSER TOR---DEUTSCHE SOLDATEN RAUS AUS KURDISTAN

ein weiterer grund für uns eine demo in k36 machen zu wollen, ist, daß hier viele araberinnen, iranerinnen kurdinnen und türkinnen leben.

in der türkei formiert sich unter den schwierigsten bedingungen eine starke bewegung gegen die soziale verelen-dung und gegen den kriegskurs özals. illegale massenstreiks werden organisiert (WIE der der kumpels von zonguldak), die genossInn-en von dev-sol greifen täglich us-, nato-, und regierungseinrichtungen an.

in kurdistan gab es in mehreren städten massendemos, die vom militär zusammengeschossen wurden. in den besetzten gebieten palestinas verhängt das militär eine totale ausgangs-sperre um die intifada der palästinenserInnen zu ersticken. im gesamten arabischen raum gehen millionen menschen gegen die imperialistische aggression auf die straße könig hussein von jordanien, einer der treusten vasallen des us-imperialismus muß auf druck der straße hin im fernsehn stellung gegen die usa beziehen. könig hassan von marokko, der selbst truppen an den golf entsandt hat, muß zu einem generalstreik aufrufen, den er 2 tage vorher erst



verboten hat. in syrien finden zum ersten mal seit 20 jahren massendemos statt, die gegen die offizielle regierungs-politik gerichtet sind.

wir wollen unsere solidarität und verbunden-heit mit diesen kämpfen ausdruck verleihen!

und wir wollen ein weiteres kleines stück mit denen praktisch zusammenkommen, die von dem krieg am golf unmittelbarer betroffen sind als wir selbst,die immigrantInnen,die hier leben.

in letzter zeit verstärken sich in vielen europäischen ländern die rassistischen angriffe gegen imigrantInnen aus den drei kontinenten und aus osteuropa.vor allem aber aus arabischen und islamischen ländern.

dieser rassismus ist mit sicherheit durchdachter bestandteil des golfkriegszenarios der herrschenden,ob ersoweit eskaliert werden soll,daß die aus dem süden kommenden immigrant Innen mittelfristig vertrieben werden sollen, ob sie dann schrittweise von arbeitsimmigrantInnen aus osteuropäischen ländern ersetzt werden (hoffnung des kapitals auf bessere verwertbarkeit und integrierbarkeit aufgrund mitteleuropäischer "kultur"), bleibt abzuwarten.

eines aber ist sicher: die immigrantInnen aus dem mahgreb in frankreich die araberInnen und türkInnen in der brd werden sich nicht kampflos vertreiben lassen. sie werden kämpfen, und wir wollen das gemein-sam mit ihnen. wie es bruchstückweise schon am 1. mai der letzten jahre und am 2.,3. oktober 90 gelungen ist.

es bliebe noch viel zu sagen zum krieg am golf, auch zum faschistoidem baath-regime, aber wir wollen nicht endlos ausufern in diesem papier. wir verweisen da auch aufauf das papier der marburger autonomen kommunisten (prowo nr.11).

eines wollen wir aber noch festhalten: wir wollen keine weitere dieser unsäglichen "frieden für alle"-demos. grüne kriegsbefürworter, israel-undamifahnenschwen-kende, weiße mitteleuropäer, denen es nur um die sicherung ihres ruhigen plätzchen inmitten mitteleuropa inmitten eines weltweit tobenden krieges: oben gegen unten; norden gegen süden; geht, sollen zuhause bleiben!

GEGEN DEN VON OBEN NEUFORCIERTEN RASSISMUS, DER UNS WEISMACHEN WILL, DAS DER "HUMANISTISCHE" EURO-AMI-ÜBERMENSCH DEN BARBARISCHEN ISLAMISCHEN UNTERMENSCHEN IN SEINE SCHRANKEN ZU WEISEN HAT.

GEGEN DIE IMPERIALISTISCHE NEUORDNUNG

FÜR DIE WELTWEITE SOZIALE REVOLUTION

KRIEG DEM KRIEG

FIGHT THE POWER

BURN BONN BURN



Protestzug der Frauen

Berliner Frauen aller Nationen zeigt Euch !

am Samstag,
den 16. Februar um 12.00 Uhr

Treffpunkt: Lehniner Platz

Wir, der Zusammenschluß der autonomen Berliner Frauenprojekte, rufen zu einem Protestzug auf, durch den wir gegen den Krieg, seine Ursachen und Folgen demonstrieren werden.

Wir wollen unseren Protest bildlich darstellen. Unsere Idee ist, daß jedes Projekt und jede Gruppe zu einem von ihm gewählten Thema (Waffenschieberei, finanzielle Beteiligung der BRD, Ölpest, etc.) einen Teil des Zuges gestaltet.

Wir hatten uns vorgestellt, uns zu verkleiden, Autos, Fahräder, Wagen usw., mit Transparenten zu behängen, um unseren Protest möglichst deutlich und Ausdrucksstark zu vermitteln.

Unsere Forderungen sind:

- **Kein Krieg weltweit**
- **Rücktritt aller Regierungen**
- **Keine Finanzierung des Krieges durch keine Regierung**
- **Selbstbestimmungsrecht für alle unterdrückten Völker**
- **Stopp der Waffenproduktion**
- **Abschaffung des Wehrdienstes und der Berufsarmeen**
- **Stoppt die ökologische Katastrophe**

Route: Lehniner Platz — Johann-Georg-Straße — Kurfürstendamm
Kundgebung: Breidtscheidtplatz , ca. 14 Uhr

Mit Bärenpils zum Erfolg !!!!!

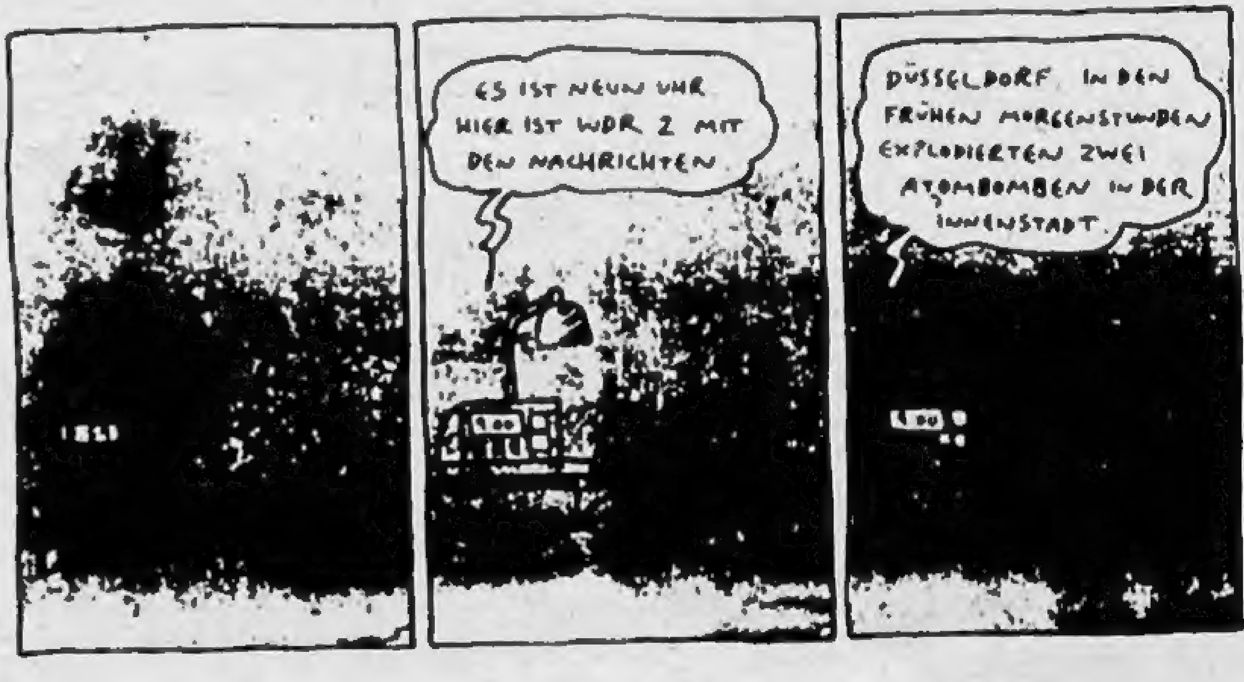
Lieber Sven Glückspilz, lieber Stöpsel !

Nein, ihr seid keine Schweine, wenn ihr den Glasbruch auf der Demo am 17.1. nicht richtig fandet. Geärgert habe ich mich -insbesondere als einer der Beteiligten an der Scherbenaktion- aber doch über Eure Artikel. Ich habe den Eindruck, daß ihr hier die Erklärung für unsere politische weitgehende Hilflosigkeit an den Aktionen aktiver Militanter festmacht, anstatt mal über Versäumnisse und strukturelle Schwächen der gesamten autonomen Linken nachzudenken.

Aber im Einzelnen.

1. Zum Glasbruch selbst: Mit der einzigen Ausnahme, daß kleine Läden, die keine stinkteuren Sachen verkaufen und ihren BesitzerInnen gerade mal zur Existenzsicherung dienen, gibt es unter uns Autonomen kaum verbindliche Kriterien, welche Scheiben bei welchem Anlaß einzuwerfen sind. Selbst dieses eine Kriterium scheint auch in interneren Kreisen umstritten zu sein (siehe z.B. Entglasungen bei Mainzer Str.-Verteidigung und bei Scherbendemo nach der Cuvrystr.-Räumung auf der Potse). Ansonsten ist es wohl so, daß je nach Thema gezielter bzw. ungezielter eingeworfen werden darf. Im Häuserkampf oder nach dem Tod von GenossInnen beispielsweise scheint alles erlaubt zu sein, was klirrt (gegen das"1000000 DM Sachschaden pro Räumung"-Flugblatt gab es z.B. keinen einzigen inhaltlichen Widerspruch), bei antiimperialistischen Demos müssen offenbar selbst in eskalierten Situationen noch direkte Schweine getroffen werden (Banken, Ölkonzerne, Botschaften) und nicht mittelbare Profiteure von Ausbeutung und Imperialismus (Fotoläden, "Wohnen 2001" etc.). (Im übrigen fliegt "Wohnen 2001" nicht erst seit dem RZ-Anschlag ein, sondern wurde z.B. schon bei der Demo anläßlich des Reagan-Besuches 87 eingeworfen.)
Hinter diesem "Banken ja - Möbelläden nein" scheint mir im übrigen ein Grundproblem autonomer Politik zu stehen, nämlich das, nach Schweinen, Schuldigen zu suchen, anstatt strukturelle Ursachen für schlechte Zustände zu benennen - und dann ist FotoWegert um keinen Deut besser als die Deutsche Bank.
Wenn es trotzdem manchmal richtiger ist, die Deutsche Bank als FotoWegert einzuwerfen, dann nur wegen der Vermittelbarkeit; aber ich glaube, manchmal treiben wir die Vermittelbarkeit so weit, daß wir am Ende selbst noch glauben, daß die Deutsche Bank schlimmer als FotoWegert ist, anstatt die beiden als verschiedene Räder desselben Systems zu begreifen.
Trotzdem. Eine Debatte über Glasbruchkriterien kann ja durchaus nützlich sein, aber daß diese bisher zu wenig geführt wurde, ist das Versäumnis von allen, die Glasbruch befürworten. Ihr könnt nicht die, die trotz und aufgrund vager Kriterien Scheiben einwerfen, dafür allein verantwortlich machen.

2. zur Demo am 17.1.: Natürlich ist es richtig, sich bei Bündnisdemos an Absprachen zu halten und dann auch taktisch mit militanten Aktionen zurückzuhalten und natürlich ist es ebenso richtig, nicht einfach in eine Demo anderer mehr oder weniger linker Gruppen einzusickern und diese als Rahmen für unsere Aktionen zu gebrauchen. Beides war am 17.1. aber nicht der Fall.
"Bei Kriegsausbruch: 20 Uhr Breitscheidtplatz" war seit Monaten von autonomer Seite festgesetzt worden. Nach der Großdemo vom 12.1. haben dann SPD und DGB draufgesattelt, und für denselben Ort und Zeitpunkt ihre Demo angekündigt. D.h. das klassisch reformistisch-integrative Konzept, radikalen Bewegungen das Wasser abzugraben drückte sich auch in Form (feste Route statt unkontrollierbarer Spomtandemo), Route (aus der Innenstadt weg), Ziel (nationalistisches Symbol der "friedlichen Revolution") und Abschlußkundgebung aus (Momper etc.) aus. Schon deshalb ist die 17.1.-Demo mit der Anti-Haig-Demo 82 nicht vergleichbar.
Wie stellt ihr Euch das vor, bei einer Demo zum Brandenburger Tor (!!!!), die explizit auch gegen uns Autonome gerichtet war, einfach mitzulaufen und so selbst zum integrierten Faktor zu werden ??
Am besten wäre es gewesen, wir hätten eine eigene Demo auf die Beine gestellt. Dazu hat es uns an Kommunikationsstrukturen gefehlt (dann müßten wir auch nicht immer alles nachbereiten, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist), dafür sind wir auch zu sehr von SPD/DGB überrollt worden, so daß eigentlich nichts anderes übrigblieb, als sich ein bißchen vorbereitet am Breitscheidtplatz einzufinden und darauf zu hoffen, daß dies auch einige andere Gruppen getan hätten, um die Demo und ihre Absicht zu unterlaufen und so -wenn auch immer noch mit Bauchschmerzen -zum Brandenburger Tor mitlaufen zu können.



3. zur Selbstbestimmung der Militanz-Debatte: Ich weiß nicht, ob es ein Zufall ist, daß solche Beiträge immer dann gehäuft auftreten, wenn uns diese Diskussion aus dem ReformerInnen-Spektrum aufgedrängt wird. Das ist jetzt, wo die taz über den Zusammenhang zwischen geklautem Bärenpils und Antiimperialismus räsoniert nicht anders als nach dem 1. Mai 89. Nach dem 3.10. und der Mainzer Str. war sie weitaus geringer, nicht auf die Art der eingeworfenen Scheiben bezogen - und bezeichnenderweise gab es da keine Debatte darüber, was "Das gute Buch" am Alex mit Nationalismus oder der Delikatessenladen in der Frankfurter Allee mit Häuserkampf zu tun hat.

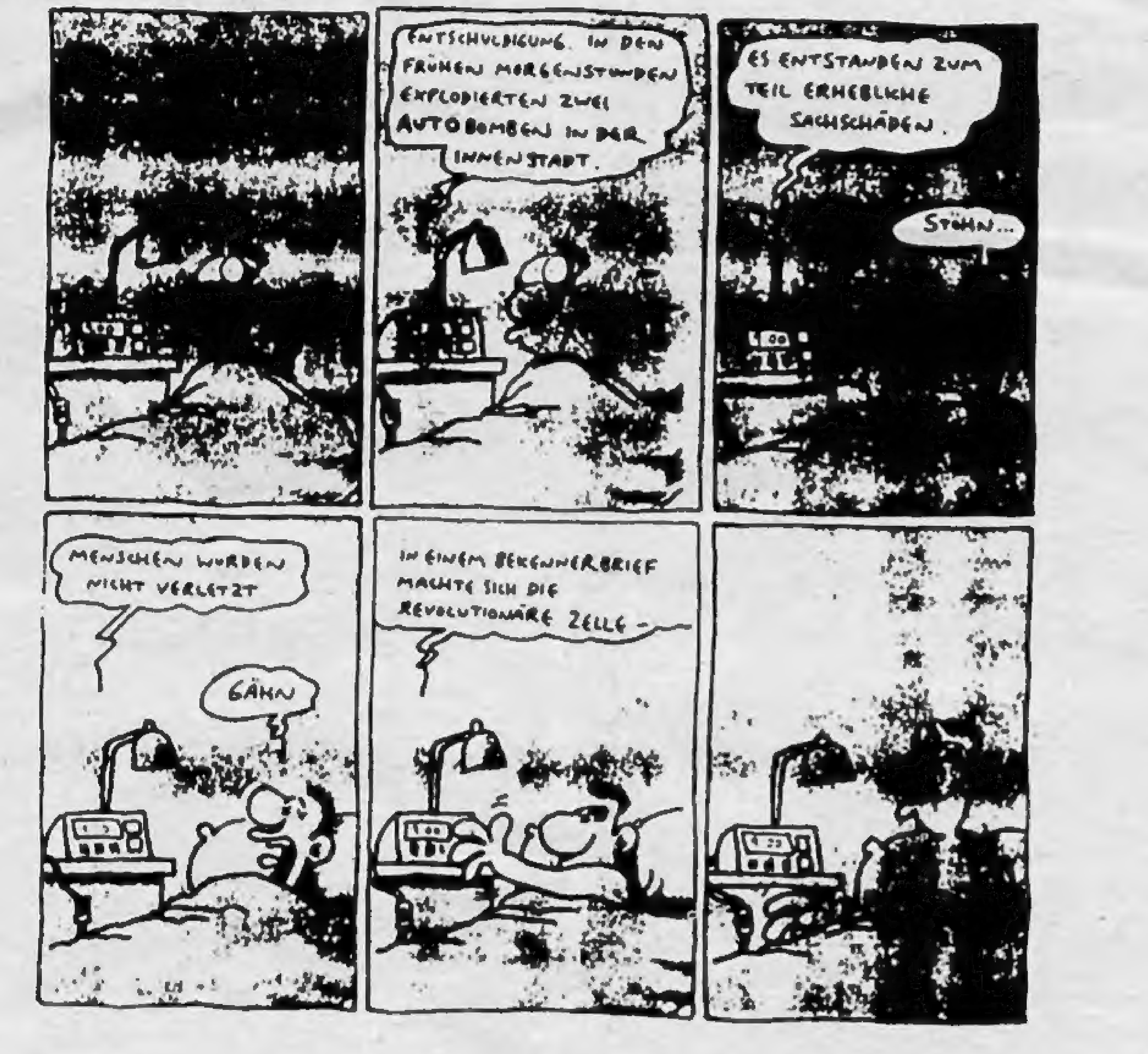
4. zu den eingeschlagenen Fensterscheiben bei der Kotti-Damm-Demo (während der Geschäftszeiten): Es ist richtig, an unsere Aktionen den Anspruch zu stellen, daß sie niemanden Unbeteiligten verletzen. Insofern genügen z.B. die besagten Anschläge auf die Deutsche Bank mit Säurezündern unseren Ansprüchen nicht.
Ich denke aber, Du hängst die Anspruchslatte zu hoch, wenn Du verlangst, daß bei unseren Aktionen niemand auch nur unberechtigte Panik bekommen darf (und die Panik bei den eingeschlagenen Scheiben ist unberechtigt, denn der Abstand zwischen Scheibe und Besucherraum ist weit genug). Wir können die Verletzung von Unbeteiligten vermeiden, unberechtigte Panikreaktionen z.B. bei Menschen, die durch die "Bild"-Artikel von den "brutalen Chaoten" beeinflußt sind, nicht.

> **Kalle**
> Ich hab einen gekannt, der war Chemiker und hat Giftgas hergestellt. Er ist privat ein Pazifist gewesen und hat vor der pazifistischen Jugend Vorträge gegen den Wahnsinn des Kriegs gehalten und ist so scharf geworden im Vortrag, sie haben ihn immer wieder vermahnen müssen, er soll sich in den Ausdrücken mäßigen.
>
> **Ziffel**
> Warum habt ihr ihn reden lassen?
>
> **Kalle**
> Weil er recht gehabt hat, wenn er gesagt hat, daß er mit dem, was er fabriziert, nichts zu tun hat, so wenig ein ixbeliebiger Arbeiter in einer Fahrradfabrik etwas mit den Fahrrädern zu tun hat. Und er hat genau wie wir was dagegen gehabt, daß man mit dem, was man fabriziert, nichts zu tun hat. Wir haben genau gewußt, daß wir für den Krieg arbeiten, indem wir überhaupt arbeiten. Denn wenn die Fahrräder, die an und für sich unschuldige Gegenständ sind, nicht über die Grenzen gehn können, weil die Märkte besetzt sind, dann gehn eines schönen Tags die Tanks über die Grenzen, das ist klar. Ich hab Leut sagen hören, der Handel und die Wirtschaft sind human, nur der Krieg ist unhuman. Aber der Handel und die Wirtschaft sind erstens nicht human und zweitens führens bei uns zum Krieg. Und dann wolltens einen humanen Krieg. Machts Krieg, aber nicht gegen die Zivilbevölkerung! Mit Kanonen, aber nicht mit Gas! Der amerikanische Kongreß hat die Rüstungsgewinne, hör ich, auf 10% begrenzt und zwar gesetzlich. Er hätt ebensogut die Menschenverluste im Krieg gesetzlich auf 10% beschränken können! Die Barbarei kommt schon von der Barbarei, indem der Krieg von der Wirtschaft kommt. Entschuldigens, daß ich politisch geworden bin.

(aus: Bertolt Brecht: Flüchtlingsgespräche)

Dann könnten wir uns vermutlich alle militanten Aktionen stecken (auch wenn die Scheiben nachts eingeflogen wären, könnte ja jemand, an dem 1C Vermummte vorbei flüchten, einen Herzanfall bekommen).

5. zur Kriegsangst: Das ärgerlichste an den derzeitigen Friedensdemos ist die Wiederkehr des Angstmoments, wie es auch Stöosel beschreibt. Die professionellen Apokalypsewarner, die seit der Anti-Raketen- und der Anti-Tschernobyl-Bewegung in den Löchern verschwunden waren, haben wieder Hochkonjunktur.
Dabei war die Kriegsangst in den Metropolen nie unberechtigter **als** heute. Das einzige, was uns hier betreffen kann, sind relativ geringe ökologische Spätfolgen (und auch während des iranisch-irakischen gab es genug brennendes Öl im Golf, ohne daß hier Apokalypseängste ausbrachen). Und selbst diese Argumentation ist peinlich eurozentristisch angesichts der realen Bedrohung der Menschen im Nahen Osten sowie im restlichen Trikont.



Mehr noch:"In unablässiger Folge spucken die Administrationen der Macht globale Endzeitstudien und Katastrophenszenarios aus, nichts wird hinterm Berg gehalten, bemäntelt oder beschönigt. Noch nie hat ein System die verheerenden, menschenvernichtenden Konsequenzen seiner Herrschaft derart offen und offensiv propagiert und von sich -ohne jede Zensur- ständig neues Tatsachenmaterial für seine überdimensionale Bedrohlichkeit ins Volk lanciert. Die sich überschlagenden Konjunkturen von Angst und Schrecken haben Methode, entspringen eiskaltem Machtkalkül, sind eine Waffe..Weil der Imperialismus Protest gegen die militärische Eskalation nicht von vornherein ausschalten kann, zieht er alle Register, um dessen Stoßrichtung in seinem Sinne zu steuern und die berechtigte Kriegsangst zur "Massenpsychose" umzudrehen, die er im Interesse der Durchsetzung des Projekts der Zukunft mobilisieren kann... Denunziert werden muß jeder Versuch, Katastrophenstimmung zu schüren und wachzuhalten, damit das Regime umso freiere Hand bei der Umsetzung des imperialistischen Projekts nach innen hat. Im Schatten der Vernichtungsdrohung wird die "Wende" angepeilt, wird die Auflösung des "Wohlfahrtsstaats" betrieben, werden die Weichen zu einer neuen Politik der Verarmung, der Vertreibung und der Vernichtung gestellt. Die Krisenstrategen verschaffen sich freie Bahn, indem sie die Folgen der Krise als das

kleinere Übel und notwendige Opfer verkaufen, das zur Vermeidung einer weitaus größeren Katastrophe gebracht werden muß. Die Utopie einer freien Gesellschaft fällt einer politischen Moral anheim, deren einziger Wert im physischen Überleben der Menschheit besteht."(RZ, In Gefahr und höchster Not bringt der Mittelweg den Tod, 1983)
Sowas glaube ich auch bei Stöpsel zwischen den Zeilen zu lesen.
Weil "jeder Tag in dieser Zeit schrecklich ist", müssen wir mit "SchülerInnen, StudentInnen und BürgerInnen auf die Straße gehen", als auch wieder mit denen, die uns in den letzten Jahren ihrer Polizei zum Fraß vorgeworfen haben, die ihre Karriere auf unserem Rücken machen; dürfen wir nicht mehr plündern, da der Kampf für das Menschheitsinteresse Frieden oberste Prorität hat. Bewegung ist nicht alles und eine falsche Bewegung kann nicht von innen heraus für richtige Ziele radikalisiert werden!!!
Die zurückgehende Mobilisierung hat denn auch sicher damit zu tun, daß die Horrorszenarien hier nicht eintreffen, und die Bomben eben doc nur Bagdad treffen.

6. nochmal grundsätzlich zur Bündnispolitik mit der Friedensbewegung: Natürlich kann man so wie ihr argumentieren, die ihr unseren Unterschied zu den Friedensbewegten nur in den Aktionsformen bzw. deren Zeitpunkt auszumachen scheint (oder interpretier' ich das zu bösartig?), und von daher für weitestgehende Zusammenarbeit mit dieser "Volksbewegung" (Stöpsel) plädieren, aber ihr könnt doch nicht so tun, als hätte es nicht darum lange Kontroversen gegeben und Euch völlig geschichtslos nicht mit den Argumenten gegen ein solches "Ab in die Bewegung!" auseinandersetzen.
Ich denke, Eure Argumentation fällt weit hinter den Stand des eben zitierten RZ-Papiers zurück.

7. zu Euren Aktionsvorschlägen: Ich hätte einen militanten Angriff auf das US-Konsulat auch richtiger als die Scherbendemo am 17.1. gefunden und halte auch massenhafte Sabotage für angesagt. Aber wenn ihr Aktionen vorschlagt, müßt ihr auch sagen, mit welchen Strukturen das gehen soll. Ein koordinierter Angriff auf das Konsulat war angesichts der Zersplitterung von Aktionsgruppen, der nicht vorhandenen Diskussion seit einem halben Jahr einfach nicht drin. Ähnliches gilt für Sabotageaktionen.
Jedenfalls hab ich da den Eindruck, daß ihr a) von außen Erwartungen an aktionsfähige Gruppen richtet, so als wären für diese von Kommunikation über Technix bis zu Kriminalisierungsängsten alles kein Problem mehr und b) Planung und Durchführung solcher Aktionen eben nicht auch als Eure Aufgabe begreift, sondern an obengenannte Gruppen delegieren wollt.
Die Scherbendemo vom 17.1. war angesichts unserer derzeitigen Schwierigkeiten vermutlich die einzige Möglichkeit überhaupt, militant massenhaft handlungsfähig zu sein. Sonst wäre gar nix gelaufen. **Solange** sich die autonome Bewegung weigert, sich in größeren Zusammenhängen zu organisieren, wird sie nur die Schwächen des Gegners ausnutzen können.

(Vielleicht ist das Problem aber auch anders: Es ist Fakt, daß viele unter uns Autonomen aus verschiedensten Gründen selbst keine militante Politik machen. Ebenso geistert aber an alle der Anspruch herum, selbst militante Praxis zu entwickeln.
Dabei sagen wir doch, Militanz sei nur Mittel zum Zweck. Um den Zweck, den Aufbau einer eigenen Kultur im weitesten Sinne -also der Wiederaneignung des eigenen Lebens kümmern sich bei uns aber nur allzuwenige, obwohl diese doch Voraussetzung für den Aufbau einer neuen Gesellschaft ist. Diese Arbeit wird unter uns doch immer noch als zweitrangig angesehen.
Das führt dazu, daß einerseits nicht offen zugegeben werden darf, militante Aktionen zwar grundsätzlich richtig zu finden, sie aber

zumindest zeitweise nicht selbst durchführen zu wollen und die jeweiligen GenossInnen unter den Ansprüchen begraben werden. Es wäre einiges gewonnen, wenn darüber mal wieder gesprochen werden darf. Unser Politikverständnis könnte eine Erweiterung gut gebrauchen. Auf der anderen Seite behindert dieser Anspruchsdruck ja auch diejenigen, die wirklich militante Aktionen machen wollen. Daß ich innerhalb autonomer Zusammenhänge zwei Jahre gebraucht habe, um wieder eine demohandlungsfähige Gruppe zu finden, ist die Kehrseite davon: sich erst durch Dutzende von Leuten durchwühlen zu müssen, die einen verbalmilitanten Anspruch haben, in der Praxis aber "lediglich" ein solidarisches Verhältnis zu militanten Aktionen haben.)

8. zum Golfkrieg selbst: Es ist doch seltsam: Seit August läuft der Aufmarsch im Golf, seit November war das Datum 15.1. bekannt - fast nichts passiert. Die autonome Feuerwehr tritt wie immer dann in Aktion, wenn's brennt - also zu spät ist und ebbt dann zwei Wochen später wieder ab.
Die Einzelnen verfallen in phasenweise Hektik, rödeln vier Wochen durch die Stadt und sind anschließend urlaubsreif. Über die Jahre hinweg führt eine solche Politik zum persönlichen Verschleiß und zur Zementierung der Verhältnisse, da eine solche Politik nur Gegenpositionen ("die Kraft der Negation" - das ist leider eine sehr genaue Beschreibung autonomer (!!) Politik) behaupten, nicht aber durchsetzen kann. Wie im perpetuum mobile wird die eigene Politik dann immer mehr mit den Schweinereien des Gegners als mit den eigenen Hoffnungen erklärt, da diese sowieso undurchsetzbar erscheinen. Es wird sich nur negativ gegen den Feind definiert, und auf die nächste Schwenerei gewartet. Wir sollten wenigstens uns selbst gegenüber zugeben, daß sich darin unsere Politik nicht von bürgerlicher unterscheidet und sie sich zudem daran festmacht, welches Thema von den Medien geputscht wird, auch wenn wir letzteres durchschauen mögen. Das ist ja alles nix neues, aber nochmal aus konkretem Anlaß: Die Stärke der autonomen Anti-Kriegs-Bewegung wird nicht davon abhängen, ob die nächste Aktion bei Daimler oder Siemens stattfindet oder ob die Steine gegen "Wohnen 2001" oder die US-Botschaft fliegen, sondern davon, ob es uns zum einen gelingt, unseren Alltag kollektiv zu bewältigen, konkrete Utopien zu leben und zum anderen in unseren politischen Strukturen über Dorfmentalität, Grüppchenwirtschaft und halbklandestine Strukturen auch da, wo sie nicht notwendig sind, hinauszukommen. Solange autonome Politik es nicht schafft, die eigenen Bedürfnisse kollektiv zu politisieren und Strategien dazu zu entwickeln, solange wird sie eben nur dazu reichen, als Abwehrbewegung gegen besonders offensichtliche Schweinereien für kurze Klirrlaute zu sorgen, um danach ihre Subjekte wieder in den individualisierten Alltag zu entlassen.

9. zum Psychologisieren: Was ich besonders ärgerlich an Euren Artikeln finde: das ihr die Entglasungsaktionen nicht als politischen Ausdruck seht, der nicht der Eure ist, sondern psychologisiert:"unreflektierter Aktionismus und Freude darüber, 'daß mal wieder was los ist'"(Stöpsel) und "reines Abreagieren"(Sven Glückspilz) - das sind die Begriffe, mit denen sonst die taz über uns herzieht und zu entpolitisieren sucht - als Kommunikation zwischen GenossInnen ist mir das neu. Liegt wohl aber auch daran, daß wir unter uns zuwenig miteinander reden, sonst würden wir uns ernster nehmen und nicht nicht vorhandene Motive unterschieben.

Heinz Schenk

Zu brennenden Fragen

Die Ereignisse, die mit dem Beginn des Golfkrieges in der Bundesrepublik eintraten, hatten etwas überrumpelnd bewegendes.

Tausende von Menschen auf den Straßen, Mahnwachen, Blockaden und immer wieder Demos.

Was allen in die Knochen gefahren schien, ist die Bedrohung, die dieser Krieg für die Menschen hier hat: seine mögliche Ausweitung bis hin zu einem Szenario, das an einen III. Weltkrieg heranreicht, die unübersehbaren ökologischen Katastrophen, falls biologische Kampfstoffe eingesetzt werden, die kuwaitischen Ölfelder in Flammen aufgehen oder Rohöl – wie schon geschehen – in den Golf geleitet wird, die Bedrohung durch Terroranschläge, usw.

Die Massen auf den Straßen waren/sind betroffen – nicht nur weil Krieg ist, sondern vor allem weil dieser Krieg sie persönlich bedroht.

Ihre Betroffenheit brachten auch lange nicht alle zum Ausdruck. Auf der Straße waren vor allem SchülerInnen und StudentInnen. Der größte Teil der BRD-Bevölkerung blieb lethargisch.

Das ist ein Punkt, den wir wichtig finden, um von der anfänglichen Aufbruchstimmung zu den klaren Fakten zu gelangen. Zwar war der größte Teil der Bevölkerung in der BRD anfangs gegen diesen Krieg eingestellt, um sich zu mobilisieren reichte das aber nicht aus.

Auch bei den Menschen auf der Straße war und ist eine gewisse Hilf- und Perspektivlosigkeit nicht zu übersehen. Letzlich sind die vagen Hoffnungen mit den Aktionen wirklich in die Kriegsmaschinerie einzugreifen, um damit den Krieg zu beenden – oder politischen Druck mit dem gleichen Ziel zu erzeugen, von vorneherein illusorisch.

Zudem versteht sich die Mehrheit der gesellschaftlichen Minderheit der Anti-KriegsdemonstrantInnen als pazifistische, gewaltfreie Friedensbewegte.

Doch etwas gegen diesen Krieg zu tun muß nicht gleichbedeutend mit einer pazifistischen Einstellung sein – ganz im Gegenteil.

Krieg ist eine Systemfrage

Kriege toben ununterbrochen auf dem gesamten Erdball. Insbesondere in sogenannten „Entwicklungsländern". In Lateinamerika und Afrika gehört Krieg zu einer alltäglichen Erscheinung.

Diese Kriege sind so gut wie immer „begrenzte Konflikte" zwischen verschiedenen Machtcliquen oder – was weit weniger der Fall ist – es kämpfen Befreiungsbewegungen gegen den staatlichen Machtapparat.

Diese Kriege interessieren in Europa kaum jemanden, mensch hört davon – und gut. Genauso wie die Exisistenz dieser Kriege zur untergründigen Allgemeinbildung gehört, gehört auch das Wissen dazu, daß sie von den großen und kleinen Industrienationen mit Waffenlieferungen entsprechend angeheizt werden. So lassen sich mit Waffen und entsprechender Technik in so manchen „Entwicklungsländern" bessere Geschäfte machen als mit anderen Dingen.

Dem Wirrwar dieser Kriege liegt eine politische Gesetzmäßigkeit zugrunde, die erst bei der Betrachtung des Ganzen klar wird.

Interesse an diesen Kriegen haben vor allem die imperialistischen Länder, deren Wirtschaft darauf basiert, daß sie in den Metropolen die Reichtümer anhäufen, die sie aus der restlichen Welt sehr billig herauspressen und zusammenraffen.

Die Kriege bedeuten für die entsprechenden Länder, daß sie zusätzlich zu ihrer wirtschaftlich schwachen Ausgangslage noch weiter unterentwikkelt gehalten werden – in einem Land, in dem Krieg tobt, kann schwerlich ein stabile Wirtschaft aufgebaut werden.

So nutzen diese Kriege vor allem den westlichen und östlichen (UdSSR, China) Industrienationen, speziell deren Rüstungsindustrie.

Ohne die Unterstützung mit Waffen etc. wären viele dieser Kriege nicht möglich. So wurden die Kontras in Nicaragua von den USA unterstützt, um die sandinistische Regierung in einen langen Bürgerkrieg zu verwickeln und damit den wirtschaftlichen Aufbau des Landes zu verhindern.

Ähnlich ist es zur Zeit in Mosambique, wo die USA und Südafrika ebenfalls die rechte Terrortruppe „RENAMO" unterstützen, um die sich marxistisch nennende Regierung zu schwächen.

Genauso blutige Kriege toben dort, wo Befreiungsbewegungen kämpfen, deren Sieg keiner Großmacht wirtschaftlichen Gewinn bringt und deshalb nur eine Partei ein Interesse an ihrem Sieg hat, nämlich die Befreiungsbewegung selbst.

Ein heftiges Beispiel für einen solchen Krieg ist Äthiopien. Dort kämpft seit nunmehr über zwanzig Jahren die eriträische Befreiungsfront gegen die Zentralregierung. Die Zentralregierung gehört dem sowjetischen Machtblock an und wird von dort massiv mit moderner Waffentechnik ausgerüstet.

Die eriträische Befreiungsfront versteht sich ihrerseits als eine sozialistische Bewegung.

Da nicht sein kann, was nicht sein darf versucht die äthiopische Regierung die Rebellen und Rebellinnen auszurotten. Immer wieder kommt es zu Angriffen mit Giftgas aus sowjetischer Produktion.

Da auch die Westmächte kein Interesse an einem Sieg der linken eriträischen Guerilla haben, findet dieser Krieg in den Medien nicht (und damit praktisch überhaupt nicht) statt.

Ein wenig vergleichbar damit ist der Kampf der Polisario für die Unabhängigkeit der Westsahara von Marokko.

Ein kurzer Blick auf das Beschriebene zeigt, daß Krieg nicht gleich Krieg ist, daß es Kriege gibt, die den wirtschaftlichen Einfluß des Imperialismus festigen, erweitern und in seinem Dienste und seiner Regie geführt werden – und Befreiungskriege, die den Teufelskreis von Unterdrückung und wirtschaftlicher Ausbeutung beenden wollen.

Deshalb ist für uns Krieg nicht gleich Krieg und Gewalt nicht gleich Gewalt. Krieg ist eine gesellschaftliche Auseinandersetzung, eine Systemfrage. Individulle Entscheidungen, z.B. für oder gegen Krieg und Gewalt sind dabei bedeutungslos.

Der Imperialismus herrscht mit Unterdrückung und Gewalt, Fachismus und Krieg gehören zu seinen Herrschaftsmitteln, solange es dieses System gibt. Erst das Ende des Imperialismus läßt eine Welt ohne Krieg und Unterdrückung in den Bereich des Möglichen rücken.

Doch das imperialistische System wird nicht von selbst abtreten. Ganz im Gegenteil: wenn die Grundfesten des imperialistischen Systems in Gefahr geraten, setzt er anstelle der parlamentarischen Demokratie den offenen Faschismus als Herrschaftsform ein; Hauptsache die Konzernchefs bleiben die Konzernchefs, Hauptsache Profit bleibt Profit.

Aber selbst ohne offenen Faschismus und Krieg, in „normalen", „friedlichen" Zeiten sterben durch den Imperialismus täglich Tausende, wie die Menschen in der sogenannten Dritten Welt, die in Unterentwicklung und Elend gehalten werden, oder durch die systematische Verseuchung der Umwelt, usw. All das beruht letztlich auf der elenden Profitlogik des Imperialismus.

Sich gegen imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung zu wehren ist legitim und die einzige Hoffnung, daß sich wirklich etwas positiv ändert.

Die Menschen in den „Entwicklungsländern" spüren krasser als wir hier was Imperialismus heißt. Sie spüren die Gewalt, mit der dieses System herrscht, am eigenen Leib. Zwischen Zwangsprostitution und Erschießungskommando stirbt jeder bürgerlich, humanistischer Blütentraum von heiler Welt und Menschenrecht.

Es gibt nur einen Weg, um der Blutmühle des Imperialismus zu entkommen, er muß zerschlagen werden. Und genau das versuchen die verschiedenen Befreiungsbewegungen.

Deshalb sagen wir: es gibt keinen guten Krieg, aber es gibt den berechtigten Krieg, den Krieg, den wir unter dem Begriff antiimperialistischer Krieg verstehen.

Einen solchen Krieg unterstützen wir auch, z.B. in der Situation, in der sich der Befreiungskampf in El Salvador befindet, ist es richtig Waffen für El Salvador zu sammeln und sich nicht auf den pazifistischen Standpunkt zu stellen, daß Krieg gleich Krieg ist. Für die Menschen in Lateinamerika würde das heißen, daß es für sie nie einen Ausweg aus ihrem Elend und ihrer Hoffnungslosigkeit gibt.

Zum Golfkrieg

Der Golfkrieg ist ein rein imperialistischer Krieg. Zwei imperialistische Blöcke kämpfen gegeneinander um die Erweiterung ihres Machtbereiches.

Hauptleidtragende ist die Zivilbevölkerung, für die sich nicht viel an ihren Lebensumständen nach dem Krieg verändern wird, egal wer ihn für sich entscheidet. Zu den Kriegsgewinnern zählt vor allem das Kapital, daß entweder an den Kriegsgeräten verdient, das es an beide Kriegsparteien verkauft oder an den Investitionen beim Wiederaufbau nach dem Krieg.

Deshalb stehen wir bei diesem Krieg auf keiner Seite einer kriegsführenden Patei. Dieser Krieg ist ein unnötiges Massaker aufgrund imperialistischer Machtträume und Systemlogik.

Was können wir tun?

Schul- und Unistreiks, Mahnwachen, Demos und Straßenblockaden sind erstmal Möglichkeiten für viele Menschen, sich gegen den Krieg zu artikulieren, überhaupt was zu machen und zusammenzukommen.

Dennoch ist klar, daß diese Aktionen wirkungslos sind hinsichtlich des Zieles, den Krieg damit be- oder gar verhindern zu wollen.

Die Bosse und die MachtpolitikerInnen kümmert Protest im Rahmen ihrer Gesetze wenig. Sie haben ihre wirtschaftlichen und politischen Intressen, die sie durchsetzen, wenn nötig mit Gewalt.

KRIEG

Das zeigt sich deutlich an den, mit dem Golfkrieg zeitglich ablaufenden, Ereignissen in Wilna.

Dort demonstrierte die Mehrheit der lettischen Bevölkerung für die Unabhängigkeit ihres Landes von der Sowjetunion.

Tagelang gab es gewaltfreie Demonstrationen, die Menschen glaubten tatsächlich damit ihre Forderung realisieren zu können. Sie glaubten es selbst dann noch, als die Panzer auf sie zurollten. Sie schienen die Bilder vom Sommer 1989 schon vergessen zu haben, als auf dem „Platz des Himmlischen Friedens" in Peking Panzer gewaltfreie DemonstrantInnen zerquetscht hatten. Statt wegzulaufen oder den anrückenden Truppen anders zu begegnen, blieben sie sitzen, ohne zu begreifen, daß sich machtpolitische Interessen nicht durch Pazifismus beeindrucken lassen.

So klebt die Idee des Pazifismus dieser Tage zwischen den Panzerketten von Wilna, das sollten wir nicht vergessen.

Wie ist ein imperialistischer Krieg zu stoppen?

Um diese Frage zu beanworten, müssen wir uns ansehen, wie die beiden großen imperialistischen Kriege, der I. und der II. Weltkrieg, beendet wurden.

Der I. Weltkrieg endete nach vier Jahren opferreicher, mörderischer Materialschlachten und Not in „der Heimat", mit Revolutionen in den Ländern, deren militärische Niederlage absehbar war.

Zum einen kam es 1917 in Rußland zur sowjetischen Oktoberrevolution, zu deren Hauptparole die sofortige Beendigung des Krieges gehörte.

Zum anderen glückte am 9. November 1918 die revolutionäre Erhebung im Deutschen Reich, das drei Tage später kapitulierte.

Die revolutionären Bestrebungen in Deutschland und damit die Hoffnung, daß sich grundsätzlich etwas ändert, wurden aber wenig später in einem mehrjährigen blutigen Bürgerkrieg mit tausenden von Opfern zerschlagen. Auf dieser blutigen Unterdrückung basierte die Weimarer Republik.

Die Revolutionen richteten sich in beiden Fällen nicht nur gegen den Krieg, sondern hatten die Beseitigung des imperialistischen Systems zum Ziel. Beide Revolutionen wurden mit Waffen durchgeführt, weil anders der Imperialismus nicht zu besiegen war (ist).

Es gab auch im I. Weltkrieg viele Pazifisten, die keine Waffe in die Hand nehmen wollten. Sie wurden vom Militär menschlich zerbrochen oder, wenn das nicht gelang, aufgehängt oder erschossen. Ihre Verweigerung war völlig wirkungslos, unbekannt wurden sie irgendwo verscharrt.

Der II. Weltkrieg endete mit der totalen Niederlage des III. Reiches und seiner politischen und territorialen Demontage.

Dieser Krieg wurde nicht durch einen Aufstand gegen das System beendet. Die Faschisten hatten alle oppositionellen Kräfte ermordet, verjagt oder eingesperrt. Die wenigen Menschen, die noch zu Widerstand bereit waren, konnten dem Faschismus zu keiner Zeit ernsthaft gefährlich werden.

Deshalb stand am Ende dieses Krieges auch nicht eine durchgreifende Systemveränderung zugunsten des „einfachen" Volkes. Die alten Funktionsträger des Faschismus blieben zu einem großen Teil in ihren Posten, die Bosse blieben die Bosse, Profit blieb Profit.

Wie zu erkennen ist, endet ein imperialistischer Krieg entweder mit der völligen militärisch/politischen Niederlage der einen kriegsführenden Macht oder durch eine Revolution, die das Herrschaftssystem entmachtet.

Unsere Situation hier und heute ist aber nicht mit der während des I. oder II. Weltkrieges zu vergleichen. Zwar ist auch der BRD-Imperialismus am Golfkrieg beteiligt und Kriegslasten werden durch die Belastung der Staatskassen, insbesonde durch Steuererhöhungen spürbar. Doch das sind noch keine einschneidenden Maßnahmen und der BRD-Imperialismus zieht sogar teilweise Gewinne aus seiner Beteiligung am Golfkrieg, ähnlich wie sich etliche BRD-Unternehmen am achtjährigen Iran/Irak Krieg (1980 – 1988) eine Goldene Nase verdient haben. Die militärische Beteiligung der BRD am Kriegsgeschehen hat momentan noch symbolischen Charakter. So sind bisher nur sehr wenige Bundeswehreinheiten an Nebenkriegsschauplätzen eingesetzt. Außerdem ist Europa, im Gegensatz zum I. und II. Weltkrieg, nicht Kriegsschauplatz.

Die BRD unterstützt vor allem die Alliierten-Truppen unter Führung der USA massiv mit Geld und Waffen, und zusätzlich Israel. Dabei trifft vor allem die USA eine große Schuld am Kriegsausbruch.

Ein Jahr vor dem Krieg haben wir noch gesehen, wie der gesamte Ostblock an wirtschaftlichen Schwierigkeiten zerbröselt ist – und da wollen uns die Medien weismachen, daß ein Wirtschaftsembargo, so umstritten diese Maßnahme an sich auch sein mag, gegen den Irak nichts bringen würde?

Und selbst wenn ein Embargo den Irak nicht in die Knie gezwungen hätte ist das noch lange kein Grund für einen solchen Krieg. Langfristig wären über wirtschaftliche und politische Verflechtungen Einflußnahme möglich gewesen.

Der Kampf um die Freiheit Kuwaits jedenfalls ist Gewäsch. In Kuwait gab es zwar keinen Diktator wie im Irak, doch das Parlament war dort ebenfalls nur Verziehrung, auch dort herrschten ganz offiziell die ultrareichen Scheichs mit Sklavenhaltermethoden.

Ob der Ölhandel mit Kuwait oder Irak abgehandelt wird hat/hätte einen entscheidenden Unterschied. Kuwait war/ist völlig West-, d. h. vor allem USA orientiert, was bedeutet, daß Kuwait den Ölpreisvorstellungen des Westens immer entspricht – beim Irak wäre das anders.

Mensch kann es drehen wie mensch es will, es geht in diesem Krieg um die Vormachtstellung am persischen Golf zwischen dem Irak und den USA.

Bis zum bitteren Ende

Daß dieser Krieg vorzeitig und damit ohne weitere Katastrophen beendet wird, ist so gut wie ausgeschlossen.

Beide Kriegsparteien müssen den Krieg für sich entscheiden und werden dazu alle Mittel, die sie haben, einsetzen.

Saddam Hussein muß den Krieg gewinnen, weil sein Wohl und Wehe davon abhängt.

Die USA müssen in diesem Krieg siegen, weil sich keine Regierung der USA eine Wiederholung des Vietnamdebakels leisten kann. Eine Niederlage oder selbst ein Rückzieher der USA im Golfkrieg hätte, nicht nur für sie, weltpolitische Folgen und würde einen übermächtigen Saddam Hussein enstehen lassen.

Deshalb ist dieser Krieg nicht mehr zu stoppen, er wird bis zum bitteren Ende weiter gehen, aus wirtschaftlichen und politischen Gesetzmäßigkeiten, egal wieviel gute Gründe gegen ihn sprechen und egal wieviel Tod und Elend er bringen wird.

Alles was wir tun können ist weiterhin darüber aufzuklären, daß dieser Krieg eine Systemfrage ist, daß dieser Krieg ein imperialistischer Krieg ist, und daß sich ein solcher Krieg nicht mit pazifistischen Methoden, wie Mahnwachen u.ä., beeinflußen läßt.

Das, was den Verlauf dieser Krieges beeinflußen kann, ist die Sabotage der militärischen Infrastruktur und Aktionen gegen die direkt beteiligten Rüstungsfirmen und Konzerne.

Von daher war die Aktion einiger SchülerInnen am 16. Januar richtig, als sie zu Mercedes Benz demonstrieren und versuchten, die Niederlassung zu besetzen – auch wenn sich LehrerInnen und andere SchülerInnen gegen die AktivistInnen stellten und ihnen deshalb niemand folgte. Wir grüßen die AktivistInnen!

Von daher war die Besetzung des Bahnhofs am 17. Januar gut. Es gelang für viereinhalb Stunden den gesamten Zugverkehr auf der Nord-Süd Strecke lahmzulegen. Damit sind Munitionstransporte für diese Zeit verhindert worden.

Auch die Steine in den Scheiben von Banken nach dem Knüppeleinsatz der Polizei bei der Bahnhofsräumung haben die richtigen Ziele getroffen. Genauso positiv war der Besetzungsversuch der Autobahn am 25. Januar, selbst wenn die Aktion nicht geglückt ist.

Ein zweischneidiges Schwert waren die Angriffe gegen die Tankstellen am 22. Januar, wo an acht Tanken insgesamt 48 Zapfschläuche abgeschnitten und zerstochen wurden. Weil ein Tankkunde nicht bemerkte, daß der Schlauch an seiner Zapfsäule zerlöchert war, flossen 25 Liter Sprit über die Tankstelle und in die Kalanisation.

Zwar verdienen sich insbesondere die Ölmultis am Golfkrieg dumm und dämlich. Wir finden aber Aktionen, die Unbeteiligte treffen können immer zweifelhaft – ganz besonders dann, wenn die TäterInnen nicht einmal schreiben, wie sie zu der Sache stehen, z.B. ob sie sich darüber Gedanken gemacht haben und ob es ihrer Meinung nach überhaupt eine Gefährdung für Unbeteiligte gegeben hat.

Doch wie kann es weitergehen? Die Massen sind schon jetzt nicht mehr mobilisierbar. Langsam gewöhnt mensch sich an den Krieg. Massiv versuchen sich Politikerarschlöcher der herrschenden Parteien und Organisationen an die Spitze der Anti-Kriegsstimmung zu setzen, wie am 26. Januar bei der großen Demo in Bonn zu sehen war. Ihr politisches Manöver ist klar. Sie wollen diese Bewegung für ihre Politik vereinnahmen und ihre Inhalte in sie hineinpressen. Schon gibt es pro USA und Israel Demos, die als Friedensdemos bezeichnet werden.

Unsere Parole ist klar, sie kann nur heißen: Krieg dem imperialistischen Krieg. Denn daß bedeutet das Übel bei der Wurzel zu packen, heißt nicht Feuer mit Feuer zu bekämpfen, sondern mit Wasser.

Desertiert nicht, sondern richtet eure Waffen gegen die, die verantworlich sind!

Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen!

Autonome Antifa (M)
Göttingen, Februar 1991

...es begab sich aber zu unserer Zeit

Die DGB - Führung wird aktuell in der Frage des Golfkrieges ihrer Rolle als verläßlicher Partner der Konzernbosse samt ihren politischen wie militärischen Handlangern wieder einmal voll gerecht. Schon seit Bestehen des DGB haben dessen Bonzen über die Mitarbeit in Parteispitzen und Aufsichtsräten bundesdeutscher Großkonzerne die zerstörerische Politik (Bsp: durch Bewilligung von Rüstungsexporten) gegenüber den Völkern der sogenannten 3.Welt mitgetragen. Jahrzehntelang bemühten sich die DGB-Bosse, jegliches antiimperialistisches wie auch antikapitalistisches Bewußtsein aus der Gewerkschaftsarbeit herauszuhalten. Fortschrittliche KollegInnen bekämpften und bekämpfen sie mit gewerkschaftsausschlüssen zum Erhalt der von ihnen gepriesenen "Sozialpartnerschaft". So ist es in der jetzigen Situation, in der bei vielen Menschen im Zusammenhang mit dem Golfkrieg grundlegende gesellschaftliche Widersprüche aufbrechen, nicht verwunderlich, daß DGB-Spitze und Sozialdemokratie versuchen, sich an die Spitze der Anti-Kriegs-Bewegung zu setzen. Dieses allein mit dem Ziel, die Anti-Kriegs-Bewegung mit hohlen Friedensphrasen zu befriedigen.

Die DGB-Bosse verschweigen, daß als Folge der wirtschaftlichen Ausplünderung der reichen Industrienationen gegenüber der sogenannten 3.Welt dort Kriege in vielfältiger Form ununterbrochen geführt werden. Ebenso, daß es die imperialistischen Großmächte sind, die zur Durchsetzung ihrer Interessen gegenüber den Völkern des Trikonts dort reaktionäre Schweine wie bspw. Saddam Hussein stützen bzw. stützten, um sich ihrer zu bedienen (Iran-Irak-Krieg). Da wird es ärgerlich, daß einer ihrer ehemaligen Partner, der Irak, sich nun erdreistet, den USA nachzueifern, um wie diese einen anderen Staat zu überfallen. Dies auf eigene Rechnung und ausgerechnet das reiche Kuwait. Über Nacht wird aus dem "Verfechter der Freiheit" Saddam Der Irre, der neue Hitler. Und der "Weltfriede" gerät in Gefahr. Die Völker des Trikont erkennen diese Heuchelei und Doppelmoral. Sie wissen, daß es beim Golfkrieg vor allem um den Versuch der USA und ihrer westlichen Verbündeten (ja, gerade auch der BRD) geht, der sogenannten 3.Welt ein für alle Mal ihr Diktat aufzuzwingen. Der Außenpolitische Machtverlust der UdSSR hat den Raum geschaffen, der es den USA und ihren Verbündeten ermöglicht, nach dem irakischen Überfall auf Kuwait einen willkommenen Krieg für eine Neuaufteilung der Welt zu führen. Eine Neuaufteilung zur Verfestigung und Absicherung der ökonomischen Interessen der westlichen Industriestaaten gegenüber den Ländern des Trikonts.

Die DGB-Spitze unterstützt diese mörderische Politik, indem sie diesbezügliche Hintergründe verschweigt und versucht, den Unmut der KollegInnen mit Latschdemos und fünf Schweigeminuten während der betrieblichen Mittagspause ins Wirkungslose verpuffen zu lassen. Garantiert wird das mit unpolitischen Friedensphrasen. Ankündigungen der BRD-Regierung, zur Finanzierung des Krieges weitere Milliarden DM zu Verfügung zu stellen, gar eine Kriegssteuer einzuführen, wurden aus den Reihen der Gewerkschaftsbonzen mit einem "da wird man wohl nicht dran vorbeikommen!" kommentiert. Bei diesem Verhalten der DGB-Führung ist es nicht verwunderlich, wenn sich nicht wenige KollegInnen mehr Sorgen darum machen, daß sie mit dem Auto in durch Anti-Kriegs-Aktionen ausgelösten Verkehrsstaus steckenbleiben, als wie sie gegen den Krieg selber aktiv werden könnten. Dabei liegt, das weiß auch die DGB-Führung, ein entscheidender Schlüssel für die Beendigung des Golfkrieges in den Händen der Werktätigen: Generalstreik bzw. Massenstreiks. Damit könnten die folgenden, dringlichsten Forderungen gegenüber der Bonner Regierung durchgesetzt werden:

Sofortige Einstellung jeglicher finanzieller, logistischer wie militärischer Unterstützung des Golfkrieges!

Keine Kriegssteuer!



Sofortige Diplomatische Initiativen zur Beendigung des Golfkrieges!

Doch das Bewußtsein über die Durchsetzungsmöglichkeiten einer geeint kämpfenden Arbeitnehmerschaft ist nicht zuletzt dank der DGB-Politik bei vielen KollegInnen verschüttgegangen. So blieben von Vertrauensleuten und BetriebsrätInnen organisierte Aktionen gegen den Krieg wie kurzzeitige Arbeitsniederlegungen, Versammlungen und Flugblattverteilen eher die zaghaften Ausnahmen.

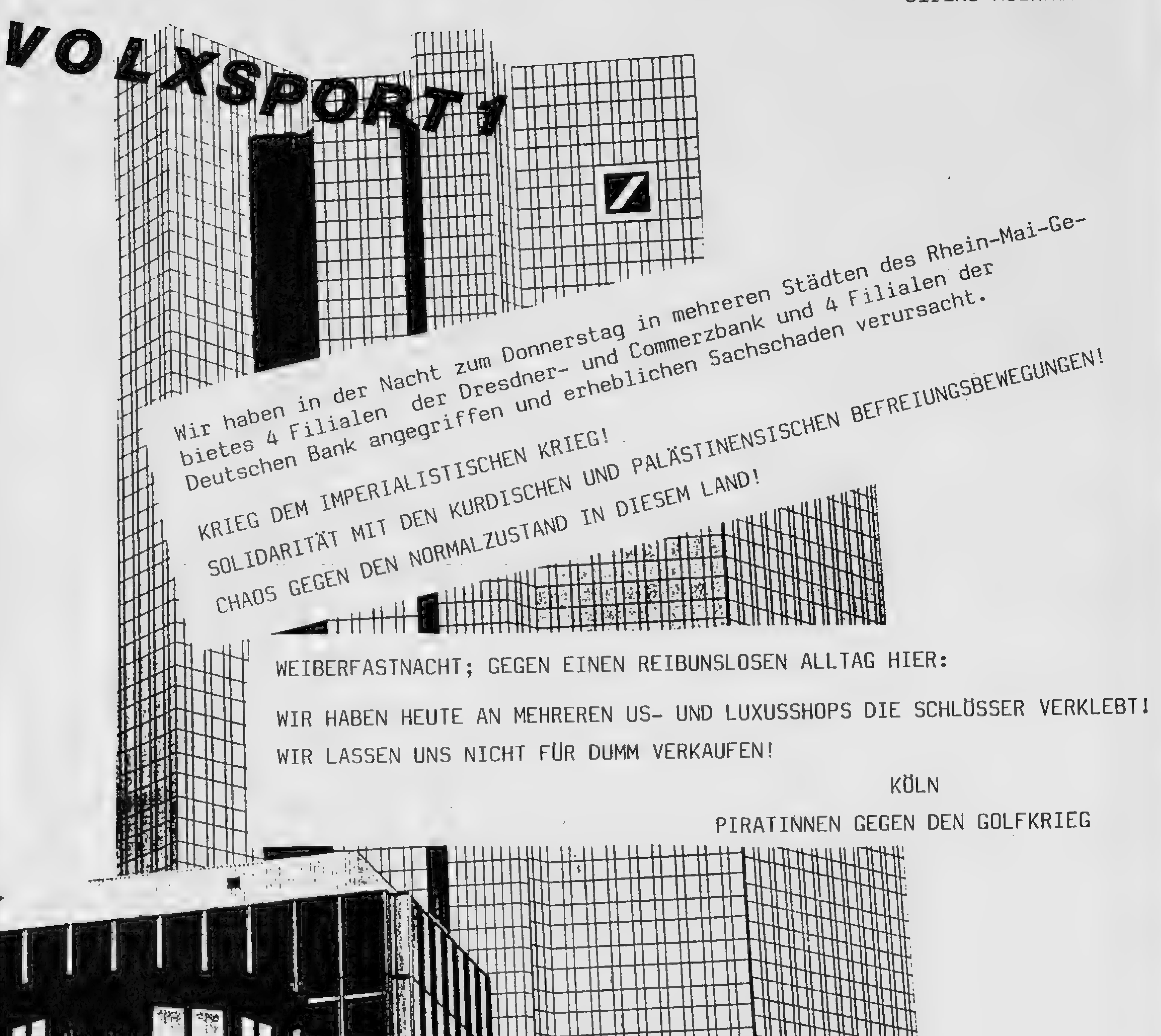
Um hier nicht zu resignieren, um zumindest die notwendigen Diskussionen innerhalb der Gewerkschaftsbasis zuzuspitzen, haben wir in der Nahcht zum 7.2.91 das Eingangsportal der berliner DGB-Zentrale in der Keithstr. in Brand gesetzt und Flugblätter hinterlassen.

Wütende Kollegen und Kolleginnen

"PROTEST IST, WENN ICH SAGE, DAS UND DAS PASST MIT NICHT.

WIDERSTAND IST, WENN ICH DAFÜR SORGE, DASS DAS, WAS MIR NICHT PASST, NICHT LÄNGER GESCHIEHT."

Ulrike Meinhof



Der Krieg am Golf dauert inzwischen ueber drei Wochen. Das Massaker an den Voelkern, die dort leben, wird uns zwar bisher verschwiegen, uebersteigt aber gewiss unsere Vorstellungen.

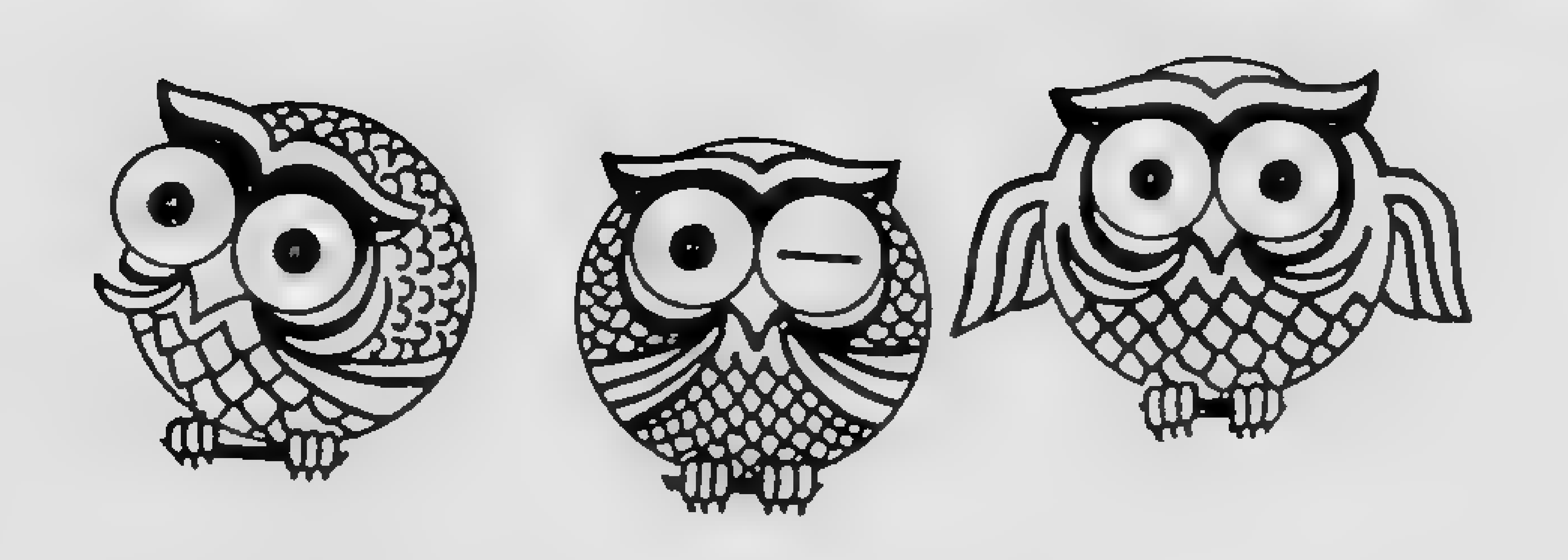
Waehrenddessen verdienen die Grossbanken mit Kriegskrediten und -geldern mehr und mehr, ganz egal, wer "Sieger" ist und wer stirbt !

Wir haben in der Nacht vom 6. auf den 7.2. die Fassaden und Eingaenge von 10 Banken und der Oberfinanzdirektion mit roter Farbe verziert und teilweise die Schloesser der Eingangstueren verklebt.

Wir wollen den so alltaeglichen, reibungslosen Ablauf der Kriegsprofiteure stoeren und "sichtbar" machen !

Die Oberfinanzdirektion nahmen wir zum Objekt, da sie als zustaendige Behoerde die neue Kriegssteuer eintreiben wird. (Die Sektsteuer wurde vor dem 1.Weltkrieg zur Finanzierung des deutschen Militaerapparates eingefuehrt und besteht noch heute !)

STREUT SAND INS GETRIEBE DER KRIEGSMASCHINERIE !
BLOCKIERT ! DESERTIERT ! SABOTIERT ! DEMOLIERT !



FRIEDHOFSSCHÄNDUNGEN - GESPENST ODER AKTUALITÄT DES ANTISEMITISMUS ?

Einforderung einer notwendigen Diskussion zwecks praktischer Konsequenzen am Fuße des Eisbergs

---

"Die Verwüstung der Friedhöfe ist keine Ausschreitung des Antisemitismus, sie ist er selbst. Die Vertriebenen erwecken zwangshaft die Lust zu vertreiben. Am Zeichen, das Gewalt an ihnen hinterlassen hat, entzündet endlos sich Gewalt", schrieben Max Horkheimer und Theodor W. Adorno 1944 im amerikanischen Exil in ihrer Untersuchung der "Elemente des Antisemitismus" (1).

Die erschreckende Welle von Schändungen jüdischer Friedhöfe, die in den vergangenen Monaten verübt wurden, ist bislang weitgehend ohne Reaktion geblieben. Sowohl in der sogenannten "Öffentlichkeit", in der nur vereinzelte Stimmen fassungslos vor dem Wiedererstarken des Antisemitismus gewarnt haben - um die Schändungen gleichzeitig begriffslos als Handlungen vereinzelter "Skinheads" und "Ewiggestriger" zu qualifizieren -, als auch in im weitesten Sinne antifaschistischen und antirassistischen Kreisen, die ihre Energie vorwiegend auf den Kampf gegen die massiv ansteigende Ausländerfeindlichkeit und Asylantenhetze konzentrieren. Die massive Häufung solcher Zerstörungsaktionen und ihr Auftreten vor dem Hintergrund der sich immer offener artikulierenden rassistischen Aggression aber wirft Fragen auf, die nach genauerer Auseinandersetzung verlangen.

Der in dem Eingangszitat bereits angedeutete Zusammenhang eines "Antisemitismus nicht trotz, sondern wegen Auschwitz" (2), der ein wesentliches Merkmal der gesellschaftlichen Dynamik des Antisemitismus seit 1945 benennt, ist sicherlich ein für die Erklärung dieses Phänomens wichtiger Gedanke, gibt er doch grundlegende Hinweise für das auf den ersten Blick unerklärlich scheinende Weiterleben des Antisemitismus in einer Gesellschaft, in der fast keine Juden und Jüdinnen mehr leben. Allerdings kann auch er nicht erklären, warum es ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt zu einer solchen Häufung von Friedhofsschändungen kommt, während entsprechende Aktionen in den vergangenen Jahren kaum zu verzeichnen waren, keinesfalls in vergleichbarem Ausmaß.
Offensichtlich steht dieses Anwachsen des Antisemitismus in Verbindung mit der Eskalation rassistischer Aggressionen, die meist mit den Schlagworten vom "Ausländerhaß" und der "Asylantenhetze" bezeichnet werden und die sich gegen Sinti und Roma, gegen AsylbewerberInnen und allgemein gegen südländische, osteuropäische und asiatische AusländerInnen richten.
Die Vielschichtigkeit dieser Entwicklung allerdings macht deutlich, daß sie nicht sinnvoll mit dem Einheitsbegriff "Rassismus" zu fassen ist.
Das Phänomen des "Rassismus" entpuppt sich bei näherem Hinsehen als ein

Bündel unterschiedlicher Verfolgungs- und Rechtfertigungspraktiken, deren Wurzel tiefer liegt als ihre Erscheinung in "Einstellungen" und "Verhaltensweisen" (3). Sie haben gemeinsam, daß sie der Abwehr einer empfundenen Bedrohung dienen, indem sie der Angst vor eigener Ausgrenzung durch die Ausgrenzung anderer begegnen und die dadurch vermittelte Identifikation mit den (eigentlich bedrohlichen) Herrschaftsverhältnissen zu festigen suchen. Die verschiedenen rassistischen Artikulationen müssen so als Reaktionen auf unterschiedliche Momente der gesellschaftlichen Gewaltverhältnisse verstanden werden. Gleichwohl nimmt der Antisemitismus eine Sonderrolle ein, und zwar nicht allein aufgrund seiner grauenvollen Geschichte, sondern auch wegen seiner spezifischen inneren Struktur.

Wir wollen uns hierbei auf bestimmte, in dem aktuellen Zusammenhang bedeutsame Aspekte beschränken, deshalb sei vorab nur angemerkt, daß wir keine monokausale Erklärung liefern wollen und daß die hier nicht weiter untersuchten Aspekte wie etwa die Tradition des religiösen Antijudaismus oder der Vernichtungswille, der sich an den Überlebenden der eigenen Verbrechen entzündet, selbstverständlich eine Rolle spielen (4).

"Der bürgerliche Antisemitismus hat einen spezifischen ökonomischen Grund: die Verkleidung der Herrschaft in Produktion" (5), schrieben Horkheimer und Adorno zur Frage nach dem Hintergrund des im 19. Jahrhundert anwachsenden Antisemitismus bis zur Eskalation in der Shoah. Dieser "moderne" oder "bürgerliche" Antisemitismus war - im Unterschied zum religiösen Antijudaismus mit dem Feindbild des brunnenvergiftenden Juden - nun vom Bild des mit dem Kommunismus verschworenen internationalen "Finanzjuden" beherrscht. "Die produktive Arbeit des Kapitalisten, ob er seinen Profit mit dem Unternehmerlohn wie im Liberalismus oder dem Direktorengehalt wie heute rechtfertigte, war die Ideologie, die das Wesen des Arbeitsvertrages und die raffende Natur des Wirtschaftssystems überhaupt zudeckte. Darum schreit man: haltet den Dieb! und zeigt auf den Juden." (6) Da die Juden jahrhundertelang aus den gesellschaftlichen Strukturen ausgeschlossen waren, waren sie bei der Entstehung der neuen Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft auch nicht durch die Einbindung in überkommene Strukturen wie Zünfte etc. behindert und konnten so in den neu entstehenden Bereichen besonders schnell vordringen. "Die Juden waren Kolonisatoren des Fortschritts. Seit sie als Kaufleute römische Zivilisation im gentilen Europa verbreiten halfen, waren sie im Einklang mit ihrer patriarchalen Religion die Vertreter städtischer, bürgerlicher, schließlich industrieller Verhältnisse. Sie trugen kapitalistische Existenzformen in die Lande und zogen den Haß derer auf sich, die unter jenen zu leiden hatten." (7)
Selbstverständlich bildeten sie auch in den fortgeschrittenen kapitalistischen Bereichen von Handel und Wissenschaft nur eine Minderheit. "Die Juden hatten die Zirkulationssphäre nicht alleine besetzt. Aber sie waren allzu lange in sie eingesperrt, als daß sie nicht den Haß, den sie seit je ertrugen, durch ihr Wesen zurückspiegelten." (8) Und hier ergeben sich Hinweise auf den Hintergrund des veränderten antisemitischen Feindbildes. "Der Liberalismus hatte den Juden Besitz gewährt, aber ohne Befehlsgewalt. Es war der Sinn der Menschenrechte, Glück auch dort zu versprechen, wo keine Macht ist. Weil die betrogenen Massen ahnen, daß dies Versprechen, als allgemeines, Lüge bleibt, solange es Klassen gibt, erregt es ihre Wut; sie fühlen sich verhöhnt. ... Das Hirngespinst von der Verschwörung



lüsterner jüdischer Bankiers, die den Bolschewismus finanzieren, steht als Zeichen eingeborener Ohnmacht, das gute Leben als Zeichen von Glück. Dazu gesellt sich das Bild des Intellektuellen; er scheint zu denken, was die andern sich nicht gönnen, und vergießt nicht den Schweiß von Mühsal und Körperkraft. Der Bankier wie der Intellektuelle, Geld und Geist, die Exponenten der Zirkulation, sind das verleugnete Wunschbild der durch Herrschaft Verstümmelten, dessen die Herrschaft sich zu ihrer eigenen Verewigung bedient." (9)
Das Feindbild des modernen bürgerlichen Antisemitismus war eine Reaktion auf die Bedrohung, die von den fortschrittlichsten Kräften der gesellschaftlichen Entwicklung ausging. Ihre abstrakte Seite, nämlich die durch die rasche Entfaltung des industriellen Kapitalismus entstandene Krisenhaftigkeit der Gesellschaft in wirtschaftlicher wie in sozialer Hinsicht wurde von der konkreten Erscheinung getrennt, von den entstehenden Fabrikanlagen und dem industriellen Fortschritt. Geld und Geist, das Finanzkapital sowohl wie auch der Kommunismus bzw. überhaupt die seit Mitte des 19. Jahrhunderts anwachsende Linke waren die Kräfte, die für Bürgertum und Kleinbürgertum als dominierende gesellschaftliche Klassen eine Existenzbedrohung darstellten. Die positive Identifikation mit dem solcherart isolierten Konkreten und Materiellen fand ihre Fortsetzung im "Blut-und-Boden"-Kult der Nazis, während die bedrohliche abstrakte Seite in den Juden und Jüdinnen personifiziert wurde (10). Eine Entwicklung, die ihren Höhepunkt in der Shoah fand - die Massenvernichtung der Juden gleichzeitig und in einem inneren Zusammenhang mit der gewaltsamen Formierung der modernen kapitalistischen Gesellschaft, also Vernichtung von liberalem Bürgertum und kleinbürgerlichem Mittelstand als gesellschaftliche Klasse.

Können diese Hinweise nun zur Erklärung des bürgerlichen Antisemitismus beitragen, so deuten sie doch gleichzeitig darauf hin, daß dieser gesellschaftliche Hintergrund nicht mehr besteht. Eine Überlegung, der auch Horkheimer und Adorno in dem 1947 angefügten letzten Abschnitt der "Elemente des Antisemitismus" nachgingen. "Seit je zeugte antisemitisches Urteil von Stereotypie des Denkens. Heute ist diese allein übrig. Gewählt wird immer noch, aber einzig zwischen Totalitäten. Anstelle der antisemitischen Psychologie ist weithin das bloße Ja zum faschistischen Ticket getreten, dem Inventar der Parolen der streitbaren Großindustrie." (11) "Der jüdische Mittelsmann wird erst ganz zum Bild des Teufels, nachdem es ihn ökonomisch eigentlich nicht mehr gibt; das macht den Triumph leicht und noch den antisemitischen Familienvater zum verantwortungsfreien Zuschauer der unaufhaltsamen geschichtlichen Tendenz, der nur zugreift, wo es seine Rolle als Angestellter der Partei oder der Zyklonfabriken erfordert." (12)
In der nachfaschistischen Gesellschaft aber gibt es den jüdischen Mittelsmann nicht nur ökonomisch nicht, er existiert auch gesellschaftlich nicht mehr. Die Nazis haben sich mittels der Rassengesetze die Verkörperung des antisemitischen Feindbildes geschaffen, um ihren Triumph der Vernichtung vollziehen zu können. Die wenigen Überlebenden sind zum großen Teil emigriert - so daß es nun tatsächlich keine dem vorfaschistischen Deutschland entsprechende jüdische Bevölkerung mehr gibt. "Die Ausgrenzung bestimmter Menschengruppen erfolgt - wie sich am Beispiel der Juden im Faschismus zeigt - nicht primär aufgrund ihrer "Fremdartigkeit", sondern die "Fremdartigkeit" wird vielmehr konstituiert, um die eigenen Chancen der Beteiligung an den knapper werdenden Arbeits- und Lebensmöglichkeiten zu sichern." (13)
Um diesen Mechanismus aber wirksam werden zu lassen, muß auch die Ausgrenzung einer sichtbar gemachten Gruppe erfolgen, da der Zweck dieser Konstruktion ja gerade darin liegt, eine an sich abstrakte Bedrohung der eigenen

Lebensbedingungen einer konkret angreifbaren Gruppe zuzuschreiben, gegen die dann (herrschaftsstabilisierende) Aggression gelenkt werden kann. Das massive Anwachsen offener rassistischer Aggression ist unschwer als Reaktion auf Existenzängste zu verstehen, auf die Bedrohung, die von der gesellschaftlichen Entwicklung ausgeht. Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Technisierung, Umweltzerstörung seien hier nur als Stichworte genannt für die innerhalb weniger Jahre plötzlich als sehr beängstigend und bedrohlich wahrgenommenen Zukunftsaussichten, mit denen sich nicht mehr nur eine sogenannte "unterprivilegierte Minderheit" konfrontiert sieht.
Es sind diese Ängste, die in der ansteigenden rassistischen Aggression gegen AsylantInnen, gegen Sinti und Roma, gegen osteuropäische und südländische AusländerInnen abreagiert werden. Anders als bei den wenigen hier lebenden Juden und Jüdinnen läßt sich aus ihnen eine sichtbare und angreifbare Gruppe konstituieren. Trotzdem aber tritt nun gleichzeitig mit dem Anwachsen dieser Tendenzen ein solch massiver Antisemitismus zutage, wie er sich in der Welle der Friedhofsschändungen zeigt.
Das kann eigentlich nur so verstanden werden, daß die genannten Formen rassistischer Aggression das aus der Bedrohung resultierende Stabilisierungsbedürfnis nicht vollständig abdecken. Offenbar bleibt noch eine Leerstelle, und nur der Antisemitismus kann aufgrund seiner besonderen Beschaffenheit die Funktion erfüllen, das Feindbild für diese Ängste zu liefern.
Was aber sind die spezifischen Momente der Bedrohung, die sich der These zufolge nun in wachsendem Antisemitismus niederschlagen?

Die rassistische Sublimierung der Angst vor Arbeitslosigkeit konzentrierte sich bislang auf die Behauptung, "die Ausländer" nähmen "den Deutschen" die Arbeitsplätze weg. Die reale Entwicklung aber erweist dieses "Argument" immer unübersehbarer als falsch. Es wird immer deutlicher, daß Arbeitsplätze nicht von AusländerInnen weggenommen, sondern durch neue Technologien wegrationalisiert werden - und daß sich diese Entwicklung in mindestens ebenso großem Maß auf die bislang von AusländerInnen eingenommenen Arbeitsplätze erstreckt, etwa in den nun vollautomatisierten Montagehallen. Hinzu kommt, daß die rassistische Haltung gegen ausländische ArbeiterInnen wesentlich von dem Gegensatzpaar Zivilisation - Unterentwicklung bestimmt ist. AusländerInnen werden als unterentwickelt, dumm,arm etc. gesehen, um so die eigene Zugehörigkeit und Teilhabe am hier herrschenden Wohlstand durch Abgrenzung zu sichern. Die technologische Entwicklung, die nun immer unübersehbarer als eigentliche Existenzbedrohung zutage tritt, ist aber das genaue Gegenteil und kann deshalb nicht als "unterentwickelt" Gehaßten zugeschrieben werden.
Der allgemeine Verarmungsprozeß, der sich in der Wohnungsnot oder dem Sozialabbau zeigt, wird in der rassistischen Sublimierung den AsylantInnen und "Wirtschaftsflüchtlingen zugeschrieben, die es nur auf "unseren" Wohlstand abgesehen hätten, um ihn "den Deutschen" wegzunehmen. Auch dieses "Argument" verliert zunehmend an Wirksamkeit: Die so begründete Abwehr von AusländerInnen ist über die veränderten Zuzugsregelungen, verschärfte Ausweisungspraxis, die Aufhebung des Asylrechts etc. bereits von der Regierungspolitik aufgegriffen worden und wird praktiziert. Trotzdem aber nimmt der Verarmungsprozeß nicht ab. Im Gegenteil: Die Wohnungsnot verschärft sich immer deutlicher durch immense Mietpreissteigerungen und durch Umwandlung von Wohnraum in Büroflächen - auch diese Entwicklung läßt sich nur schwerlich AusländerInnen zuschreiben. Daß die Aufrechterhaltung der rassistischen Projektion angesichts dieser Entwicklung einen immer höheren Aufwand an Sublimierungs- und Verdrängungsanstrengungen erfordert, führt sicherlich auch zu der gesteigerten Aggressivität, mit der diese Ressentiments ausgelebt werden. Trotzdem bleibt immer offensichtlicher ein unbefriedigter

Rest, der nach einem passenden Feindbild verlangt.
Hinzu kommt noch eine weitere Entwicklung in der ehemaligen DDR, die einen ganz anderen Problemkreis berührt. Dort besteht ein immenses Bedürfnis nach einem Sündenbock, dem die Schuld an der nun offensichtlichen und sich von Tag zu Tag verschlimmernden Misere zugeschrieben werden kann. Dieses Bedürfnis steht in einem besonderen Dilemma. Denn die Projektion auf ganz wenige Einzelpersonen, die das System der ehemaligen DDR verkörpern sollen, läßt sich auf Dauer nicht glaubhaft aufrechterhalten. Selbst dem Blindwütigsten wird es nicht genügen, die Schuld alleine in der Person Honneckers, Mielkes und vielleicht noch vier, fünf weiteren ehemaligen Staatsrepräsentanten zu sehen. Sobald aber der Kreis der Schuldigen über diese wenigen Einzelpersonen hinaus erweitert wird, stellt sich zwangsläufig die Frage nach der eigenen Verantwortung, nach der eigenen Rolle im Rahmen des früheren Staatswesens. Die Projektion allein auf die ehemaligen Repräsentanten des Staates läßt sich langfristig nicht durchhalten, ohne den Staat als Ganzen zum Schuldigen zu erklären, womit eben schon unausweichlich die Frage nach der eigenen Rolle gestellt wäre. Diese Auseinandersetzung mit der Geschichte und der eigenen Vergangenheit aber ist tabu. "In der Debatte über den Umgang mit der stalinistischen Vergangenheit der ehemaligen DDR nach der "Wende" wird häufig ein Bezug zum Umgang mit der NS-Vergangenheit hergestellt. Wenn man von unerträglichen Parallelisierungen des Geschehenen (die im Kern immer die Leugnung des industrialisierten NS-Massenmordes implizieren) einmal absieht, drängen sich tatsächlich Parallelen auf - allerdings in Bezug auf die Reaktion "danach". Vergleichbar ist also nicht die Schuld, sondern sind allein die Mechanismen der Schuldverarbeitung. ... Alle waren Opfer des Systems, alle sind betrogen worden, bis auf ein paar Bonzen hat niemand profitiert etc. ... Ein großer Unterschied fällt allerdings auf: die Lynchstimmung und die gnadenlose Sündenbockverfolgung gegenüber den gestürzten Herrschenden in der DDR, wie es sie nach 1945 gegenüber NS-Größen niemals gegeben hat." (14) Eine dauerhafte Projektion allein auf die ehemalige DDR-Führung aber würde zudem dadurch erschwert, daß sich nun mit der Einführung der "Marktwirtschaft" die Lebensbedingungen ganz erheblich weiter verschlechtern. Je weiter die Übernahme durch das BRD-Wirtschaftssystem voranschreitet, desto stärker wächst die Verarmung. Der lange als "Erlöser" herbeigesehnte Kapitalismus kommt - weil nicht sein kann, was nicht sein darf - als Ursache nicht in Frage. Aber die Schuld kann auch nicht dauerhaft in einem der Vergangenheit angehörenden System gesehen werden. Wegen der ansteigenden Verarmung muß vielmehr ein Sündenbock gefunden werden, der auch noch weiterhin wirksam ist. Die ominösen "alten Seilschaften" stellen nur das Zwischenglied dar in der Ausrichtung des Hasses auf den zunächst abstrakten und von seinen konkreten historischen Erscheinungen abgelösten Feind: den Kommunismus bzw. die Linke allgemein und "die Intellektuellen", die aus diesem Blickwinkel mit "der Linken" identisch sind - nicht zuletzt deshalb, weil kritische Nachdenklichkeit ganz allgemein den Vollzug des Verdrängungsprozesses gefährdet.

Es entsteht also das Bedürfnis nach einem Feindbild sowohl für die aus der technischen Entwicklung resultierende Bedrohung als auch für eine zunächst abstrakte Kraft der Linken und Intellektuellen, die sich in den Repräsentanten der ehemaligen DDR nicht erschöpfend manifestieren kann und die sogar eine handlungsmächtigere Kraft darstellen muß als die realen Linken der DDR und der BRD (gegen die sich der Haß selbstverständlich auch richtet, die aber zu minoritär sind, um das Feindbild-Bedürfnis ausfüllen zu können).
Der Kombination eben dieser Bedürfnisse entspricht genau die Struktur

des Antisemitismus. In seiner einzigartigen Verbindung der Zirkulationselemente, der fortschrittlichsten Bewegungen sowohl des Kapitals wie des "Geistes" erfüllt er die Anforderungen des gesuchten Feindbildes wie kein anderes.
"Es stellt sich die Frage, ob es nur Parallelen in den Mechanismen der Schuldabwehr gibt oder ob es sich letztlich um Auswirkungen ein und derselben Kontinuität handelt." (15) Der Antisemitismus kann ungeachtet der fehlenden gesellschaftlichen Grundlage ohne großen Aufwand reaktiviert werden, weil die antisemitischen Strukturen seit dem Nazifaschismus in verschiedenen Formen der Verdrängung konserviert wurden. (Womit hier nicht nur der staatlich verordnete Antifaschismus der ehemaligen DDR gemeint ist, sondern *) hiesige Formen eines zwanghaften Philosemitismus (16) wie auch die Freundschaft zum zionistischen Israel. Eine Verbindung, in der tatsächlich die ungebrochenen autoritären und rassistischen Strukturen das Gemeinsame darstellen, erfüllt doch Israel all diejenigen Kriterien, die im Gegensatz zum "Jüdischen" als "typisch deutsch" angesehen waren. (17))
Der verdrängte Antisemitismus also wird nun enttabuisiert und tritt um so aggressiver zutage. Das hängt wiederum auch damit zusammen, daß nun mit der Entstehung des neuen Großdeutschland das "Ende der Nachkriegszeit" gefeiert wird, womit zwangsläufig die Frage nach den Ursachen der Teilung im Raum steht, die Frage nach der Verdrängung sich stellt, die Schuldfrage, die Frage nach der Verantwortung der Shoah – was nach 40 Jahren erfolgreicher Verdrängung natürlich nicht in Aufarbeitung münden kann, sondern nur in zwanghafter, "endgültiger" Wiederholung.

Das Bedürfnis, das seine Erfüllung im Antisemitismus sucht, ist also ein immens starkes. Es trifft nun auf das Problem, daß es keine den Bedürfnissen entsprechend konstituierbare Gruppe von Juden und Jüdinnen gibt, an denen es sich ausleben könnte. So bleibt zunächst nur der Rückgriff auf die Friedhöfe – zumal diese auch in besonderer Weise an die verübten Verbrechen erinnern und schon deshalb die Zerstörungswut herausfordern. Daß selbst an den Friedhöfen die Konstituierung des Feindbildes entsprechend den beschriebenen Strukturen vollzogen wird, wurde besonders deutlich bei einer Grabschändung vor mehreren Monaten auf einem Ostberliner Friedhof, bei der auch das Grab von Bertold Brecht verwüstet und mit der Aufschrift "Jude" beschmiert wurde. Als Linker und Intellektueller fällt Brecht unter die Kriterien des Feindbildes und wird folglich kurzerhand zum Juden erklärt, um den antisemitischen Haß auch gegen ihn richten zu können.

Bisher war hier immer von gesellschaftlichen Mechanismen oder zumindest von breiteren gesellschaftlichen Strömungen die Rede. Die Schändungen der Friedhöfe aber waren zunächst Taten von Einzelnen, sicher auch in gewisser Weise von gesellschaftlichen Außenseitern. In den Pressemeldungen wurden sie sofort, je nach angesprochener LeserInnenschaft, als "Neonazis", als "Skinheads" oder als "Modernisierungsverlierer" etikettiert. (18) Vermutlich wird das im Einzelnen sogar zutreffen – nicht aber die Schlußfolgerung, die damit suggeriert werden soll, wo sie nicht offen ausgesprochen wird: Daß es sich nämlich um "verrückte" Taten von "Einzelgängern", um nicht ernstzunehmende "Dumme-Jungen-Streiche" oder um Taten weniger unverbesserlicher "Ewiggestriger" handele. Die individuelle Situation der Täter kann lediglich einen Hinweis liefern, warum bei ihnen die Hemmschwelle zu solchen Aktionen niedriger angesetzt ist als bei anderen, warum sie sich so und nicht etwa in einer "Spiegel"-Kolumne, oder einem Springer-Artikel zu Wort melden.
Das Anwachsen des Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen – wie sich drastisch am Vergleich mit der Situation in Frankreich

*) Einfügung: – aktuell weitaus bedeutsamer –

zeigt. In Frankreich ist ähnlich wie in der BRD eine allgemeine Ausbreitung rassistischer Aggression zu verzeichnen. Gleichwohl hat die die Friedhofsschändung von Carpentras einen Sturm öffentlicher Empörung hervorgerufen, es gab große Protestdemonstrationen, an denen sich auch die führenden Politiker aller großen Parteien beteiligt haben. Auch wenn diese Reaktion ebenso schnell, wie sie aufkam, dem europäisch-vereinheitlichten rassistischen Alltag zwischen staatlicher Asylrechtsaushölung und nächtlichen Überfällen gewichen ist, so ist dies doch ein frappierender Gegensatz zu den Reaktionen hierzulande: Es gab nämlich gar keine. Bis auf vereinzelte lokale LeserInnenbriefschreiberInnen (und Äusserungen von einzelnen Vertretern jüdischer Gemeinden) war die Reaktion gleich null, nicht einmal die vor einigen Jahren noch als unvermeidlich angesehenen rhetorischen Pflichtübungen einzelner politischer Besinnlichkeitsdarsteller wurden absolviert.

Gleichzeitig mit dieser fast schon gewalttätigen Ignoranz aber werden antisemitische Tendenzen hofiert und vorangetrieben, von Medien wie von führenden Politikern. Die Palette reicht von offenem Antisemitismus etwa im "Spiegel" (Titelbild: "Gysi, der Drahtzieher" - die jüngsten Sprengstoffanschläge auf PDS-Büros und -Veranstaltungen, die Störaktionen mit "Juden Raus"-Rufen setzen den Trend fort), bis hin zu der arroganten Weigerung der Regierungskreise, auch nur Stellung zu beziehen zu der Forderung, eine an die Shoah erinnernde Präambel in den Einigungsvertrag bzw. in eine gesamtdeutsche Verfassung aufzunehmen. Nicht die geringste Reaktion wird für nötig befunden, selbst die verlogenen Betroffenheitsrituale der vergangenen Jahre sind dem dummdreist zur Schau getragenen "nationalen Selbstbewusstsein" gewichen.

Vor diesem Hintergrund ist überdeutlich: Die Schändungen der Friedhöfe sind kein Höhepunkt, sondern müssen als erster Ausdruck eines zerstörerischen Gewaltpotentials verstanden werden, das der großdeutsche Staat hervorbringt.

Anknüpfend an ihre Analyse des Antisemitismus und der Veränderung seiner Dynamik bis hin zur faschistischen Massenvernichtung prognostizierten Horkheimer und Adorno in dem 1947 verfaßten Schlußteil der "Elemente des Antisemitismus": "Daß, der Tendenz nach, Antisemitismus nur noch als Posten im auswechselbaren Ticket vorkommt, begründet unwiderleglich die Hoffnung auf sein Ende." (19) Die Grundlage dieser Überlegung, daß nämlich die gesellschaftliche Entwicklung eine Erfahrung der "Elemente des Antisemitismus" unmöglich macht, ist sicherlich zutreffend. Die Konstitution "der Juden" löst sich dieser Untersuchung nach immer mehr von den spezifischen antisemitischen Tradierungen und wird zunehmend ein Aggressionsobjekt, das im faschistischen Kontext zwar erforderlich ist, mit der antisemitischen "Begründung" aber immer weniger zu tun hat. Ihren Ausblick formulierten Horkheimer und Adorno vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Herausbildung der zwei großen Machtblöcke. Aus dieser Konstellation leiteten sie damals einen gewissen Geschichtsoptimismus ab, gleichwohl kritisch auch gegenüber dem sogenannten Realsozialismus, indem sie ebenfalls die in der kapitalistischen Gesellschaft analysierte Tendenz der vollständigen Einbindung des Individuums in das gesellschaftliche Räderwerk und seine Auslöschung als Subjekt zu sehen meinten. "Die Freiheit auf dem progressiven Ticket ist den machtpolitischen Strukturen, auf welche die progressiven Entscheidungen notwendig hinauslaufen, so äusserlich wie die Judenfeindschaft dem chemischen Trust. ... Wenn aber das fortschrittliche Ticket dem zustrebt, was schlechter ist als sein Inhalt, so ist der Inhalt des faschistischen so nichtig, daß er als Ersatz des besseren nur noch durch verzweifelte Anstrengung der Betrogenen aufrechterhalten werden kann. Sein Grauen ist das der offenkundigen Lüge. Während es keine Wahrheit zuläßt, an der es gemessen werden könnte, tritt im Unmaß seines

Widersinns die Wahrheit zum Greifen nahe, von der die Urteilslosen einzig durch die volle Einbuße des Denkens getrennt zu halten sind. Die ihrer selbst mächtige, zur Gewalt werdende Aufklärung selbst vermöchte die Grenzen der Aufklärung zu durchbrechen." (20)
Die in diesen Schlußzeilen zum Ausdruck kommende Hoffnung auf die mittelbare Auswirkung der sozialistischen Staaten ist heute, nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus, nicht mehr aufrechtzuerhalten. Die Lüge ist keineswegs mehr so offenkundig, der momentane Triumph versucht, sich als total und alternativlos darzustellen. Bis auf weiteres haben wir mit dem massiven Ansteigen des zerstörerischen Gewaltpotentials dieser Gesellschaft zu rechnen. Die zugrundeliegende geschichtsoptimistische Hoffnung aber halten wir für völlig berechtigt, wir wollen sie sogar gegen alle Zeitgeist-Moden vom "Ende des Sozialismus", vom "Endsieg der Marktwirtschaft" oder gar vom "Ende der Geschichte" ausdrücklich betonen.
Der Widerstand, die Kraft einer Gegenentwicklung kann nicht länger als vermittelte Auswirkung bestehender Machtblöcke erhofft werden - sie kann nur von uns selbst kommen. Das mag für mancheN desillusionierend wirken, es klärt jedenfalls die Verhältnisse und zeigt die Grundlagen, auf denen wir uns bewegen können.
Bewegen müßen, denn das Durchbrechen der "Grenzen der Aufklärung" angesichts ihrer unverhüllten globalen Zerstörungskraft ist nun eindeutig wie nie zuvor in die Verantwortung unseres eigenen Handelns gestellt.

Dezember 1990



Michi Dietiker
Ali Jansen
Bernhard Rosenkötter

Anmerkungen:

(1) Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, Dialektik der Aufklärung, Frankfurt/M. 1988, S. 192
(2) J. Jacobi, G. Magiriba Lwanga, Was "sie" schon immer über Antisemitismus wissen wollte, aber nie zu denken wagte, in: Beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 27, Köln 1990, S. 95-105
(3) vgl. J.P. Reemtsma, Die Falle des Antirassismus, in: konkret 11/90
(4) vgl. J.P. Reemtsma, Terroratio I und II, in: konkret 9/90, 10/90
(5) Horkheimer/Adorno, a.a.O., S. 182
(6) ebd., S. 182f
(7) ebd., S. 184
(8) ebd., S. 183
(9) ebd., S. 181
(10) vgl. M. Postone, Antisemitismus und Nationalsozialismus, in: diskus, Juni 1979, Nachdruck in: Linke Liste (Hrg.), Die Mythen knacken, Frankfurt/M. 1987
(11) Horkheimer/Adorno, a.a.O., S. 210
(12) ebd., S. 216
(13) U. Osterkamp, Gesellschaftliche Widersprüche und Rassismus, in: Autrata/Kaschuba/Leiprecht/Wolf (Hrg.), Theorien über Rassismus, Argument Sonderband 164, Hamburg 1989
(14) S. Becker, H. Becker, Die Wiedervereinigung der Schuld, in: psychosozial 45, November/Dezember 1990, zitiert nach Vorabdruck in FR vom 9.11.90
(15) ebd.
(16) vgl. auch Jacobi/Magiriba Lwanga, s. Anm. (2)
(17) vgl. z.B. B. Beit-Hallahmi, Geheime Allianzen
(18) zur Kritik der sog. "Defizittheorie" (Rassismus als Kompensation von "Unterprivilegierten") vgl.
B. Rommelspacher, Rassismus als Resultat der Dominanzkultur, in: ak 323, Oktober 1990, ungekürzter Abdruck angekündigt für "1999", Heft I.91, sowie
dies., Wer andere kolonisiert, kolonisiert sich selbst, in: ak 323, Oktober 1990
(19) Horkheimer/Adorno, a.a.O., S. 216
(20) ebd., S. 217







Politische Gefangene in den USA

Interview mit Dhoruba bin-Wahad

Dhoruba bin-Wahad ist ein ehemaliger Black Panther, der nach 19 Jahren Knast im Frühjahr 1990 freigelassen wurde. Er wird Anfang dieses Jahres nach Europa kommen, um u.a. in Genf die Ergebnisse des Menschenrechtstribunals zur Situation der politischen Gefangenen in den USA vor der UN-Menschenrechtskommission vorzustellen.

Dieses Interview vom September 1990 wurde uns zum Abdruck zur Verfügung gestellt.

Kannst Du was zum Hintergrund der Repression gegen Dich sagen?

Dhoruba bin-Wahad: Ich kam aufgrund meiner Mitgliedschaft in der Black Panther Party (BPP) in den Knast. Die BPP war eine Organisation in der schwarzen Community in den USA, die versucht hat, die schwarze Community gegen rassistische Polizeiangriffe zu verteidigen, Selbstbestimmung für die schwarze Community durchzusetzen, menschenwürdige Schul- und Ausbildungsmöglichkeiten für schwarze Kinder sowie menschenwürdigen Wohnraum zu erkämpfen, und die für politische Macht für Menschen afrikanischer Herkunft in den USA gekämpft hat.

Was war Deine Stellung und Deine Arbeit in der Black Panther Party?

Ich war Field Secretary (Ortsverbandssekretär) der BPP-Ortsgruppe in New York. Mein hauptsächliches Arbeitsgebiet waren die New Yorker Stadtteile Harlem, South Bronx und die gesamte Ostküste der USA.

Du hast aufgrund von FBI-Konstrukten 19 Jahre im Knast gesessen. In was für einem Zusammenhang stand die FBI-Operation gegen Dich?

Das FBI führte in den 60er und Anfang der 70er Jahre ein Programm der rassistischen Repression gegen den schwarzen Befreiungskampf in den USA durch, das unter der Abkürzung „COINTELPRO" (Aufstandsbekämpfungsprogramm) bekannt ist. Andere US-Sicherheitsbehörden hatten ähnliche Programme — z.B. die „Operation Chaos" vom CIA und die „Operation Shamrock" (Kleeblatt) von der National Security Agency (Nationale Sicherheitsbehörde). Diese Programme bestanden hauptsächlich aus brutaler Polizeirepression, Überwachung und der Verbreitung von Falschinformationen, mit denen gezielt legitime schwarze Organisationen und ihr Kampf für schwarze Selbstbestimmung diskreditiert und unglaubwürdig gemacht werden sollten.

Von dem Moment an, in dem ich eine führende Position in der New Yorker BPP hatte, versuchten die Repressionsorgane, mich zu „neutralisieren". „Neutralisieren" war ihr Begriff für die Versuche, mich innerhalb der schwarzen Community zu isolieren. Ich wurde im „Sicherheitsindex" des FBI genannt, in dem das FBI die Namen und Daten derjenigen Menschen sammelte, die vernichtet werden sollten. Das FBI inszenierte eine Verleumdungskampagne in Bezug auf meine politische Arbeit und gab dann gezielt gefälschte Informationen über mich an die New Yorker Staatsanwaltschaft weiter.

1969 wurde der gesamten Führung der New Yorker BPP der Prozeß wegen „Verschwörung" gemacht (der sog. „Prozeß der 21 Panther" — Anm.d.Ü.). Die Anklage lautete auf „Verschwörung zu Anschlägen auf mehrere Gebäude und Verschwörung zum Polizistenmord". Diese Verschwörungsanklage führte zu Kautionen von 100.000 US-Dollar für jeden einzelnen von uns. Nach fast einem Jahr im Knast wurde ich gegen 100.000 US-Dollar Kaution entlassen, weil die BPP es wichtig fand, daß ich draußen mit Öffentlichkeitsarbeit und Organisierung zu den schwarzen politischen Gefangenen und zum Prozeß begann.

Ich bin im ganzen Land herumgereist, redete an vielen Universitäten und organisierte Solidarität mit politischen Gefangenen und gegen die Repression gegen die BPP. Aufgrund dieser Arbeit — und der Arbeit von anderen, z.B. von progressiven und nationalistischen Kräften in der schwarzen Community, von Menschen in der Neuen Linken und in der weißen Community — wurden die 21 Panther nach fast einem Jahr Prozeß freigesprochen.

Aufgrund meiner Bemühungen, Unterstützung für die 21 Panther zu organisieren, rückte ich natürlich in eine höhere Kategorie des Aufstandsbekämpfungsprogramms und kam in den „Agitatoren-Index" des FBI. Das war die Akte, in der die US-Regierung Informationen über diejenigen Menschen sammelte, von denen angenommen wurde, daß sie Einfluß in der schwarzen Community und bei unterdrückten Menschen hatten.

Diese Einstufung führte zu direkten Mordversuchen des Staats gegen mich. Die Angriffe erreichten einen Höhepunkt während einer entscheidenden Phase im Prozeß gegen die 21 Panther. Ich mußte in die Illegalität fliehen, um mein Leben zu schützen. Der Richter weigerte sich aber, meinen Fall von dem der anderen Panther abzutrennen. Ich wurde dann — während ich schon in der Illegalität war — in Abwesenheit mit den anderen Panthern zusammen freigesprochen. In der Illegalität wurde ich im Verlauf einer Anti-Drogen-Operation, die von der Black Liberation Army (BLA — Schwarze Befreiungsarmee) in der schwarzen Community durchgeführt wurde, gefangengenommen. Die Festnahme führte direkt zu den FBI-Konstrukten, mit denen ich des versuchten Mordes an zwei Polizisten, die zwei Wochen vor meiner Verhaftung angeschossen und verwundet worden waren, beschuldigt wurde. In einem Indizienprozeß wurde ich mit Hilfe von gefälschten Beweisen zu lebenslänglich ohne Bewährung verurteilt. Erst nachdem ich 1975 einen Zivilprozeß gegen die US-Regierung begann, in dem ich darlegte, daß die US-Regierung mich im Rahmen ihres Aufstandsbekämpfungsprogramms gezielt zum Schweigen bringen wollte, erhielt ich Zugang zu Beweismaterialien, aus denen hervorging, daß die Staatsanwaltschaft in dem Prozeß massiv Beweise zu meinen Gunsten unterschlagen hatte, und daß Zeugen der Staatsanwaltschaft gelogen hatten. Diese Zivilklage führte dann nach 19 Jahren Knast zu meiner Freilassung am 22. März 1990.

Warum hat es so lange gedauert, bis Du freigekommen bist, und was waren die politischen Absichten des Staats im Zusammenhang mit dem Aufstandsbekämpfungsprogramm?

Ich denke, es war von Anfang an klar, daß die Versuche der US-Regierung, den militanten Flügel der schwarzen Befreiungsbewegung in den USA zu neutralisieren und zu kriminalisieren, zum einen Hand in Hand damit gingen, im Ausland das Bild von den USA als Bastion der Demokratie und Menschenrechte zu bewahren. Andererseits ging es darum, die Massen des schwarzen Volks zu kontrollieren und zu verhindern, daß aus den Massen der afrikanischen Menschen in den USA eine revolutionäre Kraft entstehen würde, die zum Sturz des gegenwärtigen rassistischen Regimes, der rassistischen Gesellschaft führen würde.

Kannst Du generell etwas zu den politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen in den USA und über die momentane Kampagne für ihre Freiheit sagen?

Es gibt über 150 politische Gefangene und Kriegsgefangene in den USA. Die Mehrheit dieser Gefangenen sind Schwarze, die zum großen Teil aus dem bewaffneten Kampf der schwarzen Befreiungsbewegung kommen. Sie sind ehemalige Mitglieder der BPP und ehemaliger Kader aus der Black Liberation Army. Es gibt außerdem ca. 20 weiße bzw. nordamerikanische politische Gefangene, die aufgrund ihrer antiimperialistischen Politik und ihrer Unterstützung für den schwarzen Befreiungskampf in den USA im Knast sind. Dann gibt es eine Anzahl von indianischen Kriegsgefangenen, die aufgrund ihres Kampfes gegen den Völkermord der US-Regierung an den indianischen Nationen gefangengehalten werden. Darüber hinaus gibt es über 30 puertoricanische Kriegsgefangene, die aus dem anti-kolonialen Kampf gegen die USA kommen.

Unsere Aufgabe ist es jetzt, den Kampf um die Freiheit für alle politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen in den USA zu führen, die USA vor der internationalen Öffentlichkeit der Menschenrechtsverletzungen anzuklagen, sowie die internationale Öffentlichkeit dazu zu bewegen, die USA aufzufordern, alle ihre politischen Gefangenen freizulassen.

Eine Bedingung dafür ist, daß ersteinmal in den USA selbst in allen gesellschaftlichen Bereichen ein Bewußtsein für die Existenz der politischen Gefangenen entwickelt wird. Der momentane Stand ist, daß nur die progressiven Flügel von vielen sozialen Bewegungen die Existenz von politischen Gefangenen in den USA anerkennen. Das muß sich ändern. Ich denke, daß die Veränderung im Bewußtsein der Menschen in den USA in Bezug auf politische Gefangene auch einen direkten Einfluß auf das Durchsetzungsvermögen der US-Regierung für bestimmte außenpolitische Ziele und Programme haben wird.

Dhoruba bin-Wahad

Die Frage der politischen Gefangenen ist meiner Ansicht nach von internationaler Bedeutung, insbesondere für die Menschen in Trikontländern und in Westeuropa. Die Frage der politischen Gefangenen in den USA und Westeuropa steht im direkten Zusammenhang mit der Hegemonialpolitik der USA und Westeuropas in den letzten 45 Jahren. Daher ist es in vieler Hinsicht im Interesse aller progressiven Menschen und Nationen, daß die USA für ihre Menschenrechtsverletzungen und ihre Politik der Unterdrückung gegen nationale Befreiungsbewegungen und Befreiungskämpfe in den USA zur Rechenschaft gezogen wird. Ich beabsichtige, für die Organisierung einer nationalen Bewegung für die Freiheit der politischen Gefangenen in den USA zu kämpfen und mich an der internationalen Bewegung für Freiheit für alle politischen Gefangenen zu beteiligen.

Es gibt kaum Informationen über die Haftbedingungen sowohl von politischen als auch sozialen Gefangenen in den USA. Kannst Du dazu mehr sagen?

Die USA ist eine der höchstentwickelten imperialistischen Mächte und hat daher natürlich die materiellen Möglichkeiten, vor der Öffentlichkeit die Fassade von humanitärer Behandlung und Gerechtigkeit aufrechtzuerhalten. Davon sollte sich aber niemand täuschen lassen. Im Vergleich zu Gefängnissen in vielen Trikont-Ländern würden die meisten US-Knäste sicherlich materiell als human und sauber usw. erscheinen. Das ist natürlich nicht bei allen US-Gefängnissen der Fall, aber die meisten gehören zu dieser Kategorie. Das US-Justizsystem basiert jedoch auf der wirtschaftlichen Ausbeutung von kolonisierten Menschen. Die Gefängnisse sind Lager, in denen die Menschen für bestimmte wirtschaftliche und politische Zwecke festgehalten werden. In diesen Knästen finden abgrundtiefe Menschenrechtsverletzungen statt. In der Behandlung der Gefangenen manifestiert sich der Rassismus und die wirtschaftliche Ausbeutung, auf denen das ganze System beruht. Abschließend will ich dazu sagen, daß Schwarze 11-15% der Gesamtbevölkerung in den USA ausmachen, während 45% aller Gefangenen Schwarze sind. Es gibt eine direkte Wechselbeziehung zwischen Rassismus und Klassenprivilegien in den USA, die u.a. im Justizsystem deutlich wird.

Wenn die US-Regierung bestimmte Bewegungen kriminalisiert, dann tut sie das, um der Tatsache aus dem Weg zu gehen, daß sie legitime Ansprüche und Forderungen von kolonisierten Menschen, insbesondere von Schwarzen, unterdrückt. Stattdessen wurden und werden die militanten Bewegungen dieser Nationen kriminalisiert und ihre Führungskader und Aktivisten unter dem Deckmantel der Strafgesetze in die Knäste gebracht.

In fast allen westlichen imperialistischen Staaten werden politische Gefangene, z.B. durch sensorische Deprivation, gefoltert. Ist das in den USA auch der Fall?

Es gibt verschiedene Formen von Folter an politischen Gefangenen durch die US-Repressionsorgane. Da ist z.B. der Fall von Basheer Hameed (Sklavenname: James Dickson York); Basheer ist ein ehemaliger Führungskader der BPP. Seit zehn Jahren ist er ein politischer Gefangener, und seit zwei Jahren wird er in Totalisolation gefangengehalten, d.h. 24 Stunden Einschluß und keinerlei Kontakt mit anderen Gefangenen. Er hat eine Stunde Hofgang am Tag. Seine Nahrung ist eingeschränkt worden. Seine medizinische Versorgung ist bestenfalls minimal, obwohl Basheer schwere Kreislaufstörungen hat. Er ist sensorischer Deprivation und ständigen Angriffen ausgesetzt. Basheers Situation ist typisch für die Haftbedingungen von vielen anderen politischen Gefangenen. Sie werden oft von Schließern angegriffen; einige werden während der Gefangenschaft geschlagen und physisch mißhandelt; andere werden in den abgelegensten Knästen isoliert. An der Oberfläche ist der Shawangungk-Knast im Bundesstaat New York, wo Basheer festgehalten wird, eine brandneue, saubere Institution. Aber der Knast wurde vor allem gebaut, um das Verhalten von politischen Gefangenen, Kriegsgefangenen und sozialen Gefangenen, die sich im Knast politisiert und radikalisiert haben, zu kontrollieren. Die Folter in den USA geht über die Elektroknüppel und Elektroschocks an Genitalien hinaus — z.B. durch das ständige Eindringen in die Intimsphäre der Gefangenen, die konstanten Körperdurchsuchungen etc. Mit psychischer Folter wird versucht, politische Gefangene zu brechen. Die US-Regierung hat z.B. Alan Berkman, einem nordamerikanischen antiimperialistischen Gefangenen, gezielt jegliche medizinische Versorgung verweigert, nachdem er im Knast Lymphknotenkrebs bekommen hatte. Nachsorgebehandlungen wurden verzögert, und nachdem Alan im Frühjahr 1990 ein Wiederauftreten des Krebs feststellte, wurde eine Behandlung erneut hinausgezögert, um ihn zu brechen und ihn dazu zu zwingen, Aussagen über seine GenossInnen und seine politischen Aktivitäten zu machen. Alan ist Arzt und ein antiimperialistischer Revolutionär, und er hat sich geweigert, mit den Repressionsorganen zu kollaborieren. Erst eine breite Öffentlichkeitskampagne hat die US-Gefängnisbehörde dann zu minimalen Zugeständnissen gezwungen, so daß Alan jetzt eine sechsmonatige Chemotherapie erhalten hat.

kassiBER

mehr
als
sand
im
getriebe...

wer auf demos unsere handverkäufer links liegen läßt, weil sie/er beide hände frei haben will, sollte jetzt abonnieren. 5 ausgaben, frei haus, 20 dm. in briefmarken oder schein an: VzVuN, st.pauli-str.10, 2800 bremen.





Von der kassiber Redaktion herausgegeben wurden:

Repoblacion - das Volk kehrt zurück
16 S, din-a-4-, Broschüre über die Rückehr der Flüchtlinge nach El Salvador, zur Geschichte El Salvadors und der FMLN, zu Fragen des Feminismus in Mittelamerika.
(Frühjahr 90)

Humangenetik in Bremen
16 S., din-a-4-, Broschüre über Geschichte und Funktion der Humangenetik, insbesondere zum Aufbau dieses Fachbereichs an der Universität Bremen.
(Frühjahr 1989)

Kuba libre
16 S., din-a-4-, Aktuelle Broschüre über die Vorgänge in Kuba, die Hintergründe der Umgestaltung, Auswertung und Analyse internationaler Presse, Zeittafel, Literatur.
(Dezember 1990)

jede Broschüre 2 DM + Porto.

"Kolonisierte Völker der USA haben ein Recht auf Selbstbestimmung!"

Urteil des "Internationalen Tribunals über die Verletzung der Menschenrechte von politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen in Gefängnissen und Zuchthäusern der USA"

Am 16. Februar 1990 hatte eine dreiköpfige Delegation der Kampagne "*FREEDOM NOW! - Campaign for Amnesty & Human Rights for Political Prisoners in the USA*" (Freiheit jetzt! - Kampagne für Amnestie und Menschenrechte für politische Gefangene in den USA) Bremen besucht und auf einer Veranstaltung im Kulturzentrum Schlachthof über ihre Arbeit berichtet (nachzulesen im Kassiber Nr.9/Sommer 1990).

Einer der Hauptgründe für die Europareise, die mit einem Bericht über die Situation der amerikanischen politischen Gefangenen vor der UNO-Menschenrechtskommission in Genf begonnen hatte, war die Verbreitung der Information, daß *FREEDOM NOW!* für Dezember 1990 ein Internationales Tribunal plante, um die Lage der politischen Gefangenen in die Öffentlichkeit zu bringen.

Vom 7. bis 10. Dezember hat nun im New Yorker Hunter College das "Internationale Tribunal über die Verletzung der Menschenrechte von politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen in Gefängnissen und Zuchthäusern der USA" beraten.

Jury und Ankläger

In Anwesenheit von 600 (am ersten Tag) bis 900 Zuschauern (am letzten Tag) hörte eine achtköpfige internationale Jury die Anklage gegen die USA. Die Jury bestand aus *Frank Badohu*, Rechtsanwalt und Richter aus Ghana, *Jawad Boulus*, Anwalt aus Palästina, *Norman Paech*, Professor für internationales und Verfassungsrecht an der Universität Hamburg, *Yuki Tanaka*, Professor der Politischen Wissenschaft an der Universität Melbourne, Australien, *Celin Romany* aus Puerto Rico, Professorin fü Rechtsprechung, Verfassungs- und Menschenrechte an der juristischen Fakultä der City University of New York, *Jos Roberto Rendón Vásquez*, Anwalt un Professor an der Fakultät für Recht un Politische Wissenschaften an der Universidad Nacional Mayor de San Marcos Perú, *Lord Anthony Gifford*, Anwalt un Mitglied des Oberhauses in London sowie *George Wald*, Professor für Biologie an der Harvard University, USA, un Nobelpreisträger für Biologie.

Die Anklage gegen die USA wurd vorgetragen durch fünf AnklägerInnen die alle jahrelange Erfahrungen als VerteidigerInnen von politischen Gefangenen in den USA haben. Den Organisatoren des Tribunals war es gelungen, ei breites Spektrum von Befreiungsbewegungen in den USA zu einer Teilnahm zu bewegen. Die von diesen Organisationen benannten Zeugen der Anklage waren unter anderem:

- *Imari Obadele*, Präsident der Provisorischen Regierung Neu Afrika (die fünf Staaten des *Black Belt* im Süden der USA), für die Geschichte der Versklavung der Schwarzen in den USA, für Unterdrückung und Völkermord der USA an den schwarzen Völkern, für die Entwicklung der schwarzen Befreiungsbewegung und für das Konzept des Unabhängigkeitskampfes für die Republic of New Afrika;
- *Assata Shakur* (per Videoband), jetzt im kubanischen Exil lebende ehemalige afro-amerikanische politische Ge-

fangene, über ihre Erfahrungen mit der politischen Justiz und dem Knastsystem in den USA;

- *Eve Rosahn*, weiße Antiimperialistin, über die nordamerikanische antiimperialistische Bewegung und ihre Verfolgung durch den Staat;
- *Schwester Anne Montgomery*, Pflugschar-Bewegung und ehemalige politische Gefangene (radikale Christin, verhaftet wegen Aktionen gegen die Atombewaffnung der USA):
- *Elizabeth Murillo*, Vertreterin der Mexicano-Befreiungsbewegung, über die Geschichte der Annexion mexikanischen Territoriums durch die USA, die Kriminalisierung in den Grenzgebieten und die Probleme der Mexicanos-Chicanos in den annektierten Gebieten;
- *Bobby Castillo*, Native American ("Indianer"), Mitglied des International Indian Treaty Council, ehemaliger politischer Gefangener im Hochsicherheitsknast Marion, Illinois, über die Geschichte der Native American-Bewegung, den Völkermord, begangen an den indianischen Nationen, und die Kampagne zur Freilassung von Leonard Peltier;
- *Ward Churchill*, American Indian Movement, aus Colorado, Verfasser der Bücher "Agents of Repression" und "The COINTELPRO Papers", über den Vernichtungskrieg der USA gegen das American Indian Movement;
- *Dr. Stuart Grassian* (per Videoband), Psychiater, über die Folgen langandauernder Isolationshaft;
- *Rita Zengotita*, Vertreterin der puertoricanischen Unabhängigkeitsbewegung, über den Kampf ihres Volkes, die Kriminalisierung der Bewegung, die ökonomische Situation in Puerto Rico und den Völkermord am puertoricanischen Volk, begangen von amerikanischen Multis auf der Insel;
- *Alberta Afrika*, Mitglied der MOVE-Organisation und ehemalige politische Gefangene;
- *Rafael Cancel Miranda*, 25 Jahre in US-Gefangenschaft wegen Teilnahme am puertoricanischen Unabhängigkeitskampf;
- *Dhoruba Bin Wahad*, 19 Jahre politischer Gefangener gewesen wegen Black Panther Mitgliedschaft und erst im März '90 entlassen, ging besonders auf die Situation von Mumia Abu-Jamal ein und die Notwendigkeit, den Kampf gegen die rassistische Todesstrafe zu führen;
- *Jaime Delgado*, ehemaliger politischer Gefangener wegen Mitgliedschaft in der Befreiungsbewegung Puerto Ricos;
- *William Guillermo Morales* (per Videoband), ehemaliger Kriegsgefangener der USA aus der Befreiungsbewegung FALN, 1979 aus der Haft entkommen, lebt heute im politischen Exil auf Kuba.

Ingrid Barabaß und *Monika Berberich*, die als ehemalige politische Gefangene aus der BRD über das Modell Stammheim und seine Bezüge zur Isolationshaft



in den USA aussagen sollten, wurden bei ihrer Ankunft auf dem John-F.-Kennedy Flughafen von der Einwanderungspolizei festgemommen und nach versuchten Verhören über ihre Teilnahme am Tribunal am nächsten Tag in die BRD abgeschoben. Dem Koordinator des Tribunals, dem puertoricanischen Rechtsprofessor Dr. Luis Nieves Falcon, gelang es aber, mit der mittlerweile in die BRD zurückgekehrten Ingrid Barabaß zu telefonieren und das Telefonat für alle hörbar in den Veranstaltungssaal zu übertragen.

Vorgeschichte und Ausblick

Die Vorbereitung des Tribunals hat mehr als ein Jahr in Anspruch genommen. Über achtzig antiimperialistische, sozialistische, Menschenrechts- und Befreiungsorganisationen hatten sich seit 1988 zusammengeschlossen, um eine Kampagne für die Freilassung aller politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen (die als Mitglieder einer bewaffneten nationalen Befreiungsbewegung verhaftet werden) zu organisieren. Die Kampagne sollte sich auch richten gegen die andauernden Völker- und Menschenrechtsverstöße der USA gegenüber den unterdrückten und kolonisierten Nationen in den USA. In einer ersten Phase verständigte man sich auf eine gemeinsame Definition der "politischen Gefangenen" und erstellte für jeden dieser Gefangenen ein genaues Dokument, das den persönlichen und politischen Hintergrund der Gefangenen erhellen und die an ihnen begangenen Menschenrechtsverstöße umfassen sollte. Die politischen Gefangenen kommen aus den Bewegungen der Native Americans, PuertoricanerInnen, Schwarzen, MexikanerInnen und weißen NordamerikanerInnen. Zu ihnen gehören auch ein paar wenige Gefangene europäischer Nationalität, wie z.B. aus Irland und Italien.

In der zweiten Phase begannen Aktivitäten, die die Öffentlichkeit in den USA auf die Existenz politischer Gefangener und ihre inhumanen Haftbedingungen aufmerksam machen sollten. Dazu gehörte u.a. ein eintägiges Symposium am 28. April 1990 in New York, an dem über 300 Menschen aus den die Kampagne tragenden Organisationen teilnahmen. Das Treffen diente der Vertiefung und Koordinierung der Arbeit und der Vorbereitung des Tribunals.

Eine weitere Aktion in dieser Phase war ein Treffen von 45 VertreterInnen religiöser Richtungen am 28. Juli '90 ebenfalls in New York, auf dem die Einbeziehung verschiedener religiöser Organisationen, die einigen der Gefangenen nahe stehen, beraten wurde.

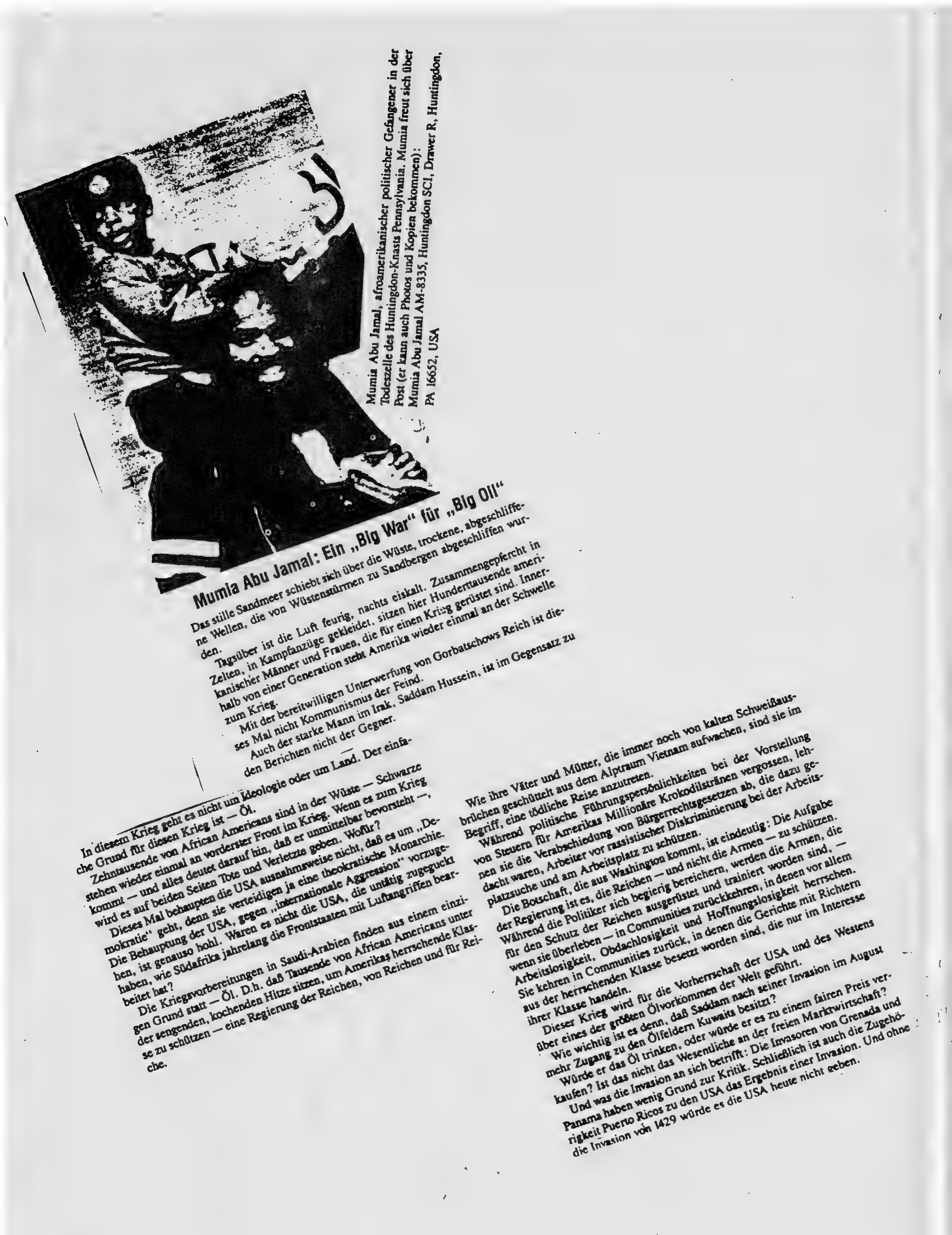
Schließlich fand am 24. Oktober eine öffentliche Lesung von SchriftstellerInnen aus den USA und aus Ländern der Dritten Welt ebenfalls zur Unterstützung der politischen Gefangenen statt.

Zusätzlich zu all diesen Aktivitäten soll eine Art Unterrichtsmaterial für Schulen und Hochschulen über Menschenrechtsverletzungen in den USA erstellt werden.

Das im Dezember durchgeführte Tribunal war die dritte Phase der Kampagne. Seine Ergebnisse und Dokumente sollen in der vierten Phase schriftlich zusammengestellt und 1991 veröffentlicht werden. Dieser Bericht in Buchform soll außerdem an Mitglieder des US-Senats, des Repräsentantenhauses, an alle Botschaften und Organisationen mit Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen in New York, an Menschenrechtsorganisationen im In- und Ausland verschickt werden. Schließlich sollen die Ergebisse der UN-Menschenrechtskommission in Genf, der Menschenrechtskommission der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und der Internationalen Menschenrechtskonferenz 1991 in Moskau vorgelegt werden. Ziel dieser Aktivitäten ist, mit internationaler Unterstützung eine Freilassung aller politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen in den USA zu erreichen und den Widerstand der unterdrückten und kolonisierten Nationen in den USA zu stärken.

Eine Dokumentation des Tribunals, seiner Vorgeschichte, Ergebnisse und Zusammenhänge erscheint auf Deutsch im März 1991. Bitte Ankündigungen im kassiber beachten.

agipa



Mumia Abu Jamal, afroamerikanischer politischer Gefangener in der Todeszelle des Huntingdon-Knasts Pennsylvania. Mumia freut sich über Post (er kann auch Photos und Kopien bekommen): Mumia Abu Jamal AM-8335, Huntingdon SCI, Drawer R, Huntingdon, PA 16652, USA

Mumia Abu Jamal: Ein „Big War“ für „Big Oil“

Das stille Sandmeer schiebt sich über die Wüste, trockene, abgeschliffene Wellen, die von Wüstenstürmen zu Sandbergen abgeschliffen wurden.

Tagsüber ist die Luft feurig, nachts eiskalt. Zusammengepfercht in Zelten, in Kampfanzüge gekleidet, sitzen hier Hunderttausende amerikanischer Männer und Frauen, die für einen Krieg gerüstet sind. Innerhalb von einer Generation steht Amerika wieder einmal an der Schwelle zum Krieg.

Mit der bereitwilligen Unterwerfung von Gorbatschows Reich ist dieses Mal nicht Kommunismus der Feind.

Auch der starke Mann im Irak, Saddam Hussein, ist im Gegensatz zu den Berichten nicht der Gegner.

In diesem Krieg geht es nicht um Ideologie oder um Land. Der einfache Grund für diesen Krieg ist — Öl.

Zehntausende von African Americans sind in der Wüste — Schwarze stehen wieder einmal an vorderster Front im Krieg. Wenn es zum Krieg kommt — und alles deutet darauf hin, daß er unmittelbar bevorsteht —, wird es auf beiden Seiten Tote und Verletzte geben. Wofür?

Dieses Mal behaupten die USA ausnahmsweise nicht, daß es um „Demokratie“ geht, denn sie verteidigen ja eine theokratische Monarchie. Die Behauptung der USA, gegen „internationale Aggression“ vorzugehen, ist genauso hohl. Waren es nicht die USA, die untätig zugeguckt haben, wie Südafrika jahrelang die Frontstaaten mit Luftangriffen bearbeitet hat?

Die Kriegsvorbereitungen in Saudi-Arabien finden aus einem einzigen Grund statt — Öl. D.h. daß Tausende von African Americans unter der sengenden, kochenden Hitze sitzen, um Amerikas herrschende Klasse zu schützen — eine Regierung der Reichen, von Reichen und für Reiche.

Wie ihre Väter und Mütter, die immer noch von kalten Schweißausbrüchen geschüttelt aus dem Alptraum Vietnam aufwachen, sind sie im Begriff, eine tödliche Reise anzutreten.

Während politische Führungspersönlichkeiten bei der Vorstellung von Steuern für Amerikas Millionäre Krokodilstränen vergossen, lehnen sie die Verabschiedung von Bürgerrechtsgesetzen ab, die dazu gedacht waren, Arbeiter vor rassistischer Diskriminierung bei der Arbeitsplatzsuche und am Arbeitsplatz zu schützen.

Die Botschaft, die aus Washington kommt, ist eindeutig: Die Aufgabe der Regierung ist es, die Reichen — und nicht die Armen — zu schützen. Während die Politiker sich begierig bereichern, werden die Armen, die für den Schutz der Reichen ausgerüstet und trainiert worden sind, — wenn sie überleben — in Communities zurückkehren, in denen vor allem Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und Hoffnungslosigkeit herrschen. Sie kehren in Communities zurück, in denen die Gerichte mit Richtern aus der herrschenden Klasse besetzt worden sind, die nur im Interesse ihrer Klasse handeln.

Dieser Krieg wird für die Vorherrschaft der USA und des Westens über eines der größten Ölvorkommen der Welt geführt.

Wie wichtig ist es denn, daß Saddam nach seiner Invasion im August mehr Zugang zu den Ölfeldern Kuwaits besitzt?

Würde er das Öl trinken, oder würde er es zu einem fairen Preis verkaufen? Ist das nicht das Wesentliche an der freien Marktwirtschaft?

Und was die Invasion an sich betrifft: Die Invasoren von Grenada und Panama haben wenig Grund zur Kritik. Schließlich ist auch die Zugehörigkeit Puerto Ricos zu den USA das Ergebnis einer Invasion. Und ohne die Invasion von 1429 würde es die USA heute nicht geben.

Liebe und Kraft. Wir werden siegen !

Wir befinden uns seit mehr als einem Jahr im Hungerstreik. Dieser "sogenannte" Hungerstreik, wie Mújica ihn nannte, wurde schon mit dem Tod des aktiven Kommunisten Manuel Sevillano Martin ("Sevi") bezahlt und es ist unabsehbar, welche gesundheitlichen lebenslangen Folgen er für mehr als 50 politische Gefangene haben wird und zudem besteht die Möglichkeit weiterer Toter.
Mehr als ein Jahr befinden wir uns im Hungerstreik und unsere Körper, die Skeletten gleichen, befinden sich trotz der schwierigen Situation im stabilen Zustand. Es ist wahr, daß wir uns von 7 Tagen in der Woche 5 Tage im Bett befinden, ohne uns zu erheben und zehn Schritte hintereinander zu machen bedeutet ungeheuere Kraftanstrengung. Es ist klar, daß das Schreiben eines Briefes soviel Kraft erfordert, wie ein Tag harter Arbeit, daß das Lesen eines Artikels soviel Kraft erfordert, wie sonst einen zu schreiben. Aber trotz dieser extremen Situation befinden sich unsere Skelette in einem stabilen Zustand und wenn wir das Gefühl haben, daß sich unsere Skelette trotz der Schwierigkeiten in einem besseren Zustand befinden, nehmen wir Füller und Papier und schreiben mit aufrichtigem Optimismus "Liebe und Kraft. Wir werden siegen !"

Uns wird ab und zu gesagt, wir seien einige Irregeleitete, einige Fanatiker und die "Experten" wissen nicht recht, ob sie uns sterben lassen oder zwangsernähren sollen. Sich mit den Forderungen der Gefangenen auseinanderzusetzen erscheint diesen Gehilfen des Staates zu weitgehend. Was fordern die Gefangenen ? Nein bis dahin können wir nicht gehen. Wäre das "Humane" nicht sie sterben zu lassen, das "Gerechte" sie sterben zu lassen, wenn es das ist, was sie wollen, aber sich bloß nicht mit den Motiven des Streiks befassen, das wäre zu weitgehend. Jetzt ein Sprichtwort avién paga manda y donde hay patrón no manda marinero (etwa: wer bezahlt befiehlt und wo ein Herr ist, befiehlt nicht der Untergebene).

Während dessen befinden sich unsere Skelette in einer stabilen Situation trotz aller Schwere: niemand soll sich vormachen lassen, daß wir aus humanitären Gründen am Leben erhalten werden. Es ist äußerst inhuman, ein Skelett am Leben zu erhalten, das nur deshalb nicht aufhört ein Skelett zu sein, weil es fordert, Briefe schreiben zu dürfen, mit seinen Freunden kommunizieren zu dürfen, mit der Familie zusammen zu sein, daß es mit Würde behandelt werde. Man muß schon sehr zynisch sein zu glauben, ein guter Samariter zu sein, der einen Kranken gegen seinen Willen pflegt. Jetzt hört man schon nicht mehr, daß gesagt wird, "unsere Aufgabe ist rein humanitärer Art". Jetzt sagen sie: "wenn ich es nicht tue, schmeißen sie mich raus" oder "ich verstehe nicht, warum die Regierung keine Lösung sucht". Das Gefängnispersonal ist schon ermüdet, sich 10 mal am Tag zu vergewissern, ob das Skelett noch lebt oder nicht. Einige Schließer dürften schon den Komplex haben, Eier zu sein. Aber was sie am meisten ermüdet ist zu sehen, daß das Skelett, wenn es sich bei aller Schwere besser fühlt, schreibt: Liebe und Kraft. Wir werden siegen !
Mújica wollte uns gesenkten Hauptes sehen, es schmerzte ihn, uns - im Gegenteil zu ihm selber - im Knast erhobenen Hauptes kämpfen zu sehen. Dieses Banner der Resistenz schmerzte ihn ebenso wie es ihn schmerzte, dieses Kollektiv politischer Gefangener zu sehen, die um ihre wenigen Rechte kämpfen, wie eine Faust vereint, alles gemeinsam teilend. Es schmerzte Mújica sich daran zu erinnern, daß er, als er Gefangener war, nichts mit seinen Mitgefangenen teilte. Es schmerzte ihn, soviel Würde, soviel Aktivität zu sehen, daß in den Knästen Skulpturen und Gemälde, Gedichte, Erzählungen, Bücher entstanden. Es schmerzte ihn, daß in diesem Inneren des Systems Theaterstücke aufgeführt wurden, aber hauptsächlich war es die Solidarität, die ihn störte. Der Staat und Mújica konnten es nicht ertragen, diese Fahne flattern zu sehen, und wollten uns beibringen, das Haupt zu senken und zu gehorchen.

Wie alle Verbrecher, glauben sie, daß alle anderen die gleichen Eigenschaften haben wie sie selber und darin haben sie sich getäuscht und die Worte: Liebe, Kraft, Sieg, Widerstand, Solidarität werden weiterhin erhoben. Und jetzt schmerzt es sie zu sehen, daß jeder Gefangene, in jedem Knast weiterhin Gedichte verfaßt, schreibt. Jeden Angriff an die Öffentlichkeit bringt. Es schmerzt sie zu sehen, daß sich die Gefangenen nicht einfach mit der gegebenen Situation abfinden, es schmerzt sie zu sehen, daß dieses große Banner, das sie zerstören wollen, sich in Hunderte von kleinen Fahnen verwandelte, die wachsen, es schmerzt sie zu sehen, daß die Mehrheit der Gefangenen die Erpressung nicht akzeptiert, sie sich nicht verkaufen und weiterhin ihre edlen Ideale verteidigen, für die sie begannen zu kämpfen. Es schmerzt sie zu sehen, daß in all dieser Schwere die Skelette voll des Lebens weiterhin sagen: Liebe und Kraft. Wir werden siegen !



Aus dem Gefängnis von Cartagena mit einem Gruß der erhobenen Faust und eng verbunden fühlend mit allen politischen Gefangenen, die in den Knästen Widerstand leisten und an alle, die von draußen uns den Wert des Wortes Solidarität zu verstehen geben.

Antonio Narvaez Ternero
Militante der PCE(r)
Gefängnis Cartagena



KNASTKUNDGEBUNGEN AM 10.2.91 VOR PLÖTZENSEE UND MOABIT

Da wir leider nicht so viele Leute vor den Knästen waren, wollen wir hier kurz berichten wie es so war. Inhaltlich ging es in den Beiträgen um Zensur in bezug auf den Golfkrieg, aber auch um Aktionen gegen den Krieg, die in den letzten Wochen so gelaufen sind. Verbunden wurde das noch mit einer kurzen Einschätzung, wie wir das alles so sehen. Vor Moabit gab es auch noch einen Beitrag in türkischer Sprache. Dazu Musik aus verschiedenen Ländern, also alles ein bißchen wie immer.

Die Kundgebungen wurden durchgeführt um auch unterdrückte Infos den Gefangenen zu geben, aber auch um Kreislauf, daß vor dem Knast immer nur dann was ist, wenn drinnen was an Aktionen läuft, zu durchbrechen.

Die Stimmung war erstaunlicherweise ziemlich gut. Es war zwar kalt, und Schnee gab es auch reichlich, aber das hieß nur das es eine große Schneeballschlacht gab. Jüngere und ältere Menschen rannten mit hochroten Gesichtern herum, versteckten sich und sprangen aus der Deckung wieder blitzschnell hervor. Natürlich mit Schneebällen in beiden Händen bewaffnet. Ab und zu bekam dann auch ein Grüner einen solchen ab und in unserer bekannten Schadenfreude, war der Jubel dann immer sehr groß. Zum Schluß in Moabit rollten wie von Geisterhänden geführt mehrere große Schneerollen auf die Straße, die dann aber völlig unzeitgemäß von den Bullen zerstört wurden, statt sich am Bau von Schneemännern oder Frauen zu versuchen. Na ja so sind sie eben.

Auch von drinnen war einiges zu hören was sicher auch damit zu tun hat, daß die Lautsprecher in letzter Zeit immer etwas höher stehen und wir damit vor allen Dingen in Plötzensee besser zu verstehen sind. Wie das Ding heißt, weiß ich nicht, ist so etwas wie eine kleine Bühne, die hochgedreht wird und sollte bei solchen oder ähnlichen Sachen öfter genutzt werden. (Hebebühne fällt mir gerade dazu ein)

Unser Geschrei fiel natürlich etwas dürftig aus, aber mehr waren wir eben nicht. Trotzdem hat es Spaß gemacht. So oder so ähnlich war es.



Abschreckung der Roma und Sinti im Dreiländereck bei Basel

So, wie sie mit den Roma umspringen



DOKUMENTATION ZUR AKTION
DER ROMA AN DER
SCHWEIZERGRENZE
VOM 9.11.90

Bestellungen über

Infostockwerk
Kirchstr.4
7850 Lörrach

3.-DM
+ Versand, Porto

MARCHSTRASSE/EINSTEINUFER

Sie wollen unsere bestzten Häuser in der Marchstraße/Einsteinufer räumen. Seit zwei Jahren leben wir in den nunmehr letzten besetzten Häusern Westberlins. In diesen zwei Jahren haben wir versucht, ein Stück herrschaftsfreien Raumes zu erkämpfen, d.h. sowohl uns nach außen gemeinsam gegen Bullen und Faschos zu wehren als auch intern keine Herrschaft zuzulassen. Wir haben versucht, das Zusammenleben vieler unterschiedlicher Menschen in Hauskollektiven ohne Bestrafung als Mittel der Konfliktlösung zu organisieren. Obwohl es dabei auch heftige Auseinandersetzungen gegeben hat, geben wir diesen Versuch nicht auf.

Wir verstehen die March aber keineswegs als Nische unserer eigenen internen Entwicklung, sondern haben sie immer wieder als Ausgangspunkt politischer Arbeit nach außen genutzt. Die drei Häuser, das Gelände für die Wagenburg und unser Hüttendorf haben wir der Spekulationsfirma Henning, von Harlessem und Co GmbH mit Sitz in der Fasanenstraße 63 abgenommen. Die wollen hier ein Großcomputerzentrum bauen, das nicht nur überflüssig ist, sondern auch noch von Rüstungsmultis genutzt werden soll. Seit zwei Jahren lehnen wir Verhandlungen über Selbsthilfe ab, weil wir wohnen für ein Recht halten, daß wir uns nicht durch Sklavenarbeit erkaufen wollen. Wir fordern statt dessen, die Beseitigung der Baumängel auf Kosten der Spekulanten und die Übergabe der Häuser an die BewohnerInnen.

Die besezten Häuser im Osten wurden gespalten, die allermeisten wurden zur Unterzeichnung von Einzelmietverträgen und Sklavenarbeit gezwungen. Nach über 50 Räumungen unter Rot-Grün herrscht im Westen Grabesstille im Häuserkampf. Trotz Obdachlosigkeit, Mietenterror und Leerstand gibt es kein offen besetztes Haus mehr, nachdem die Lübbener Straße in Berlin 36 geräumt wurde. Jetzt sollen wir daran glauben! Schon zweimal haben die Bullen erfolglos versucht, uns rauszuschmeißen. Dank unserer UnterstützerInnen sind wir immer noch drin, zwischenzeitlich sogar mit Duldung der Spekulanten.

Am 15.01. haben wir erfahren, daß die HvH GmbH Strafantrag gegen uns gestellt hat. Spätestens seit der Senatsneubildung versuchen sie, ihren Gewinn abzukassieren und mit dem Projekt Marchstraße/Einsteinufer endgültig Schluß zu machen.

Dagegen werden wir uns wehren! Die Marchstraße/Einsteinufer muß durchgesetzt werden: Als selbstbstimmten Lebensraum, als Teil unserer Strukturen im Widerstand gegen den kapitalitischen Alltag, als "Terrornest in Kudammnähe". Wir werden unsere Häuser verteidigen. Wir lassen uns nicht widerstandslos auf die Straße setzen, weder im Winter, noch sonst wann !!!

Die Walze, die über die Häuser, über uns wegrollen soll, rollt schon - europaweit - und nicht nur über BesetzerInnen sondern ebenso über MieterInnen, ArbeiterInnen, AusländerInnen, Frauen- und Lesben, Schwule und alle, die nicht bereit sind, alles hinzunehmen und zuzulassen was uns alltäglich an Zwängen und Unterdrückung vorgesetzt wird. Der gemeinsamen Bedrohung muß ein gemeinsamer Widerstand entgegengesetzt werden. Es geht um die solidarische Auseinandersetzung und Aktion mit allen, die hier etwas anderes wollen als Großdeutsche Scheiße, als Konkurrenzkampf und Warenwelt und die für eine menschenwürdige Gesellschaft kämpfen.

Gegen die Wüste des Geldes, der Herren und Bullen! Gegen ihre organisierte Unmenschlichkeit! Marchstraße/Einsteinufer bleibt! Eine menschenwürdige Gesellschaft kommt!



SCHERE IM KOPF

oder: MARCHSTR./EINSTEINUFER-RÄUMUNG DURCH UNS/EUCH DURCH

Die besetzten Häuser Marchstr./Einsteinufer sind akut von der Räumung bedroht. Damit wollen die Pigs einen wichtigen politischen Zusammenhang zerschlagen. Wir schreiben hier was über die Bedeutung besetzter Häuser allgemein und speziell über uns.

Hier leben eine ganze Menge Leute. Uns verbindet mit dem Gelände eine Menge Erfahrungen, die wir woanders kaum hätten machen können. Hier fanden sich Leute ohne oder mit sehr unterschiedlichen politischen Erfahrungen zusammen. Für die meisten von uns gab es das erste Mal die Möglichkeit, organisiert ihre politischen Vorstellungen umzusetzen. Viele Hausbesetzungen in Westberlin wurden von uns aktiv unterstützt. Wir übernehmen Funktionen in unterschiedlichen politischen Zusammenhängen, z.B. Anti-Knast-Kampf, 1.Mai, AntiFa, Demos etc. Unsere reisende VoKü ist wohl allen bekannt.

Trotzdem gab es viele Enttäuschungen und zerstörte Hoffnungen. Mangelnde politische Kontinuität und der schier unerträgliche Alltags-Streß haben uns viel Kraft gekostet. Viele haben sich resigniert zurückgezogen. Die unterschiedlichen Vorstellungen darüber, was in den jeweiligen Momenten am wichtigsten sei, hat bei einzelnen zu Frustrationen bzw. Auszug geführt.

Viel Streß haben wir uns selbst gemacht, v.a. durch Inkonsequenz und wankendes Verhalten bei internen Konflikten, z.B. gegen Abzieher und andere Counter. Wenn die Kommunikation unter den Häusern besser laufen würde, könnten wir uns einiges an negativen Erfahrungen sparen.

Viele konflikte sind gar nicht zu umgehen, weil besetzte Häuser keine "Freiräume" sind, sondern "gesellschaftlicher Kristallisationspunkt" und Sammelbecken für Ausgestoßene und Opfer dieser menschenverachtenden Gesellschaft. Bedrohung durch Faschos und Bullen oder auch nur die Paranoia davor hat uns insesamt mehr Kraft gekostet als Ansporn gegeben und die Rechtfertigung für Nicht-Verhalten geliefert.

Viel Energ.e hat uns das Nicht-Verhalten der meisten Szene-GenossInnen gekostet. Als Gründe für diese Entsolidarisierung wurden uns genannt: "Es gibt keinen Häuserkampf" oder "Häuserkampf ist nicht machbar und in Charlottenburg schon garnicht" Diese Leute haben sich dann selbst bloß gestellt in Zeiten, als es einfach war, in Häuser in Ostberlin zu ziehen. Oder es hieß, "das sind alles Studies, die sowieso nur ihr Dach über'm Kopf wollen. " oder "da wohnen nur Müslis" und/oder "alles durchgeknallte Siffpunx." Wie das hier genau war/ist, haben sich die allermeisten nicht die Mühe gemacht, rauszufinden. Wir wissen doch alle, wie bequem es (auch für uns) ist, auf Klischees rumzureiten. Anderen wieder war so ein riesen Projekt einfaCH zu viel Streß. Oder sie wollten sich nicht vorstellen, daß es auch Leben/Widerstand außerhalb Kreuzbergs gibt.

Diskussionen darüber waren nicht möglich, weil die Kritiken nicht praktisch und konstruktiv waren, sondern Rechtfertigung für das eigene Nichtverhalten. So mussten wir anhand der Äußerungen einiger Menschen über den Konflikt mit einigen Typen aus unserem Hinterhaus feststellen, daß keine echte Auseinandersetzung über die Problematik lief und vielen wieder mal der Weg nach Charlottenburg zu weit war.

Was wir allerdings verstehen und was uns auch politisch einleuchtet, ist, daß einige Frauen aufgrund von Mackerverhalten vieler Typen hier nicht mehr herkommen. Darüber laufen Auseinandersetzungen, wenn auch noch nicht als kollektiver Prozeß.

Die Spaltung im Kopf überwinden: Unseren Kampf/Widerstand haben wir immer in autonome Zusammenhänge gestellt und diese auch praktisch mitgetragen – aber: Konsumhaltung uns gegenüber. D.h. wir..., die wir sowieso schon mit dem Aufbau und Erhalt der Häuser (auch als Punkt unserer Strukturen) überlastet waren, wurden auch noch mit den Ansprüchen der Szene konfrontiert – ohne daß diejenigen, die sie stellten, was dafür getan hätten, sie umzusetzen. Die typische Konsumhaltung verbunden mit dem Wunsch nach sauberer Revolution als Grund für Entsolidarisierung.

Fangt an, Marchstr./Einsteinufer als Teil eurer=unserer Strukturen, als eure Häuser zu begreifen und setzt das praktisch um! Also eure Kritik und eure Unterstützung hier ins Gelände reintragen!

An dem Auseinanderfallen der Mainzer-Straße-Zusammenhänge, kann mensch deutlich sehen, warum ohne Häuser vieles, schon aus organisatorischen Gründen, nicht mehr möglich ist. Es wird immer wieder gesagt: " sie können zwar unsere Häuser räumen, aber nicht unsere Herzen! Unsere Ideen leben in uns weiter..." Es stimmt, daß sie unsere Ideen nicht vernichten können, aber sie können uns sehr wohl daran hindern, diese umzusetzen. **KÄMPFT um die HÄUSER!!!**

Das Soli-Flugblatt der FriedelhainerInnen und das offene Nachdenken einiger Gruppen darüber, wie die Häuser verteidigt/durchgesetzt werden können, machen uns Mut! Was wir momentan am wichtigsten finden, istdie Auseinandersetzung vieler Gruppen/Menschen über die Verteidigung der Häuser;
Öffentlichkeit schaffen für alle von Räumung bedrohten Menschen.

Jeden Montag gibt es im Infocafé "Vamos" um 18.00 Uhr ein UnterstützerInnen-Plenum. ihr könntet z.B. Veranstaltungen, die ihr zu verschieden Themen organisiert, in unserem CAFE durchführen.
Einige Menschen aus der Marchstraße

Infocafe Vamos Mo - Do 11.30 -20.00
So. 12.00- 18.00
Fr. Frauentag! 16.00 - 22.00
---linksradikales Frühstück,
schmackhafte Infos---
Marchstr.23 , 1/10

Liebe Interim-MacherInnen, -SchreiberInnen und LeserInnen

Sicher habt Ihr alle das schon längst im Kopf klar, was im folgenden Flugi steht. Aber, so vermuten wir, der größere Teil der Menschen/BürgerInnen haben sicher nicht den Bewußtseinszustand um die üblichen mit Fremdwörtern gespickten Flugis zu verstehen. Wir glauben, daß wir mit unserem Flugi, uns an den Bewußtseinszustand dieser Menschen orientiert haben.

Warum wir's der Interim geschickt haben, weil es n Vorschlag sein soll auch mal so an die Menschen zu schreiben, vielleicht entsteht so mehr Verständnis für unsere politischen Inhalte.

So, don't forget to fight against the war. Liebe und Kraft für euch alle,

Anna und Arthur

DRUGSTORE

DRUGSTORE

Wegen Antikriegstransparent gekündigt

Wie viele andere Menschen in der Stadt, hängen die selbstverwalteten Jugendzentren "Drugstore" und "Potse" Transparente gegen den Krieg aus dem Fenster. Der Vermieter, die BVG, spricht nach kurzen Fristsetzungen zum Abhängen der Transparente, die fristlose Kündigung aus. Die formal-juristische Grundlage dafür ist "der §5 der Verwaltungsvereinbarung", in der jede Art von "freien Meinungsäußerungen" verboten werden. Wie hier durch Druck solcher formaljuristischer Vertragsklauseln öffentliche Meinungsäußerungen reglementiert werden, ist kein Einzelfall. Dieses Verbot der öffentlich geäußerten Meinung ist beispielhaft für die gesamte Informationspolitik dieses wirtschafts-politischen Systems. Auf der einen Seite werden Informationen, die den Verantwortlichen dieses Systems nützlich sind, weit verbreitet, während andere Informationen, die der Durchsetzung ihrer Interessen nicht förderlich sind, verfälscht, verhindert oder deren Veröffentlichung kriminalisiert. Diese so entstehende einseitige, unvollständige, wenig Fakten und Hintergründe beinhaltende Informationsgebung (Medien, Schule/Bildungspolitik) zielt darauf ab, die Bildung der Meinung auf eine so kontrollierbare Schlußfolgerung oder Parteinahme hinzulenken. Das wird daran deutlich, daß durch die einseitige Berichterstattung z.B. die USA als Weltpolizei dargestellt wird, oder Hussein im Irak seinen Krieg als heiligen Krieg öffentlich macht. Anstatt beide Darstellungen zu Hinterfragen, wird durch diese Informationspolitik erreicht, daß konkret im jeweiligen Land für eine Seite Partei ergriffen wird. In beiden Fällen wird selten die Betroffenheit der Menschen gesehen die an diesem Krieg nicht verdienen, jedoch in irgendeiner Art und Weise davon negativ betroffen sind (Hunger, Tod, Verfolgung, Unterdrückung, Umweltzerstörung,...).

KONZERNE

BANKEN

PARTEIEN

MEDIEN

Die Massenmedien werden aus wirtschafts- und machtpolitischen Interessen der Konzerne und Regierenden heraus benutzt, um diese Interessen salonfähig zu machen. Daraus ergeben sich fehlende Informationen wie beim aktuellen Beispiel der Kriegsberichterstattung. Fehlende Informationen werden dann von z.B. KriegsgegnerInnen öffentlich gemacht (z.B. welche Firmen an u.a. diesem Krieg verdienen und durch Rüstungsexporte beteiligt sind, die sich so gegen die Interessen der Industriellen und Politiker richten, die an dieser einseitigen Informationspolitik verdienen). Damit wird auch durchschaubar, warum Demonstrationen, vor allem spontane nichtangemeldete Demonstrationen mit Polizeigewalt verhindert, Flugblätter mit Paragraphen kriminalisiert und Antikriegstransparente mittels formaljuristischer Vertragsklauseln verboten werden.

Wie Konzerne an den Kriegen verdienen und daran Interesse haben, läßt sich auch in der Politik wiedererkennen. Da Politiker z.B. in den Aufsichtsräten dieser Konzerne sitzen und/oder hohe Aktienanteile haben, sind sie so direkt daran interessiert, die Politik so zu gestalten, daß die Konzerne daran verdienen. Um das öffentlich wirksam zu machen, wird durch die Massenmedien dementsprechend beeinflußt, um so in der Öffentlichkeit eine Akzeptanz zu schaffen.

Entwickelt sich aber in einer breiten Öffentlichkeit ein verändertes Bewußtsein, muß darauf Medienwirksam und politisch reagiert werden, um den Schein der Demokratie zu wahren, damit alle auch weiterhin wählen gehen und nicht nach anderen Wegen suchen.

Zum Beispiel wurde der breiteren Öffentlichkeit bewußt, daß Deutsche Konzerne militärische Einrichtungen in den Irak exportieren und so diesen Krieg erst ermöglichten. Die Reaktion der Medien und der Politik ist die kriminalisierung z.B. kleinerer Rüstungsunternehmen, während große Konzerne wie Daimler Benz ihre Geschäfte weiter machen können.

Dieser Krieg, der von der BRD-Regierung auch finanziert werden muß, bietet damit, öffentlich argumentiert, die Gelegenheit, die Steuern doch zu erhöhen und durch z.B. kürzung der Gelder im sozialen Bereich (38 Mio. DM), die Kosten der "Versprechungen" im Zuge der sogenannten Wiedervereinigung decken zu können. Aus der so resultierenden Betroffenheit der Bevölkerung kann der gegen das Feindbild Hussein geschürte Hass noch verstärkt werden und von den eigentlichen Verantwortlichen abgelenkt werden.

So werden außerpolitisch u.a. das schlechte Gewissen z.B. gegenüber Israel weggekauft und innerpolitisch Streiks und Massenbewegungen eingeschränkt, die entstehen durch die bisher nicht eingehaltenen Versprechungen der BRD im Zusammenhang der sogenannten Wiedervereinigung.

Wir müssen uns in Gruppen zusammenschließen und uns gemeinsam organisieren, um u.a. diese Welt, durch unsere Veränderungen, vor den bevorstehenden Katastrophen zu retten.

V.i.S.d.P.: A. Grell, 1 Bln. 61

MIETENEXPLOSION

Nun ist es heraus. Die Bundesregierung legte letzte Woche zwei Rechtsverordnungen vor, nach denen die Mieten im Ostteil der Stadt von derzeit 1DM/qm auf 8DM/qm steigen würden. Geplant sind im einzelnen:

- die Umlage von Instandsetztungsmaßnahmen zu 11% bis maximal 3DM/qm
- ein Wohnwertzuschlag von 1DM/qm
- eine Betriebskostenumlage von 1DM/qm
- eine Heizkostenumlage von 2DM/qm

Ferner soll die im Westteil geltende 10%ige Begrenzung der Mieterhöhung bei Neuvermietungen zum 1.1.92 wegfallen.
Die Mieterhöhungen sollen noch in diesem Jahr (1.April, 1.Juni, 1.Oktober) gültig werden, die Instandsetzungsumlage soll sogar rückwirkend vom 3.Oktober 90 an rechtswirksam werden, obwohl lt. BGB Instandsetzungen eindeutig Sache des Vermieters sind. Die erste Anhörung im Bundestag findet am 15. Februar statt.

Als erste Reaktion auf die Bonner Entwürfe lud die Berliner Mietergemeinschaft letzten Freitag zu einem "1. Gesamt-Berliner Mietenratschlag" zur Schaffung eines breiten Bündnisses und zur Organisierung möglicher Gegenmaßnahmen. Anwesend waren Mieterinis und -läden vor allem aus Prenzlberg, Bündnis 90, PDS, Mietergemeinschaft, MieterInnenorganisationen aus Treptow und Hohenschönhausen. Aus Friedrichshain waren der Mieterladen in der Bänschstrasse und Leute aus dem X-B-LIEBIG vertreten.
Allgemein wurde eingeschätzt, daß bereits diese Woche mit einer großangelegten Informationskampagne die MieterInnen über die drohenden Mietsteigerungen informiert werden sollen, um so auf einer möglichst breiten Grundlage zu Gegenaktivitäten kommen zu können. Ab Freitag wird es dazu ein Massenflugblatt geben, das dann jeden Samstag auf Infoständen in der ganzen Stadt verteilt werden soll.
Das am Freitag diskutierte Spektrum der Aktivitäten ist allerdings genauso breit wie beliebig. Gedacht wurde an:

- eine MieterInnengroßdemo, zu der das Bündnis ausfrufen soll
- eine Unterschriftenaktion
- Briefe an Diepgen und Kohl
- einen Mieterhöhungsboykott
- flächendeckende MieterInnenversammlungen

OST-BERLIN

Überhöhte Mieten

Ost-Berlin. Berliner Mieter haben gegen die vom Bund beschlossene Mieterhöhung im Ostteil Protestaktionen angekündigt. Nach Angaben der Berliner Mietergemeinschaft steigen nach der Umlegung der Instandsetzungs-, Betriebs- und Heizkosten ab April 1991 die Mieten um das Achtfache. Noch beträgt die Miete rund eine Mark pro Quadratmeter. Nach Ansicht des Mietervereins werden die Mieterhöhungen die Betroffenen an den Rand der Armutsgrenze führen.

Was ist unsere Position dazu?
Abgesehen davon, daß wir unnütze Aktionen wie Briefe und Unterschriften allein schon aus Gründen der vergeudeten Energie verhindern sollten, dürften v.a. die Demo und der Boykottvorschlag der PDS interessant sein. Als eigene Idee kam uns der Gedanke an eine "längstes Transparent der Welt" Aktion, auf der die verschiednesten Gruppen entlang einer Strecke (z.B. Kotti - Frankfurter Tor) auf der Strasse Transparente malen, und die dann mit einem Seil verbinden.
Auf dem letzten F-Rat herrschte Konsens darüber, sich nicht von außen zu diesem Bündnis zu verhalten und auf Flugis, Plakaten usw. unsere "Inhalte" zu dokumentieren, sondern innerhalb des Bündnisses radikale Positionen einzubringen, bzw. zu stärken, um so nicht zuletzt auch aus der politischen Defensive und Vertragsfixiertheit wegzukommen.
Uns ist klar, daß ein solches Bündnis natürlich problematisch ist. Wir finden es deshalb wichtig, mit möglichst vielen über unseren Beitrag dazu und unsere Schmerzgrenzen zu diskutieren. Die Aktivitäten in diese Richtung waren ja eher spärlich, was uns allerdings nicht davonb abhalten sollte, gerade hier zu intervenieren, zumal wir ja in nicht allzuferner Zeit selbst eventuell Friedrichshainer MieterInnen sind und uns die Erhöhungen genauso betreffen wie alle anderen außerhalb unseres Ghettos.

Wir laden deshalb alle interessierten Menschen, Gruppen und Häuser zu einer Veranstaltung bzw. einem außerordentlichen F-Rat ein um unsere Haltung dazu uns zum zweiten Bündnistreffen am 22. Februar zu bestimmen. Das Treffen findet statt am 17.2.20Uhr in der Rigaer 84

Neues vom alten V-Mann
- Norbert Leander Hermsdorf -

Der 1989 enttarnte Verfassungsschutzspitzel arbeitet noch mit dem Verfassungsschutz zusammen. Er erhielt Gelder zum Begehen von Straftaten, zum Lebensunterhalt und zum Abtauchen. (taz und Tagesspiegel vom 30.11.90)

Der 34jährige Norbert Leander Hermsdorf ist seit Januar 1989 kein Unbekannter. Zu diesem Zeitpunkt wurde er von der taz als Spitzel entlarvt.

Zur Geschichte:

1982 war er ca. 5 Monate als Freigänger im Verwaltungsbereich der taz plaziert worden. Norbert Leander Hermsdorf verschwand im Juli 82 aus der taz, nachdem er zuvor in die Kasse gegriffen hatte.

Danach arbeitete er für den Verfassungsschutz in der Autonomenscene und in Volkszählungsboykottinitiativen bis zu seiner Enttarnung im Januar 1989.

Sein besonderes Interesse galt "Kleingruppenaktionen" von Berliner Autonomen. Nach seiner Enttarnung Anfang 1989 tauchte er mit Hilfe, sprich Sicherheitskonzept und Geld des Verfassungsschutzamtes, schnell ab.

Offiziell wieder aufgetaucht ist er im November 1990 an der deutsch-schweizerischen Grenze. Dort wurde der unter Bewährung stehende in Begleitung des V-Mann-Führers festgenommen. Er stolperte über den elektronischen Paßabgleich.

Dadurch kam die Akte auf den Tisch von Pätzold - zu dieser Zeit Innensenator von Berlin - SPD.

Unmittelbar darauf wurde bekannt, daß Norbert Leander Hermsdorf der Mann war, der vom Verfassungsschutz für das Begehen von Straftaten Prämien und Gelder zum Lebensunterhalt erhalten hatte, übrigens ein vielfaches der bewilligten Gelder.

1988 hat er die Erlaubnis erhalten an Hausfriedensbrüchen, Sachbeschädigungen und an der Störung des BVG-Verkehrs teilzunehmen. Zum Beispiel beteiligte er sich an einer Aktion, wo ein abgestellter U-Bahnzug beschädigt wurde. Dafür erhielt er eine Prämie von 300 DM. Weiterhin finanzierte der Verfassungsschutz auch einen Bolzenschneider, mit dem im Rahmen einer Straftat ein Fluchtweg freigeschnitten werden sollte.

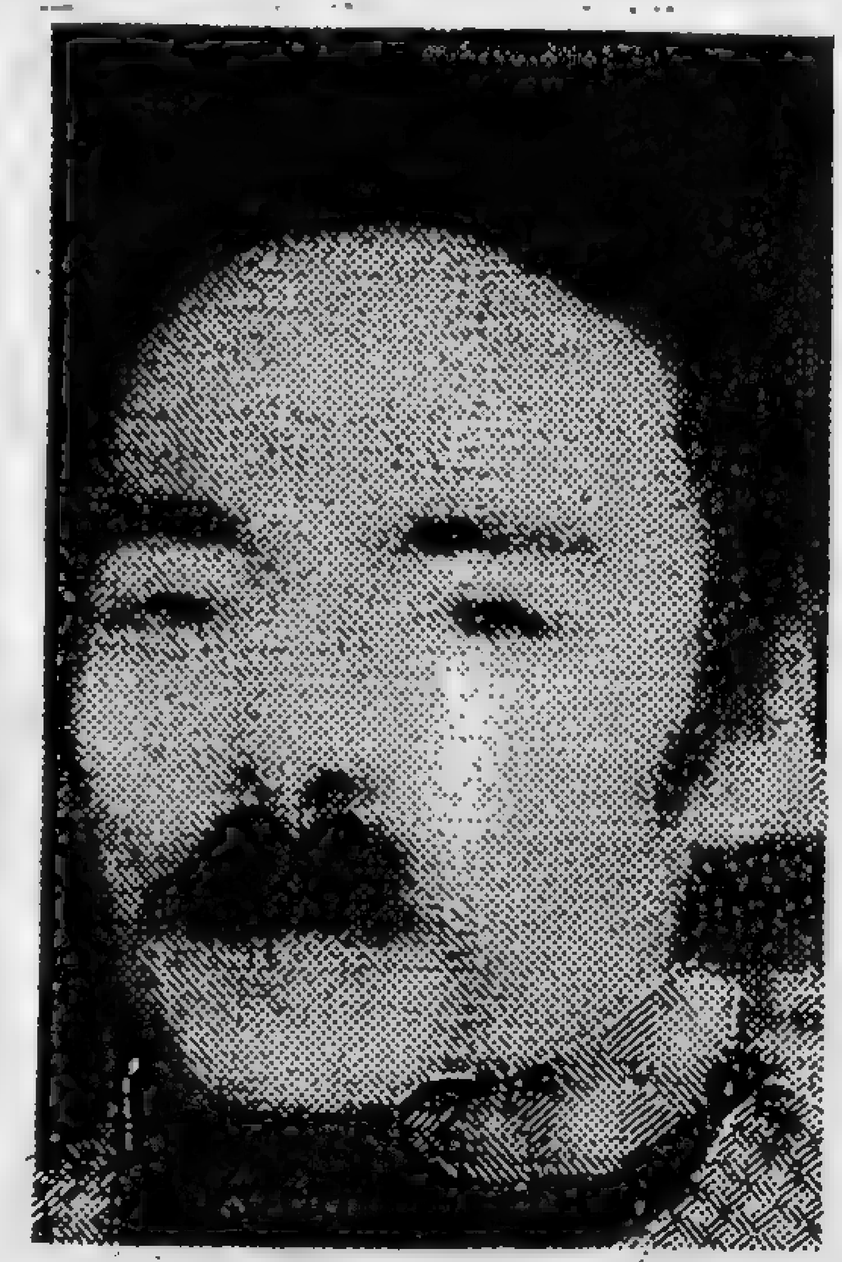
Die Finanzierung des weiteren Abtauchens ist geplant. Es sollen dafür weniger als 750000 DM ausgegeben werden. Das ist die Summe, mit der 1987 das Verschwinden des V-Mannes Weingraber finanziert wurde.

Klar wird hierdurch, daß Norbert Leander Hermsdorf mindestens von 1982 bis zu seinem Abtauchen 1989 für den Verfassungsschutz tätig war. Unklar ist, wo und was er ab 1989 gemacht hat. Sicher ist, daß er weiterhin Unterstützung des Verfassungsschutzes erhält und wahrscheinlich auch eingesetzt wird.

Durch seine Vergangenheit: Knast, Drogen und seine jahrelange Erfahrung als Spitzel in der autonomen Scene, Bürgerinitiativen und Zeitung ist er vielseitig einsetzbar für den Verfassungsschutz.

Zur Erinnerung nochmal das Bild, das 1989 in der taz veröffentlicht wurde (das Aussehen kann verändert sein).

Augen offenhalten - Neues veröffentlichen !



Norbert-Leander Hermsdorf

ROTE HILFE BERLIN

Bitte kopieren und weiterverteilen

Daten zur Berliner Polizei

Im Mai 1988 wurde eine "Projektgruppe Geschlossene Einheiten" bei den Bullen gebildet, die klären sollte, wieso die Berliner Polizei Großeinsätzen so schlecht gewachsen ist und was dagegen zu tun sei. Im Frühjahr 1990, also nach etlichen weiteren unerfreulichen Großeinsätzen, lag das Ergebnis als Bericht vor. Dieser Bericht listet vor allem Mängel auf und beinhaltet einen Wunschzettel der Bullen, nicht nur der Geschlossenen Einheiten (GE) (womit die Bereitschaftsbullen in den diversen Kasernen gemeint sind). Wir haben diesen Bericht zu sehen bekommen und dachten uns, daß er sicher auch andere interessieren wird. Für JägerInnen und SammlerInnen haben wir hier ein paar spannende Sachen daraus zusammengefaßt.

Der Bericht kommt zu mehreren Gründen für die schlechte Arbeit der GE. Vor allem liegt das Problem bei der Personalstärke. Die GE umfassen insgesamt 3000 Stellen, aufgeteilt auf 5 Einsatzabteilungen mit je 600 Stellen. Jede dieser EAs hat wiederum 4 Einsatzbereitschaften (die Technischen Einsatzbereitschaften sind hier nicht mitgerechnet). Nach Abzug der Führungsstellen einer EA bleibt für jede einzelne EB eine Summe von 145 Stellen, davon 12 "gehobener Dienst", also Leitungsfunktionen. Eine Hundertschaft hat also 145 Stellen, die meist auch alle besetzt sind. Wenns aber nun Alarm gibt und alle in die Wannen hopsen müssen, sind im Durchschnitt nur 4 Führungsbullen und rund 50 mittlere Söldner dabei. Woran liegts? Die ca. 90 fehlenden Bullen haben sich nicht etwa schon mal beim Sanitätszelt angestellt und streiken leider auch nicht, sondern verteilen sich relativ gleichmäßig auf drei andere Bereiche: Entweder sie sind innerhalb ihrer Direktion für irgendwas eingeteilt worden, oder sie helfen in einer anderen Direktion irgendwo aus, oder sie bummeln Überstunden ab. Innerhalb der eigenen Direktion werden sie als Personalreserve für jeden Scheiß benutzt. Andere Direktionen, die Kripo, die Ausbildungsabteilung und die BVG (Ordnungsdienst) ziehen ein weiteres Drittel ab für eigene Verwendung.

Und schließlich die Überstunden: Die machen wirklich Sorgen. 1989 wurden über 500.000 Überstunden geschoben, und von 1988 waren da noch 200.000 übrig... Ein großer Teil konnte zwar 1989 ausgeglichen werden, aber nach 1990 wurden wieder fast 200.000 Überstunden mitgeschleppt, und letztes Jahr kam dann sicher noch einiges dazu.

Darunter leiden Moral und Ausbildung. Die sogenannten Kurzdienste (8 Stunden; ein "Langdienst" geht 24 Stunden) wurden nicht etwa für Aus- und Fortbildung u.ä. genutzt, sondern v.a. zum Überstundenausgleich und für akute Einsätze. Die Ausfallquote beträgt hier über 75%. Zudem findet die Projektgruppe die Ausbildung, wenn sie doch mal stattfindet, überholt. Es fehlt an Fachkräften, besonders für Wasserwerfer und Panzerwagen ("Sonderwagen"). Die Unterkünfte sind außerdem in schlechtem Zustand.

Auch die Personalzusammensetzung gefällt der Projektgruppe nicht. Sie meckern, daß das Durchschnittsalter zu jung sei: 2/3 der Kräfte sind im Durchschnitt knapp über 22 Jahre (nämlich die ganz unten); aber auch Führungskräfte sind im Schnitt unter 30. Insgesamt bleiben die Bullen 2-3 Jahre bei einer Einheit, selbst die Chefs. Zu wenig, meint die Projektgruppe. Dann sind da ca.400 aus Wessiland geworbene Bullen (hier finden sie wohl niemand mehr), die in ihrer Freizeit sofort gen Heimat verduften und im Alarmfall nicht da sind. Und die vielen Frauen, die haben so eine hohe Ausfallquote wegen dem Mutterschutz (fast jede zehnte fällt dadurch aus)...

Zuguterletzt stellt die Projektgruppe fest, daß es kein allgemeingültiges und akzeptiertes Führungssystem bei der Polizei gebe. Damit meinen sie: Alle machen, was sie wollen. Die Chefs kennen sich und schustern sich die Leute zu, wie sie sie grad brauchen. Die einen sind unfähig, die anderen untätig, und wieder andere können was, dürfen aber nicht. Klingt, als hätte es CDU-Landowsky persönlich geschrieben.





Tränengaslösung für Wasserwerfer gibts in der Friesenwache und in der Kruppstraße, insgesamt 2400 Liter auf Abruf. Bei 8 Wasserwerfern kann das derzeit beigemischt werden. Allerdings, wenn es nach unserer Polizei geht: Um die "Typenvielfalt abzubauen" wollen sie gerne noch 10 WaWe 9000 (das sind die größten, die Mammuts) und 10 Panzerwagen geschenkt kriegen! Des weiteren bitten sie um 82 Ziviwagen, davon 32 als "Tarn-PkW", womit die etwas besser getarnten gemeint sein dürften.



Sicherheitsverglasung wird erprobt, damit endlich mal die häßlichen Gitter an den Wannen wegkommen. Notlaufbereifungen sind in Arbeit. Derzeit sind nur 3 Wannen ständig mit Sicherheitsreifen ausgerüstet, nämlich die SEK-Wannen, und die jammern, daß sie damit nur 50km/h fahren dürfen. In der Friesenstr. liegen 10 weitere Reifensätze bereit, aber es dauert 3 Stunden, die Dinger aufzuziehen. Der Markt wird abgesucht...

Dafür bekommen die Wasserwerfer Rammbügel. Die, die früher an den EbLT-Wannen waren, fahren ja weiterhin spazieren, es gibt insgesamt 10 davon, 3 sind an den SEK-Wannen zu finden. Ab Baujahr 1988 können sie an den Wannen nicht mehr montiert werden, weil die zuviel Plastikteile vorne haben. Übrigens sind 6 Wannen für Video-Einsatz ausgerüstet.

Was den Funk angeht, sind die Bullen sehr unzufrieden. Sie bräuchten mehr Frequenzen, es sind aber keine mehr frei. Sie haben zuwenig Funkgeräte. Es fehlen Tonbandgeräte zum Mitschneiden und Mithöreinrichtungen (im Moment sind Funkgeräte im Einsatz, die nur eine Frequenz auf einmal empfangen können). Hier soll eingekauft werden.

Was Video-Einsatz angeht: Videokameras auf Wasserwerfern sollen in Zukunft eingesetzt werden, Videoaufnahmen von Hand taugen nicht viel (Bildqualität zu mies, alles zu dunkel), sie müßten da ständig fette Scheinwerfer mitschleppen, und nicht mal die reichen für "STeinwurfweite".

Zuletzt ein paar Spezialfälle:
MEK und SEK haben 1988 ein Nachtsichtgerät bekommen (ob das das einzige ist?). Leichte Schutzwesten gab es 1989 rund 370, überwiegend bei der Kripo. Bis 1992 sollen alle SEK/MEK-Leute eine eigene Weste haben. Fahrräder gibt es rund 50 Stück, davon 20 Klappfahrräder und 3 Treckingfahrräder (Mountain-Bikes). Und, ein krasser Mißstand: Die Feldkücheneinrichtung ist veraltet, es fehlt an Küchenpersonal, und der Verpflegungssatz ist zu knapp. Unsere arme Polizei wird also auch noch schlecht ernährt!
Wohl bekomms! Tschüß sagt die "Projektgr.GE"

Nachdem nun also die Berliner Polizei offenbar kurz vor dem Kollaps steht (oder stand), kommen die Gegenvorschläge der Projektgruppe. Natürlich Straffung und bessere Orgnisation und Umstrukturierung. Die Ausbildung soll besser werden und all so was, nicht mehr so viel Theorie und Politik im Unterricht.
Was die Personalsituation angeht, sieht es schlecht aus. Die Personallage wird sich laut Projektgruppe bis 1995 weiter verschlechtern. Und die Folgen der Vereinigung sind dabei gar nicht berücksichtigt, wie es aussieht. Um Kräfte einzusparn,sollen die GE-Bullen all das nicht mehr machen, was sie jetzt dauernd machen: Ladendiebstahl (nicht begehen, sondern festnehmen!), Gefangenentransporte, Verkehrssachen (Unfallaufnahme und so), Streifendienst im Bulli, Demoeinsatz... Demoeinsatz? Tja,

die Projektgruppe meint, bei friedlichen Demos sollten die Führungskräfte mal mehr Courage zeigen und weniger Leute aufbieten. Das alles müsse natürlich durch Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden, damit "der Bürger" klarsieht... Was die EBs auch nicht mehr machen sollen, sind Tätigkeiten bei Zoll, BVG, Flughafenschutz, Wachschutz, Werttransporten, als Zivis und beim Sport (Polizeisportverein und so). Die Gruppe meint, ihre grandiosen Sparvorschläge würden pro EB ca.15 Beamte wieder verfügbar machen. Schließlich wird noch vorgeschlagen, den Bereitschaftsdienst immer nur eine EA machen zu lassen und die bisher verteilt kasernierten Kräfte der EA 1-4 (bisher auf 8 Kasernen verteilt) zusammenzulegen wie in der Friesenwache bei der EA 5. Zusammenlegung der...!?

Und dann kommt der Wunschzettel, wo sie sagen, was sie schon alles haben und was sie noch alles haben wollen. Was sie schon genug haben oder was zumindest im Laufe von 1990/91 genug werden sollte:
Oberschenkelschützer, Oberkörperschutz, Lederjacken, Tiefschützer, Knie-/Schienbeinschützer, dunkler Helmbezug (davon haben sie genug für jede/n Einzelne/n).
Was sie derzeit einführen oder umrüsten:
Verlängertes Helmvisier (22cm lang), Kinn-/Mundschutz (500 Stück, besseres Modell wird gerade entwickelt), Arbeitshandschuhe, Schnürschuhe (die alten Stiefel sind Mist), wahlweise gibts die Schuhe mit Stahlkappe, Handfesseln für alle.

Was ihnen Probleme bereitet:
Die Gasschutzbrillen taugen nichts, bessere werden "auf dem Markt" gesucht. Ebenso ist es mit den Handschuhen (daher wohl die vielen verletzten Bullen auf Demos! Das gibt sicher Abschürfungen beim Knüppelhalten). Kleine Feuerlöscher werden benötigt. Schutzschilde für LinkshänderInnen müssen entwickelt werden.

Nun zur technischen Ausstattung:
Für die Panzerwagen gibt es eine "Einrohrwurfanlage", die bisher nicht nutzbar war. Könnte für Tränengas sein. Der Fall wird "bearbeitet". Dann gibt es da die berühmte Mehrzweckpistole MZP1, mit der Tränengas, Gummigeschosse und Signalmunition verballert werden können. Es gibt davon in Berlin bereits 50 Stück, bald sollen es über 150 sein. "Weichplastikpatronen" und Tränengaspatronen mit "Subkörpern" (die nicht zurückgeworfen werden können) sind technisch fast kein Problem mehr, lediglich ander "Distanzmunition" wird noch gearbeitet. Ein Problem sind Tränengaspatronen mit Subkörpern für den Handeinsatz: Die gibt es nämlich nur mit CS zu kaufen.





VORBEREITUNG EINES INTERNATIONALEN SQUATTERCAMPS

IM SOMMER ´91

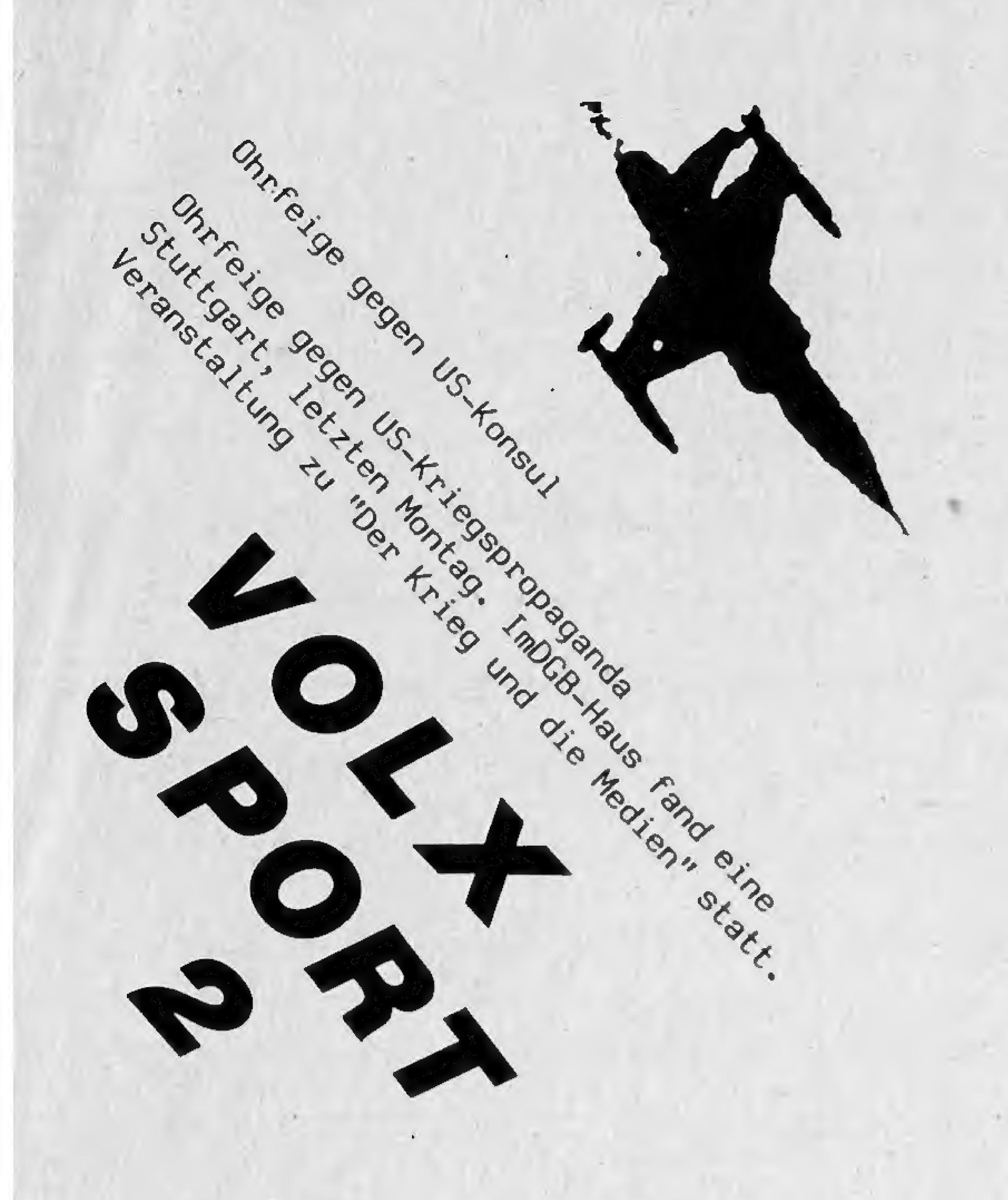
Bei den internationalen Häuserkampftagen in Hamburg (25.12._30.12.1990) hat sich eine Gruppe gebildet, die ineteresseirt ist, ein weiteres Treffen zu organisieren, um die Diskussionen von Hamburg weiterzuführen und die geknüpften Kontakte zu vertiefen. Es besteht die Idee, die nächsten internationalen Häuserkampftage nicht in einer Großstadt, sondern irgendwo im Freien, als eine Art Sommercamp durchzuführen.

Die Gründe, die dafür sprechen, sind vielerlei: Unsere Konsumstrukturen und unser Konsumverhalten in den Städten würden uns nicht beeinflussen. (Ihr wißt schon... Disco, Konzerne, Kneipen, Feten etc.) Die Organisation in der Stadt wie z.B. Pennplatzvermittlung, Vokϋs usw. würde nicht an einzelnen hängen bleiben. Wir würden nicht über die ganze Stadt verteilt, sondern zusammen auf einem Platz leben und wären für die Gestaltung der Tage gemeinsam verantwortlich.
Unsere Auseinandersetzungen wären weniger kopflastig, da es auf dem Laqnd mehr Möglichkeiten zur Bewegung gibt. Und für unsere Kids ist ein Camp allemal interessanter.
Nun zu den organisatorischen Fragen: Um dieses Projekt zu verwirklichen, sind wir auf das Interesse und Hilfe aus allen Ländern angewiesen. Zuerst einmal, bevor wir mit der eigentlichen Organisation beginnen, sollten wir einen Standort und ein Datum für die Häuserkampftage festlegen. Als Standort können wir uns am ehesten Frankreich oder Spanien vorstellen, sind aber keineswegs abgeneigt, andere Länder in Betracht zu ziehen. Am idealsten wäre die Zusammenarbeit mit einer existierenden Landkommune/Bauernhof, die an unseren Diskussionen interessiert sind und daran teilnehmen möchten, um eine bessere Vernetzung zwischen Stadt- und Landprojekten zu realisieren. Wir fordern

Kontaktliste für das "INTERNATIONAL SQUATTER´S CAMP" 1991:

Autonome Volksbibliothek Reitschule c/o Squatter´s Camp, Neubrückstr. 8, CH-3012 Bern, Schweiz,031/246317
Centro die Documentatione, Gabbiano, Via Axxo Gardino 8, 40100 Bologna, Italia
Ppapiertiger c/o Squatter´s Camp , Cuvrystr. 25, 1000 Berlin36, BRD
Info-Laden Bandito Rosso c/o Squatters Camp Lottumstr. 10 a Berlin, Prenzlauer Berg, BRD
de Rode Hand, t.a.v. Paul, Prins Hendrikstr. 138, NL-2518 HX Den Haag, Niederlande 070/3648861
Cebtro die Communicazione Antagonista, via die Mezzo 46, Firenze, Italia
Asamblea de Ocupas ; Apdo. 99071, 08014 Barcelona, Espagna
Michil Cojemis, Musizierende Radler e.V., Rigaer Str. 77, 1035 Berlin, BRD




Ohrfeige gegen US-Konsul

Ohrfeige gegen US-Kriegspropaganda
Stuttgart, letzten Montag. ImDGB-Haus fand eine Veranstaltung zu "Der Krieg und die Medien" statt.

alle Leute, die ein Interesse an diesem Projekt haben, mögliche Standorte zu suchen und uns diese mitzuteilen; die Kontaktadresse dafür ist die Autonome Volxbibliothek in der Reitschule in Bern. Auch andere Gedanken, die zur Realisierung des Camps führen, können dorthin gesandt werden. Wir werden dann das Material zusammenstellen und weiterverbreiten.

Wir wollen das Treffen Anfang März in Zürich (Das genaue Datum ist noch nicht bekannt) auch zur Vorbereitung des Squattercamps nutzen. Wir hoffen, daß wir uns dort auf einen Ort und Datum für das Camp einigen können, sowie das weitere organisatorische Vorgehen besprechen können.

Macht mit! Wir warten auf eure Reaktionen!

Die (bislang) spärliche Vorbereitungsgruppe

P.S.: Natürlich ist das ein sehr optimistischer Plan. Wir sind uns voll bewußt, daß dieses Projekt durch das totale Chaos und Zerstörung, die ein Weltkrieg mit sich bringen würde, verhindert werden kann.

Bern, 9.1.91

Autonome Volxbibliothek c/o Squatter´s Camp
Neubrückstr. 8, CH-§012 Bern

Neben überlegenswerten Statements einiger Journalisten drohte die Veranstaltung in eine Propagandashow für den Krieg auszuarten, unter anderem durch die rege Teilnahme des US-Konsuls Sam Westgate. Diesre betonte, daß er dem Außenministerium unterstehe und somit mehr sagen könne als das Pentagon. Seine Rechtfertigungen des Krieges wurden durch Zwischenrufe wie "Völkermörder" unterbrochen und schließlich - seine Ausführungen über die "chirurgische Präzsion" der high-tech-Bomben durch eine entschlossene Ohrfeige beendet.

Da hatte die Propaganda ein Ende.


McDonald's an der Langstrasse schwer beschädigt


Unbekannte haben am frühen Sonntagmorgen das McDonald's Restaurant an der Langstrasse schwer beschädigt. Es entstand ein Sachschaden von 70 000 Franken.

Nach Angaben der Stadtpolizei schlugen die Täter um 5.20 Uhr die Scheiben des Restaurants ein und warfen mit Farbe gefüllte Gläser in das Lokal. Auf das Trottoir davor sprayten sie antiamerikanische Parolen. (TA)



Comunique

Dem Mc Donalds an der Langstr. Sachschaden zuzufügen ist natürlich nicht viel,ein kleiner Nadelstich höchstens aber vieleicht,wenns einmal viele sein werden dann...
Für uns ein weiterer Versuch die Ruhe hier zu durchbrechen, fest entschlossen uns nie daran zu gewöhnen. Nie an diesen Krieg,dessen Ausmaß schon als bloße Zahlen die Köpfe sprengt, Mr Bush please, wieviel mal schon die Zerstörungskraft der Hiroshimabombe? Und die Fernsehstationen nehmen Wetten über die Opferstatistiken an.
Aber auch nie gewöhnen an diesen Frieden, wo 50000 hungertote Kinder jährlich bestenfalls als Versuchskaninchen für Pharmakonzerne oder Kalenderbildmotiv taugen und Völker ausgerottet werden um Verhandlungslösungen zu vereinfachen.
Nie gewöhnen an den Wohlstand hier, der uns von den Herrschenden als Beruhigungsmittel abgegeben wird, damit wir nicht plötzlich ob all ihren Verbrechen erschrecken, uns vor uns als ihre Komplizen ekeln und sie als Feinde erkennen.
Und uns auch nie an ihre Kultur gewöhnen, die uns die Verkümmerung unsrees Alltags als Fortschritt unterjubeln will.



Termine:

Do.14.2. 20.00h Frauen-/Lesbenabend mit Filmnacht (ab 21.00h)
"Die bleierne Zeit" M.v.Trotta
"Die Stille um Christine M." M.Gomzi
X-B-Liebig, Liebigstr.34 (U-Frankfurter Tor)
21.ooh Palästina-Video "Der Aufstand" (88, 50min)
Rigaerstr.84

Fr.15.2. 16.00-22.00 Frauentag im Infocafe Vamos
Marchstr.23 1/10
19.00 Widerstand als Herausforderung
Gespräch mit Hans Lopi über die Rote Kapelle
"Rote Kapelle" Nazarethkirche, U- Leopoldplatz
20.00 Infoveranstaltung "In den Mühlen der Justiz"
Über den Umgang mit der BRD- Justiz
Themen: Hausdurchsuchungen- Vorladung als ZeugIn- Verhalten nach Festnahme- ED-Behandlung -Verhöre- U-Haft- Überwachung- Observation

Sa. 16.2.12.00 Lehniner Platz
Frauendemo gegen den Krieg
(Aufruf im Heft)
16.00-22.00 Antifainfotelefon : 6921599
19.00h Diskussion mit irakischen Oppositionellen
"Rote Kapelle" s.o.
21.00h "23 stunden"- U-Haft in West- Berlin
Infoladen Daneben, Rigaerstr.84

So.17.2. 15.00h Spaziergang am Frankfurter Tor
anschließend Vokü/ Videos
18.00h Kiezküche , "Rote Kapelle", s.o.
20.00h Film im EX, "Farha- Frauen in der Intifada"
20.00 Treffen interessierter Menschen/ Gruppen/ Häuser zur Vorbereitungdes Bündnistreffens zu Mietenexplosion genaueres im Heft (Mietexplosion)
Rigaerstr.84

Mo.18.2.18.00 UnterstützerInnentreff zu Marchstr./ Einsteinufer
Infocafe Vamos, s.o.
19.00 "Widerstand in den USA" mit einem ehemaligen Gefangenen der Black Panther Bewegung
TU-Audimax, Straße des 17. Juni
19.00 Infoveranstaltung zum KurdInnenprozeß in Düsseldorf
Galerie Olga Benario, Boddinstr.61
20.00 Treffen von Leuten aus räumungsbedrohten Häusern und UnterstützerInnen, Infocafe Vamos, s.o.
"Neubestimmung des Häuserkampfes"
?20.00? "Gaza Ghetto" Portrait einer palästinensischen Familie 1948- 1984
Syndikat, Weisestr.56

Di.19.2. 19.00 Frauencafe im Subversiv
Brunnenstr.7 (Mitte)
19.00 Film "Morgen war es Krieg"
Jugendcafe Hohenzollernring 16, 1/20

Mi.20.2. 18.00 Antifaplenum Spandau
Paul Schneider Haus

Do.21.2.20.00 Fete mit Lagerfeuer & Mucke
2 Jahre Hüttendorf!!
Marchstr., U- ernst Reuter Platz
21.00 "Im Westen nichts Neues"
Film im Infoladen Daneben
Rigaerstr.84

außerdem schon mal ne Ankündigung für den 2.3.:
Prozesskostensoli-fete zum Werra- Block - SFE

Widerstand in den USA

Mo, 18. 2. 19.00 Uhr
TU Audimax
Straße des 17. Juni

"Black Power -
Schwarzer Widerstand"
mit
Dhoruba bin-Wahad,
ehemaliger politischer
Gefangener aus der Black
Panther Bewegung

Di, 5. 3. 20.00 Uhr
SO 36,
Oranienstr. 190, 1/36

Aktuelle Infos und Videos
zur Anti-Kriegs-Bewegung
mit AktivistInnen aus New
York und Washington D. C.